

BTW-P-01 Bundestagswahlprogramm Präambel und Titel

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1

2

3

4

5

Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag

6

7

8

Klima • Arbeit • Gerechtigkeit • Freiheit

9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Inhaltsverzeichnis

Seite

Präambel	3
1. Anders Wirtschaften – Ein Grüner New Deal für neue Arbeit und Innovation	9
2. Zukunft ist erneuerbar – Mit neuer Energie gegen Atom und Kohle	20
3. Die Blockaden lösen – Soziale Teilhabe für alle	25
4. Bildung statt Beton – Bessere Schulen, Besseres Studium, Bessere Ausbildung	32
5. Ein neues Miteinander – Gute Kindheit, Würdiges Altern	37
6. VerbraucherInnen an die Macht – Informationsfreiheit und Sicherheit	41
7. Intakte Umwelt - Erhalten, was uns erhält	44
8. Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern	47
9. Demokratie wagen – Ohne Input kein Output	53
10. Im Osten was Neues – Perspektiven für die neuen und alten Länder	57
11. Die Hälfte der Macht – Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern	60
12. Vorsicht Kultur! - Kreativität als Stein des Anstoßes	63
13. Digital ist besser – Für ein freies Internet	66
14. Eine Welt. Eine Vision. – BürgerInnen Europas in der Einen Welt	69
Schlusswort	75

BTW-P-01 Bundestagswahlprogramm Präambel

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Präambel

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

48 **Präambel**

49 Liebe Wählerin,

50 Lieber Wähler,

51 unser Programm zur Bundestagswahl am 27. September erreicht Sie in einer Zeit großer Um-
52 brüche und auch Sorgen. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise belasten viele Menschen.
53 Immer mehr fürchten den Verlust des Arbeitsplatzes und die, die arbeitslos sind, sehen ihre
54 Chancen schwinden, bald wieder in Beschäftigung zu kommen. Besorgniserregend sind aber
55 auch die Auswirkungen des rapide fortschreitenden Klimawandels und die sich international
56 verschärfenden Konflikte um Ressourcen und um Nahrungsmittel. Armut ist nach wie vor ein
57 großes und weltweit ungelöstes Problem.

58 Wir können nicht länger so tun, als ob das alles nichts mit der Art und Weise, wie wir wirt-
59 schaften und leben, zu tun hat. Die Krise ist Ausdruck einer Denkweise, die kurzfristige Profi-
60 tinteressen über alles andere gestellt hat. Wir stehen an einer Zeitenwende und können es uns
61 nicht leisten, so weiterzumachen wie bisher. Den Klimawandel erst wieder in guten Zeiten be-
62 kämpfen zu wollen wäre genauso verantwortungslos, wie Menschen, die existentielle wirt-
63 schaftliche Ängste haben, auf den nächsten Konjunkturaufschwung zu vertrösten und sie bis
64 dahin allein zu lassen.

65 Mit unserem Programm möchten wir Ihnen in dieser schwierigen Zeit ein Angebot machen für
66 eine andere Politik. Wir wollen Sie von unseren Ideen überzeugen. Jetzt hilft weder
67 Durchwurschteln noch blinder Aktionismus. Was wir brauchen ist eine neue Verständigung dar-
68 über, wie wir die großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme lösen wollen. Wir
69 brauchen eine Verständigung darüber, was unsere Gesellschaft im Inneren zusammenhält und
70 welche Regeln gelten sollen. Deshalb schlagen wir Ihnen einen grünen Neuen Gesellschaftsver-
71 trag vor. Es liegt an uns, jetzt die Grundlagen dafür zu legen, dass neue Arbeit geschaffen wird
72 und die Wirtschaft ein Fundament bekommt, das auch in Zukunft trägt. Es liegt an uns, die
73 Welt so einzurichten, dass wir unser Klima schützen, anstatt es zu zerstören. Es liegt an uns,
74 dass wir unsere Gesellschaft gerechter machen und Blockaden wegräumen, die verhindern, dass
75 jede und jeder eine echte Chance auf Teilhabe hat. Es liegt an uns, Bürgerrechte in unserer Ge-
76 sellschaft zu stärken und sie nicht weiter abzubauen. Und es liegt an uns, dass wir jetzt die
77 Grundlage legen für eine neue gerechtere internationale Ordnung, die global Hunger und Ar-
78 mut bekämpft. Die Zeit zu handeln ist jetzt.

79 Wir Grüne haben uns vor fast dreißig Jahren in einer Umbruchssituation gegründet, in der die
80 Welt angesichts militärischer Bedrohung, globaler Umweltprobleme und den Gefahren der
81 Atomkraft ebenfalls in großer Sorge war. Darauf reagieren wir – damals wie heute - mit Enga-
82 gement, Fantasie und ganz konkreten Vorschlägen. Vieles galt als utopisch, was heute Konsens
83 in der Gesellschaft ist. Mehr denn je merken die Menschen, dass Ökologie und eine zukunfts-
84 orientierte Wirtschaftspolitik ganz eng zusammengehören. Und sie ahnen: Vielleicht wäre uns
85 eine Wirtschaftskrise in dieser Form erspart geblieben, wenn unsere Wirtschaft weniger mit den
86 Zukunftserwartungen spekuliert und stärker auf einen vernünftigen und schonenden Umgang

Präambel und Titel– BTW-P-01

87 mit den vorhandenen Ressourcen gebaut hätte. Nichts anderes meint das grüne Prinzip der
88 Nachhaltigkeit.

89 In der Krise geht es uns nicht um Pessimismus und Wehklagen und nicht um Rechthaberei. Uns
90 geht es um einen Optimismus des Handelns und der Veränderung. *Es ist nicht Deine Schuld,*
91 *dass die Welt ist, wie sie ist. Es ist nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt.* Wir müssen aus der
92 Krise lernen und unsere Gesellschaft, unsere Welt zu einer besseren machen. Das ist möglich –
93 gerade jetzt. Mit dem Blick aufs Ganze und mit vielen konkreten Veränderungen.

94 Zeit für einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag

95 Was die Gesellschaft im alten Gesellschaftsvertrag der Bundesrepublik verband war zumindest
96 das Versprechen, dass Bildung und Aufstieg möglich sind, unabhängig von der Herkunft. Es war
97 der Konsens, dass in einer solidarischen Gesellschaft diejenigen, die mehr haben und mehr ver-
98 dienen auch mehr bezahlen. Es war das Selbstverständnis, dass der soziale Friede ein hohes Gut
99 ist und der Staat und die Gesellschaft einspringen, wenn Menschen abgehängt zu werden dro-
100 hen. Dieser gesellschaftliche Konsens ist verloren gegangen.

101 Es stimmt etwas nicht, wenn sozialer Ausschluss, Bildungsarmut und Massenarbeitslosigkeit zum
102 Dauerzustand werden und wenn Menschen sich um ihr Auskommen sorgen müssen. Es ist et-
103 was aus dem Lot geraten, wenn Wohlstand nicht mehr gerecht verteilt wird und Geiz und Gier
104 die Märkte dominieren. Unverdienter Reichtum und unverschuldete Armut existieren nebenein-
105 ander und die Schere geht immer weiter auseinander. Das reichste Zehntel der Gesellschaft er-
106 zielt über 40 Prozent des Markteinkommens, die untere Hälfte zusammen gerade mal 3 Pro-
107 zent. Frauen erhalten in Deutschland noch immer 22 % weniger Lohn für gleichwertige Arbeit –
108 und sind oftmals doppelt und dreifach belastet.

109 Aber es gibt kein Zurück - weder in die Bundesrepublik der 70er Jahre, noch in die DDR. Und
110 wahr ist auch: Der alte Gesellschaftsvertrag war oft genug ein ungedeckter Scheck: Ein Vertrag
111 zulasten Anderer, der kommenden Generationen und zulasten unserer Umwelt. Dass wir unsere
112 Lebensgrundlagen zerstören, ist keine Entwicklung der jüngsten Zeit – nur die Folgen werden
113 immer dramatischer. Der alte Gesellschaftsvertrag ging zu Lasten der Frauen und ignorierte,
114 dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Unser wachsender Wohlstand fußt auch
115 auf internationaler Ungerechtigkeit, vor allem gegenüber den Entwicklungsländern. Deswegen
116 brauchen wir jetzt einen Neuen Gesellschaftsvertrag – sozial und ökologisch.

117 Dieser Neue Gesellschaftsvertrag basiert auf der Verabredung, nicht auf Kosten anderer zu le-
118 ben. Er legt ein nachhaltiges Fundament für eine Wirtschaft, die sparsamer mit den kostbaren
119 Ressourcen umgeht und neue Arbeit schafft – keine Billigjobs, sondern Arbeitsplätze mit Zu-
120 kunft. Dazu brauchen wir kluge Innovationen – nicht nur technologische, sondern auch soziale
121 und kulturelle. Der Neue Gesellschaftsvertrag verbindet ökologische Fairness und eine Politik
122 der Teilhabe und der sozialen Sicherheit, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und
123 ihnen neue Chancen der Entfaltung gibt. Der Neue Gesellschaftsvertrag will mehr Demokratie
124 und bezieht dabei alle ein, die Verantwortung tragen: Staat, Unternehmen und Gewerkschaf-
125 ten, Verbände und die Bürgergesellschaft. Er orientiert sich an den großen Herausforderungen
126 unserer Gesellschaft und gibt den Menschen eine Orientierung. Wie zu Beginn des Industrie-
127 zeitalters stehen wir auch jetzt vor der Aufgabe, auf große Veränderungen eine neue Antwort
128 zu geben. Wir müssen eine neue industrielle Revolution gestalten. Wir müssen aufbrechen ins
129 solare Zeitalter. Das geht nur, wenn wir dabei europäisch und global denken, denn nur so las-
130 sen sich die vielen Krisen, mit denen wir gleichzeitig konfrontiert sind, erfolgreich bewältigen.

131 Grüne Antworten in der Krise - Neue Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften

132 Wir setzen auf eine Konjunkturpolitik, die sofort hilft, aber nicht einfach verpufft und am Ende
133 die bestehenden Probleme nur weiter vergrößert. Deshalb wollen wir nicht in die Ideen und
134 Strukturen von gestern investieren, sondern in die Infrastrukturen und Produkte für morgen.
135 Wenn wir jetzt schon so viel Geld in die Hand nehmen, dann bitte richtig. Wir haben dieses
136 Geld von unseren Kindern nur geborgt. Damit verbinden wir eine sinnvolle Konjunkturpolitik
137 heute mit einer Politik für künftige und bessere Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Handwerk
138 und Dienstleistungsbranche. Ein wichtiger erster Schritt zu einem grünen Neuen Gesellschafts-

139 vertrag ist unser Grüner New Deal. In der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurden mit
140 einem „New Deal“ die Karten neu verteilt. Heute brauchen wir einen Grünen New Deal, um in
141 der Krise ein neues Fundament zu legen.

142 Deshalb setzen wir Schwerpunkte bei Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Wir wollen das Geld in
143 die Schulen, frühkindliche Bildung und Betreuung, in einen leistungsfähigen öffentlichen Nah-
144 verkehr und in moderne Energienetze in unsere Städte, Dörfer und Regionen stecken. Deshalb
145 setzen wir uns ein für ökologische Investitionen und energie- und ressourceneffiziente Produkte
146 und Produktionsprozesse: von der Automobilindustrie über den Maschinenbau bis zur Chemi-
147 eindustrie. Viel zu lange schon wurden dort die Zeichen der Zeit verschlafen. Das rächt sich
148 jetzt. Da wo Unternehmenspleiten drohen und der Staat einspringen muss, müssen wir nicht
149 nur die sozialen Folgen abfedern, sondern wo immer möglich gleichzeitig mit dem ökologischen
150 und ökonomischen Umbau beginnen. Nur das sichert die Jobs auch langfristig.

151 Gerade in Zeiten der Krise wächst bei vielen Menschen das Bedürfnis nach Sicherheit. Umso
152 wichtiger sind verlässliche soziale Sicherungssysteme und eine soziales Netz, bei dem niemand
153 ins Bodenlose fällt. Dafür streiten wir mit der Bürgerversicherung, der Garantierente und unserer
154 grünen Grundsicherung.

155 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, durch einen gesetzlichen Mindestlohn von ihrer Arbeit
156 leben zu können und wir wollen das Arbeitslosengeld II sofort aufstocken. Das ist vor allem eine
157 Frage der Gerechtigkeit, die nebenbei auch das Geschäft belebt. Die Konjunktur kurbelt man
158 nicht durch Steuergeschenke an, die die Reichen auf die hohe Kante legen, sondern durch eine
159 Steigerung der Massenkaufkraft. In Zeiten der Krise setzen wir auf Qualifizierung, denn jede
160 zusätzliche Ausbildung, Fortbildung und Umschulung ist ein aktiver Beitrag, um die Arbeitslo-
161 sigkeit zu reduzieren. Versuche von Belegschaften, ihre Betriebe in Selbstverwaltung zu über-
162 nehmen und neu auszurichten, wollen wir ebenso unterstützen wie solidarische Betriebsverein-
163 barungen, bei denen eine Arbeitszeitverkürzung Beschäftigung garantiert.

164 In der Krise müssen jene, die mehr schultern können, auch mehr tragen - allemal dann, wenn
165 sie in der Vergangenheit von fehlender Regulierung besonders profitiert haben und allemal je-
166 ne, die dazu beigetragen haben, dass es überhaupt soweit kommen konnte und wir heute
167 weltweit vor dem größten wirtschaftlichen Scherbenhaufen der Nachkriegszeit stehen.

168 Mit unserem Grünen New Deal schaffen wir ein stabiles Fundament für wirtschaftlichen Auf-
169 schwung, von dem alle profitieren. Wir wollen nicht weniger als eine neue industrielle Revoluti-
170 on einleiten und eine Million neuer Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.

171 Solidarität muss neu wachsen. Das gilt für die nationale Ebene, es gilt aber auch europäisch und
172 international. Dafür brauchen wir neue Regeln für den globalen Kapitalismus und eine starke
173 EU. Wir müssen in der jetzigen Krise auch die Regeln des internationalen Finanzsystems und des
174 internationalen Handels so verändern, dass die Globalisierung sozial und ökologisch wirkt.

175 **Uns geht's ums Ganze**

176 Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag, den wir fordern, ist mehr als Wirtschaftspolitik. Uns geht's
177 ums Ganze: Unsere Gesellschaft wird heute von vielen Menschen als blockiert empfunden. Die-
178 se Blockade fängt bei Kindern an, denen als die Schwachen der Gesellschaft viele Steine in den
179 Weg gelegt werden. Die in den ersten, entscheidenden Jahren nicht die Aufmerksamkeit durch
180 Förderung, Bildung und Erziehung bekommen, die ihnen zusteht. Sie setzt sich fort in Schulen,
181 in denen nicht nur zu einem frühen Zeitpunkt nach sozialer Herkunft getrennt wird, sondern in
182 denen zudem die mangelnde Qualität von Bildung und die fehlende individuelle Förderung
183 spätere Berufschancen verbaut. Die Blockade setzt sich fort auf einem Arbeitsmarkt, der vielen
184 Arbeitssuchenden nach wie vor vermittelt, sie würden nicht gebraucht und der Frauen immer
185 noch drastisch benachteiligt und Menschen mit Migrationsgeschichte ausgrenzt. Und sie betrifft
186 zunehmend auch Menschen im Alter, die in ihrem dritten Lebensabschnitt viel an Wissen und
187 Erfahrung zu geben hätten – nur fragt zu selten jemand danach. Es ist an der Zeit, dass wir die
188 Blockaden sprengen und unsere Gesellschaft durchlässig wird. Wir wollen den Menschen das
189 Gefühl zurückgeben, ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft zu sein. Und zwar nicht durch Kopf-
190 Hoch-Parolen, sondern durch echte Teilhabe.

Präambel und Titel– BTW-P-01

191 **Unsere Koordinaten: Klima – Gerechtigkeit – Freiheit**

192 Im grünen Neuen Gesellschaftsvertrag verbinden sich Klima, Gerechtigkeit und Freiheit. Die
193 anderen Parteien spielen das gegeneinander aus. Wir sagen: Alle drei gehören zusammen! So
194 wollen wir leben, so wollen wir wirtschaften. Und nur wenn sich diese Drei miteinander verbind-
195 den, sind Frieden und Entwicklung möglich in unserer globalisierten Welt.

196 Eine aktive *Klimapolitik* schafft Gerechtigkeit und Freiheit. Investitionen ins Klima schaffen Ar-
197 beit – Erneuerbare Energien, aktive Wärmedämmung haben allein in Deutschland Hunderttau-
198 sende Arbeitsplätze entstehen lassen. Fortschreitender Klimawandel jedoch, erzeugt schwere
199 ökonomische Krisen und vernichtet Arbeitsplätze.

200 Klimaschutz ist längst eine ökonomische Frage - und wird immer mehr zu einer sozialen Frage.
201 Schon heute gefährdet der Klimawandel die wirtschaftliche Existenz von Vielen und führt dazu,
202 dass mehr Menschen als jemals zuvor auf der Welt hungern. Die, die am wenigsten zum Kli-
203 mawandel beigetragen haben, sind die, die am Ärgsten unter seinen Folgen leiden. Deshalb
204 geht es um mehr Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung ökologischer Politik. Mit der Zerstörung
205 des Klimas berauben wir uns der Möglichkeit, auch morgen ein Leben in Freiheit und Selbstbe-
206 stimmung zu führen. Deshalb streiten wir für ökologische Fairness und ein selbstbestimmtes
207 Leben in Verantwortung.

208 Gerechtigkeit schafft *Freiheit* für alle. Ohne eine Politik der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Ge-
209 sundheit und Einkommen bleibt Freiheit für viele ein leeres Versprechen. Deshalb wollen wir
210 eine durchlässige Gesellschaft, in der die sozialen Blockaden aufgesprengt sind und niemand
211 ausgeschlossen wird. Deshalb streiten wir für öffentliche Institutionen, die diese Teilhabe er-
212 möglichen – für bessere Kindertagesstätten, für bessere Schulen, für bessere Arbeit, für ein bes-
213 seres Gesundheitssystem und bessere Löhne für Geringverdiener. Deshalb verbinden wir Ver-
214 teilungsgerechtigkeit mit Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechter-
215 gerechtigkeit und globaler Gerechtigkeit. Und deshalb verbinden wir ökologische Politik mit der
216 Gerechtigkeitsfrage.

217 *Gerechtigkeit* braucht Freiheit. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen ihr Leben in Freiheit
218 und Selbstbestimmung führen können. Freiheit heißt nicht die Freiheit der Wenigen und Star-
219 ken, heißt nicht auf einem entfesselten Markt möglichst hohen Profit an sich zu reißen. Freiheit
220 heißt Emanzipation, heißt gleiche Rechte - und Freiheit gilt für alle. Das Erbe der Bürgerrechts-
221 bewegung in der ehemaligen DDR und den osteuropäischen Staaten ist heute - 20 Jahre nach
222 Mauerfall und friedlicher Revolution - aktueller denn je: Im Mittelpunkt grüner Politik, so heißt
223 es im ersten Satz unseres Grundsatzprogramms, steht der Mensch mit seiner Würde und seiner
224 Freiheit. Hier und an anderen Orten der Welt. Heute und Morgen. Ein Leben in Selbstbestim-
225 mung ist nur möglich, wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen keine
226 konforme, angepasste Gesellschaft, sondern gleiche Verwirklichungsmöglichkeiten für alle.
227 Vielfalt ist Reichtum. Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus.
228 Im 60sten Jahr des Grundgesetzes wehren wir uns gegen die immer weitere Einschränkung der
229 Bürgerrechte, die alle zu Verdächtigen macht und das Asylrecht entsorgt. Wir leben in der Einen
230 Welt. Deshalb muss für Klima, Freiheit und Gerechtigkeit global gehandelt werden.

231 **Zeit zu handeln**

232 Die große Koalition hat viele Menschen enttäuscht. Große Krisen – Große Koalition? Werch ein
233 lltum. Was haben die vergangenen vier Jahre gebracht? Stillstand und gegenseitige Lähmung
234 inmitten eines Epochenbruchs. Und wenn die große Koalition dann doch mal etwas auf den
235 Weg gebracht hat, ging es oft in die falsche Richtung oder blieb ein fauler Kompromiss, weil
236 jeder Koalitionspartner etwas reinmischen konnte – ob es passte oder nicht. Die Wirkung war
237 gering, die Zeche dafür teuer. So wurde wertvolle Zeit vertan, und neue Sicherheit wurde nicht
238 geschaffen. Es ist Zeit für einen Wechsel und dafür, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder
239 Regierungsverantwortung übernehmen.

240 Sieben Jahre lang haben wir unser Land zusammen mit der SPD regiert. Die Erfolge tragen die
241 grüne Handschrift: Atomausstieg und Erneuerbare Energien, Ökologische Steuerreform, Ver-
242 braucherschutz und neue Landwirtschaftspolitik, Aufbruch beim Staatsbürgerschaftsrecht, Ein-

243 getragene Lebenspartnerschaft, das Gewaltschutzgesetz und eine profilierte Europa- und Au-
244 ßenpolitik. Und grüne Erfolge können sich auch heute noch sehen lassen. Selbst Union und SPD
245 schafften die Ökosteuer nicht ab, sondern stockten damit unser Marktanzreizprogramm für Er-
246 neuerbare Energien auf. Und die Union, die das Erneuerbare-Energie-Gesetz 2005 abschaffen
247 wollte, geht jetzt damit hausieren.

248 Zu einer kritischen Bilanz gehört aber auch zu sagen, dass wir uns in der Regierungszeit nicht
249 immer durchsetzen konnten und auch Fehler gemacht worden sind. Daraus haben wir gelernt.
250 In den vergangenen vier Jahren haben wir gezeigt, wie man Opposition macht. Die härtere
251 Opposition ist nicht die lautere. Es ist die mit den besseren Konzepten. Von der Senkung der
252 Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener über ein Erneuerbares Wärmegegesetz bis zur
253 Finanzplatzbesteuerung schreiben andere Parteien heute für ihre Wahlprogramme bei uns ab.
254 Dort aber, wo sie es in Politik umzusetzen versuchen, geschieht dies halbherzig und zögerlich.
255 Es zeigt sich: Nur wo Grün draufsteht ist, ist auch Grün drin. Nur wo Grün regiert, wird Grün
256 Wirklichkeit.

257 Wer Grün wählt, wählt Klimaschutz. Ökologische Politik ist wirtschaftliche Innovation für mehr
258 Arbeitsplätze. Wir wollen 1 Mio. Jobs schaffen und die Infrastrukturen und Schlüsselindustrien
259 Automobil, Chemie und Maschinenbau neu ausrichten auf die Produkte und Jobs der näch-
260 sten Jahre. Wir wollen die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien, Effizienz und Energie-
261 sparen. Dafür brauchen wir den Atomausstieg – und ein Moratorium gegen den Bau neuer
262 Kohlekraftwerke. Der Atomausstieg ist nur gesichert, wenn die Grünen in der nächsten Regie-
263 rung vertreten sind.

264 Wer grün wählt, wählt Gerechtigkeit. In einer gerechten Gesellschaft hat Kinderarmut keinen
265 Platz und alle erhalten die Chance, ihr Leben auf einer gesicherten finanziellen Basis selbst zu
266 gestalten, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Der Zugang zu Bildung vom
267 Kindergarten bis zur Uni ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir brauchen eine Steuerre-
268 form, die starke Schultern stärker belastet, und Erbschaften und große Vermögen zur Finanze-
269 rung des Gemeinwohls stärker heranzieht. Das Arbeitslosengeld 2 wollen wir auf 420 € anhe-
270 ben und einen Mindestlohn einführen. Statt einer Zwei-Klassen-Medizin wollen wir die Bürger-
271 versicherung. Wir brauchen neue Spielregeln für die Finanzmärkte – global, europäisch und in
272 Deutschland.

273 Wer Grün wählt, wählt Freiheit. Freiheit, die wir meinen, steht für Selbstbestimmung, für Bür-
274 gerrechte, für die Befähigung aller zur Teilhabe und für gleiche Chancen der Geschlechter. Oh-
275 ne individuelle und institutionelle Freiheit kann sich eine Gesellschaft nicht entwickeln und liegt
276 innovatives Potential brach. Wir brauchen die ungestörte Privatsphäre, wir brauchen Pressefrei-
277 heit, Wissenschaftsfreiheit und Wirtschaftsfreiheit: Nur so können sich neue Ideen entwickeln,
278 Innovationen verbreiten und kann jeder sich demokratisch an politischen Entscheidungen betei-
279 ligen. Der Marsch in die Überwachungsgesellschaft muss ebenso gestoppt werden wie eine
280 Welt mit unkontrolliertem Datenhandel. Wir sind die Partei der Freiheit des Internets. Wir wol-
281 len eine Beendigung der Speicherung von Daten auf Vorrat und Verdacht. Alle Verbraucherin-
282 nen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was in den Produkten drin ist und wie sie
283 hergestellt wurden. Freiheit ist die Freiheit unterschiedlicher Lebensformen, sexueller Identitäten
284 und des Glaubens. Grün steht für eine gestaltete Zuwanderung und ein humanitäres Flücht-
285 lingsrecht.

286 Wer Grün wählt, verhindert die neoliberale Wende zu Schwarz-Gelb. CDU/CSU und FDP wol-
287 len die Rolle rückwärts. Alte Atomanlagen sollen weiter laufen dürfen. Neue Kohlekraftwerke
288 sollen die veraltete Energiestruktur für Jahrzehnte in Beton gießen. Den Billiglohnsektor wollen
289 sie ausbauen und die soziale Sicherheit soll weiter abgebaut werden. Die Trennung zwischen
290 äußerer und innerer Sicherheit soll aufgehoben und der Ausnahmezustand zur Normalität wer-
291 den.

292 Wer Grün wählt, stimmt für die Beendigung der Großen Koalition. Die SPD blinkt rot-grün,
293 doch notfalls sucht sie sofort als Juniorpartner einer Großen Koalition bei Frau Merkel Unter-
294 schlupf. Mit einer Politik der Formelkompromisse und des Stillstandes.

Präambel und Titel– BTW-P-01

295 Die Partei „Die Linke“ geht mit billigem Populismus auf Stimmenfang und gefällt sich als Fun-
296 damentalopposition, die eine Verantwortungsübernahme auf Bundesebene von vornherein aus-
297 schließt. Wer Grün wählt, stimmt für den grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Wer Grün wählt,
298 stimmt für den Wechsel zu Klima, Gerechtigkeit, Freiheit und legt das Fundament für neue Ar-
299 beit, echte Teilhabe und nachhaltiges Wirtschaften.

300 .

BTW-W-01 Bundestagswahlprogramm Anders Wirtschaften

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Anders Wirtschaften

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 1. Anders Wirtschaften - Ein Grüner New Deal für neue Arbeit und Innovation

2 Der menschengemachte Klimawandel zeugt davon, wie unvernünftig wir wirtschaften. Die glo-
3 bale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt, dass die Art und Weise,
4 wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt. Die Krise erfasst immer
5 mehr Bereiche. Immer mehr Menschen spüren ihre Folgen ganz unmittelbar: Viele haben bereits
6 ihren Arbeitsplatz verloren oder Angst, ihn zu verlieren. Andere haben einen Teil ihrer Alterssi-
7 cherung eingebüßt, die meisten nicht etwa deshalb, weil sie überzogene Renditen realisieren
8 wollten, sondern weil sie schlecht beraten wurden oder sich im Finanzdschungel nicht zurecht-
9 finden konnten. Die globale Krise treibt Unternehmen in die Pleite und erfordert staatliche Ein-
10 griffe, die bislang unvorstellbar schienen. Wo gerade noch 24-Stunden-Schichten gefahren
11 wurden, herrscht nun Kurzarbeit. Banken müssen nun mit Milliarden an Steuergeldern vor dem
12 Zusammenbruch bewahrt werden, während selbst im Konjunkturhoch der letzten Jahre in der
13 großen Koalition um jeden Euro mehr für Langzeitarbeitslose oder für Bildungseinrichtungen
14 gefeilscht wurde.

15 In dieser schwierigen Situation geht es darum, die Krise entschieden zu bekämpfen und ihre
16 Folgen für die Menschen abzumildern. Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und schnell wie-
17 der auf einen Pfad zu gelangen, auf dem die Wirtschaft neu Fuß fasst und die Menschen neues
18 Vertrauen gewinnen. Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten: Un-
19 sere Wirtschaft braucht ein neues Fundament. Wenn wir das nicht vergessen, dann liegt in die-
20 ser Krise auch eine Chance. Die Chance, den dringend notwendigen ökologischen und sozialen
21 Wandel zu beschleunigen. Wann, wenn nicht jetzt?

22 Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale
23 Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir wollen eine soziale
24 und ökologische Wirtschaftsverfassung. Denn das ist inzwischen auch klar: nur wer ökologisch
25 produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig. Nicht nur deshalb, weil die Folgen von Kli-
26 mawandel und Umweltverschmutzung den Volkswirtschaften und damit den Steuerzahlerinnen
27 und Steuerzahlern viel Geld kosten. Auch aus einem zweiten Grund: Der Bedarf der Welt an
28 Energie und Rohstoffen wächst täglich. Die Preise für Energie und Rohstoffe werden mittel- und
29 langfristig wieder dramatisch steigen. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, energie-
30 und ressourceneffizienter zu produzieren. Wer energieeffiziente und verbrauchsarme Produkte
31 herstellt, hat im globalen Wettbewerb die Nase vorn - egal ob es sich um Automobile, Kühl-
32 schränke oder Unterhaltungselektronik handelt.

33 Die Weichen jetzt stellen: Ein Grüner New Deal – eine Million neue Jobs

34 Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – den
35 Grünen New Deal. Die Staaten operieren mit Milliardenbeträgen – Summen, die jedwede Vor-
36 stellung übersteigen. Es ist falsch, mit soviel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer
37 Wirtschaft notdürftig zu kittieren. Wir müssen entschlossen ein neues Fundament bauen. Nur
38 dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg,
39 sondern auch etwas, auf das sie aufbauen können. Wir müssen investieren in die Infrastrukturu-
40 ren der Zukunft, in eine kohlenstoffarme Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten so-

Anders Wirtschaften – BTW-W-01

41 zialen Ausgleich. Dieser Grüne New Deal schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen
42 Erfolg heute und morgen.

43 In den politischen Kommentaren wird die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise oft mit der
44 Weltwirtschaftskrise in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verglichen.
45 Auch damals gab es ausgehend von einem Finanzcrash einen tiefen Einbruch der Realwirtschaft
46 und die Arbeitslosenraten schnellten in die Höhe – zunächst in den USA, dann in der ganzen
47 Welt. Dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gelang es durch ein großes Inve-
48 stitionsprogramm, mit Hilfe eines Finanz-, Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA einen
49 Wendepunkt einzuleiten. Durch den sogenannten „New Deal“ sollten die „Karten neu verteilt
50 werden“, die krisengeschüttelten Menschen eine neue Chance bekommen und die Wirtschaft
51 ein neues Fundament. Auch heute braucht es massive Investitionen gegen den wirtschaftlichen
52 Abschwung, geht es darum, den Finanzmärkten neue Spielregeln aufzuzwingen und einen neu-
53 en Ausgleich zu gestalten, der die soziale Spaltung hier und weltweit überwindet. Auch heute
54 geht es darum, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein besseres Morgen möglich zu ma-
55 chen. Aber anders als damals kann ein solcher New Deal heute nur ein Grüner New Deal sein,
56 der nicht zulasten der Umwelt, sondern zum Nutzen der Umwelt geschlossen wird. Diese Er-
57 kenntnis hat angesichts der globalen Krise auch international Auftrieb erhalten. Von Ban Ki-
58 Moon bis Barack Obama fordern immer mehr einen „Green New Deal“. Der Grüne New Deal
59 zielt auf den zukunftsorientierten Umbau der alten Industriegesellschaft. Er ist das wirtschafts-,
60 industrie- und sozialpolitisches Herzstück des Neuen Gesellschaftsvertrages.

61 Immer wieder stellt sich in der Krise die Frage nach Unternehmensrettungen durch den Staat.
62 Wenn Bürgschaften oder Übernahmen geprüft werden, müssen sie daran gekoppelt sein, die
63 Unternehmen auf eine nachhaltige Neuorientierung zu verpflichten. Da, wo kurzfristig Unter-
64 nehmenpleiten drohen und Märkte kollabieren, sind wir dafür, steuernd einzugreifen und mit
65 dem ökologischen und sozialen Umbau bereits zu beginnen. Ziel von staatlichen Eingriffen muss
66 es sein, den massenhaften Absturz in Arbeitslosigkeit zu verhindern, arbeitslose oder kurzarbei-
67 tende Menschen zu qualifizieren und die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte voranzutreiben.
68 Ziel von staatlichen Eingriffen kann es nicht sein, nicht lebensfähige wirtschaftliche Strukturen
69 zu stützen. Branchen mit falschen Produktpaletten, Überkapazitäten und nicht nachhaltigen
70 Geschäftsmodellen dürfen nicht die finanziellen Ressourcen für die strukturell gesunden Wirt-
71 schaftsbereiche verschlingen.

72 Mit unserem Grünen New Deal wollen wir investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Da-
73 mit schaffen wir eine Million Jobs. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue Netze, ein bes-
74 serer ÖPNV, die Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr – all das bringt neue Arbeit.
75 Im Klima- und Energiekapitel dieses Programms zeigen wir, was das konkret bedeutet.

76 Investitionen in Bildung sind zweiter zentraler Teil unseres grünen New Deal. Sie schaffen
77 Chancengerechtigkeit und ebenfalls eine große Zahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze. Die Köpfe
78 unserer Kinder sind unsere wichtigste Ressource. Zusätzliches Geld nur in Gebäude zu stecken,
79 wie es die große Koalition tut, ist zu wenig. Wir brauchen mehr Betreuung, bessere Bildung und
80 mehr Angebote für lebenslanges Lernen sowie gut ausgebildete LehrerInnen und PädagogIn-
81 nen. Im Bildungskapitel zeigen wir, was das für uns bedeutet.

82 Ein weiterer Schwerpunkt des Grünen New Deal betrifft die soziale Gerechtigkeit: Statt jetzt
83 Steuergeschenke für die Reichen zu versprechen, wollen wir die sozialen Blockaden aufbrechen
84 und den Menschen eine neue Chance geben. Schluss damit, dass Manager Millionen-Boni für
85 Quartalsergebnisse bekommen, auch wenn kurze Zeit später das Unternehmen wie ein Karten-
86 haus zusammenbricht. Wir wollen Gerechtigkeit: die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen
87 Wohlstands und die Chance jedes einzelnen auf Teilhabe. Dazu gehört auch, dass die Regelsät-
88 ze für Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfänger sofort auf 420 Euro angehoben
89 werden. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche wollen wir auf eine neue Berechnungs-
90 grundlage stellen, die ihre tatsächlichen Bedarfe berücksichtigt. Mit einem gesetzlichen Min-
91 destlohn wollen wir sicherstellen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. So schaffen wir
92 mehr Gerechtigkeit und steigern die Binnennachfrage, was auch für die Wirtschaft gut ist.

93 Schließlich geht es dem Grünen New Deal um eine neue Finanzmarktarchitektur. Wir drängen
94 auf internationale Abkommen, darauf, dass Steueroasen ausgetrocknet werden und die Spiel-
95 hölle der Finanzjongleure geschlossen wird. Das setzt voraus, dass ein Grüner New Deal euro-
96 päisch und global eingebettet sein muss, damit er auch zu mehr internationaler Gerechtigkeit
97 beiträgt.

98 **Unser Leitbild: Grüne Marktwirtschaft**

99 Leitbild für den grünen New Deal ist eine Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und
100 ökologischen Leitplanken. Wir brauchen nicht neoliberale Deregulierung, sondern klare Regeln
101 für die Märkte der Zukunft. Regeln, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmer
102 belohnen. Grün heißt: ökologisch verträglich, wirtschaftlich vernünftig, sozial und geschlechter-
103 gerecht. Wirtschaftskrise, Klimakrise, steigende Rohstoffpreise, Energiekrise und eine wachsende
104 soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte, an denen
105 auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite die Zukunft verzockt wird und soziale Verantwortung
106 gering zählt. Deshalb muss Nachhaltigkeit zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden. Das
107 bedeutet auch, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen müssen. Schluss damit,
108 dass derjenige, der die Umwelt belastet, belohnt wird.

109 Gute Wirtschaftspolitik ist nicht Interessenspolitik für Wirtschaftsverbände, Lobbygruppen und
110 Wohlhabende, sondern Interessenpolitik für die Zukunft. Politik muss den Rahmen setzen für
111 mehr Energieeffizienz, Ressourcenschutz, hochkarätige Umwelttechnologie und Umweltdienst-
112 leistungen. Das betrifft nicht nur die klassischen „grünen“ Wirtschaftsbereiche. Auch Unter-
113 nehmen der Autoindustrie, im produzierenden Gewerbe, in der Chemieindustrie oder im Ma-
114 schinenbau haben auf den Märkten der kommenden Jahrzehnte nur dann eine Chance, wenn
115 sie den Strukturwandel zum nachhaltigen Wirtschaften mitgehen. An einer ressourcenschonen-
116 den Produktionsweise entscheidet sich heute in jedem Industriezweig die wirtschaftliche Zu-
117 kunft. Dafür setzen wir auf verschiedene Instrumente, die der dringend erforderlichen Vernunft
118 zum Durchbruch verhelfen, ohne wirtschaftliche Freiheit zu verhindern. Der Emissionshandel –
119 richtig umgesetzt – belohnt Unternehmen, die klimaschonend produzieren, weil sie weniger
120 Verschmutzungsrechte erwerben müssen. Und mit der ökologischen Steuerreform wird um-
121 weltverträgliches Verhalten belohnt. Umweltschädigendes Verhalten wird teurer.

122 Freiheit im Sinne Grüner Marktwirtschaft meint nicht die Abwesenheit von Regulierung oder die
123 Freiheit der Starken und die Herrschaft des Ellenbogens. Wirtschaftliche Freiheit entsteht viel-
124 mehr erst, wenn der Missbrauch der Marktmacht ausgeschlossen ist und Verbraucherinnen und
125 Verbraucher selbstbestimmt wählen können. Wir wollen die Märkte zum Mittel machen, ökolo-
126 gische und soziale Ziele zu erreichen. Wir kämpfen gegen die marktbeherrschende Stellung ei-
127 nes oder einiger weniger Unternehmen, für einen fairen Marktzugang für alle Marktteilnehmer,
128 gegen überflüssige Bürokratie oder unsinnige Dauersubventionen, denn sie verhindern Wett-
129 bewerb und Innovation.

130 Auch international setzen wir uns für eine gerechte und faire Welthandelsordnung ein. Wir
131 wollen soziale und ökologische Regeln im Welthandel und den Zugang von Entwicklungslän-
132 dern zu Wissen und Technologie fördern. Entwicklungsländer sollen die Möglichkeiten bekom-
133 men, ihre sich noch im Aufbau befindenden Industrien, Landwirtschaft und Dienstleistungssek-
134 toren vor übermächtiger Konkurrenz im Handel und bei Investitionen zu schützen.

135 Grüne Marktwirtschaft nimmt die Wirtschaft als ganzes in den Blick. Neben gewinnorientierten
136 Unternehmen sind auch das wirtschaftliche Handeln des Staates selbst sowie des gemeinwohl-
137 orientierten dritten Sektors Quellen für Wertschöpfung und Innovation. Wichtige öffentliche
138 Güter und Dienstleistungen, wie Gesundheitsversorgung oder Bildung, Mobilität, Internet,
139 Müllabfuhr oder Wasser, müssen allen BürgerInnen zugänglich sein. Nur ein starker und zuver-
140 lässiger Staat kann die notwendigen öffentlichen Güter in hoher Qualität bereitstellen oder un-
141 ter bestimmten Bedingungen von privater Seite bereitstellen lassen. Darum wehren wir uns ge-
142 gen Steuersenkungs-Ideologen in Union und FDP, die von Eigenverantwortung reden, aber den
143 Nachtwächterstaat meinen. Wir Grüne stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung der
144 öffentlichen Güter und Institutionen.

Anders Wirtschaften – BTW-W-01

145 Für uns sind intakte öffentliche Infrastrukturen und ein funktionierender Sozialstaat nicht nur
146 eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirt-
147 schaftens. So sind etwa Dienstleistungen für Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen,
148 inzwischen selbst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, der Nachfrage schafft. Der
149 soziale Sektor ist in den vergangenen Jahren enorm expandiert, viele Geschäftsideen und Ar-
150 beitsplätze sind im Bereich sozialer Dienstleistungen, etwa der Pflege, entstanden.

151 Gute Arbeit und faire Löhne – Gerechtigkeit und Nachfrage stärken

152 Wir wollen Arbeit, die Menschen als gut empfinden und die fair bezahlt ist. Wir wollen kein
153 „Working poor“. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn wollen wir sicherstellen, dass man von
154 seiner Arbeit auch leben kann. Dass Menschen gezwungen sind, für drei Euro Stundenlohn zu
155 arbeiten, ist unwürdig und es ist zynisch, diese Form von Ausbeutung mit dem Hinweis auf Ar-
156 beitsproduktivität rechtfertigen zu wollen. Oberhalb eines gesetzlichen Mindestlohns wollen wir
157 es Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ermöglichen, branchen- und regionalspezifische
158 Lohnuntergrenzen festzulegen, die dann per Gesetz für alle gelten. Damit verhindern wir Lohn-
159 dumping, legen so eine Grundlage für Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und
160 konzentrieren den Wettbewerb zwischen den Unternehmen wieder auf Qualität. Mit sozialen
161 Wirtschaftsbetrieben bieten wir auch besonders benachteiligten Langzeitarbeitslosen die Chance
162 auf ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Mit unserem grünen Progressivmodell
163 wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln und damit Geringverdiener von hohen
164 Abgaben entlasten. Mini- und Midi-Jobs fallen dafür weg. Für alle Einkommen bis 2.000 Euro
165 sollen die Beitragssätze erst langsam und stufenlos ansteigen. Gerade bei Geringverdienern
166 kommt es darauf an, dass die Menschen mehr von ihrem Brutto in der Tasche haben. Und ge-
167 rade für Geringqualifizierte sind die hohen Lohnnebenkosten ein hohes Beschäftigungshinder-
168 nis. Viele Jobs werden durch niedrigere Lohnnebenkosten für ArbeitgeberInnen und Arbeit-
169 nehmerInnen überhaupt erst attraktiv. Deshalb sind sie auch ein Mittel gegen Schwarzarbeit.
170 Von unserem Progressivmodell profitieren vor allem Frauen, da sie häufiger in Niedriglohn- und
171 Teilzeittätigkeit beschäftigt sind.

172 Zeitarbeit darf kein Instrument sein, mit dem Lohndumping vorangetrieben und andere Stan-
173 dards abgesenkt werden. Die Bedingungen für Zeitarbeitnehmer müssen sich verbessern, ohne
174 dass dadurch die Brücke in den Arbeitsmarkt, die die Zeitarbeit für viele Menschen darstellt,
175 abgerissen wird. Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer müssen wie die Stammbeleg-
176 schaft bezahlt und behandelt werden. Ein Abweichen von diesem Grundsatz darf es künftig nur
177 noch in Ausnahmefällen und begrenzt auf drei Monate geben.

178 Uns ist es nicht egal, unter welchen Bedingungen die Menschen arbeiten müssen. Gemeinsam
179 mit den Gewerkschaften und Unternehmen wollen wir gute Arbeit schaffen, also Arbeit, die
180 den Menschen Zufriedenheit gibt, die sie anspornt, die ihnen Raum lässt für Familie und Privat-
181 leben oder Weiterbildung und sie angemessen entlohnt. Das umfasst viele Maßnahmen: mehr
182 Weiterbildung im Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle, z.B. durch die Einführung von Lebensar-
183 beitszeitkonten, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf oder Beteiligungen
184 am Unternehmensgewinn.

185 Um ArbeitnehmerInnen gerade in unsicheren Arbeitsverhältnissen zu stärken, ist in der Arbeits-
186 welt ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften überfällig.

187 Der Trend sinkender Reallöhne muss gestoppt werden. Die schleppende Binnenkonjunktur ist
188 für die Wirtschaftskrise mitverantwortlich. Jahrelang sind in den oberen Etagen der Gesellschaft
189 die Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Kapital rapide gestiegen, während in den
190 Mittelschichten die Reallöhne stagnierten oder sanken und die Armen weiter verarmten. Das
191 hat die Binnennachfrage dauerhaft geschwächt. Wir brauchen durchsetzungsfähige Arbeitneh-
192 merorganisationen und eine stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Betriebsvermögen,
193 denn Gesellschaften mit gleichmäßiger Verteilung des Wohlstandes und starker Massenkaf-
194 kraft sind wirtschaftlich stabiler.

195 Wir stehen für eine aktive Gestaltung der Arbeitsmigration. Wir wollen, dass die Bundesregie-
196 rung die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU sofort beendet. Außer-

197 dem setzen wir uns bei der Arbeitskräftezuwanderung für ein Punktesystem als flexibles Steuer-
198 rungsinstrument ein: Zuwandererinnen und Zuwanderer können sich nach klaren Kriterien be-
199 werben, die vom Einwanderungsland nach eigenem Bedarf festgesetzt und angepasst werden
200 können. Mit der Ausweitung der Dienstleistungsfreiheit nimmt die Arbeitsmigration in der Eu-
201 ropäischen Union weiter zu. Wir wollen auch die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
202 nehmer, die nur vorübergehend hierher kommen oder von Firmen hierhin entsandt werden,
203 stärken, um Ausbeutung zu verhindern. Sie haben ein Recht auf Aufklärung über ihre Rechtsla-
204 ge, auf Beratung und Unterstützung. Gleiches gilt für jene, die zwischen Heimatland und Auf-
205 nahmeland pendeln. Ihr Aufenthaltsstatus darf weder an einen Arbeitgeber gebunden sein,
206 noch darf die Möglichkeit des Daueraufenthalts von vornherein ausgeschlossen werden.

207 **Die Spielhölle der Finanzjongleure schließen**

208 Der Casino-Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Er war ein zynisches Spiel nach dem Muster „Die
209 Gewinne dem Unternehmen (und seinen Anteilseignern), die Verluste trägt die Gesellschaft“.
210 Das Wirken der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren war jedoch auch in den nicht-
211 krisenhaften Zeiten problematisch. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, einen effektiven Ord-
212 nungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und
213 ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen, dass wir für die Herausforderungen des Kli-
214 mawandels und zur Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovations-
215 kraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf
216 ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität
217 und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden.

218 Die Finanzmärkte müssen darum international durch eine Reihe von konkreten Maßnahmen
219 reguliert werden. Bisher gleicht die internationale Regulierung einem Flickenteppich. In Zukunft
220 muss das Prinzip gelten: alle Produkte, alle Akteure, alle Länder müssen in die Finanzmarktord-
221 nung und -aufsicht einbezogen werden. Das gilt für die bisher unregulierten Hedge-Fonds
222 ebenso wie für viele hochkomplexe Finanzprodukte, die völlig intransparent zwischen einzelnen
223 Finanzmarktakteuren gehandelt wurden. Die zuständige Aufsicht muss besonders riskante Fi-
224 nanzprodukte auch verbieten können. Statt hochkomplexer Einzelregelungen, die leicht um-
225 gangen werden können, brauchen wir einfache, dafür jedoch verbindliche Regeln, die für alle
226 gleich gelten. Bei den Eigenkapitalvorschriften treten wir für eine einfache Regel ein, die für alle
227 Akteure gelten soll – ob Bank oder nicht. Dabei müssen diese Sicherheitspuffer gegen Zah-
228 lungsausfälle deutlich erhöht werden. Eine Bank, die Forderungen weiterverkauft, muss zudem
229 immer einen Teil des Risikos behalten, damit langfristig verantwortungsvoll gehandelt wird.

230 Den Steueroasen sagen wir den Kampf an. Deutschland muss die treibende Kraft für ein ge-
231 meinsames europäisches Vorgehen gegen Steueroasen werden. Durch Beschränkungen des
232 Geschäftsverkehrs muss gegebenenfalls auch Druck auf Oasenstaaten ausgeübt werden, damit
233 diese ihre Praktiken ändern. Die EU kann dabei international nur dann glaubwürdig sein, wenn
234 sie zuerst wirksam gegen europäische Steueroasen vorgeht.

235 Wir wollen eine Einführung einer Finanzumsatzsteuer, um den Finanzsektor an der Finanzierung
236 des Gemeinwohls zu beteiligen und um Spekulationen zu bremsen. Die Finanzumsatzsteuer
237 entwickelt die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale Geschäfte zwischen Wäh-
238 rungsräumen gedacht war und eine Börsenumsatzsteuer, die nur Umsätze an Börsenplätzen
239 einbezog, weiter. Steuerliche Privilegien für Finanzprodukte lehnen wir dabei ab.

240 Für mehr Stabilität und Verlässlichkeit auf nationaler Ebene muss die Finanzmarktaufsicht unab-
241 hängiger und schlagkräftiger werden. Bisher sitzen die Vertreter der Finanzbranche in der Fi-
242 nanzaufsicht drin und kontrollieren sich damit teilweise selbst. Diese Politik wollen wir beenden.
243 Alle Bankgeschäfte müssen in die Aufsicht miteinbezogen werden. Europa braucht eine europäi-
244 sche Finanzaufsicht. Bei grenzüberschreitend tätigen Großbanken und Versicherungen muss die
245 Aufsicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen sein, und es darf kein Regulierungsdumping in
246 Europa geben.

247 Wir brauchen dringend Regeln für Rating-Agenturen. Die Rating-Agenturen haben durch ihre
248 falschen Bewertungen die Krise mit zu verantworten. Die Agenturen unterliegen Interessens-

Anders Wirtschaften – BTW-W-01

249 konflikten. Sie werden von denjenigen bezahlt, deren Produkte sie mit Noten bewerten. Sind
250 diese Bewertungen falsch oder nicht ordnungsgemäß erstellt, nehmen aber regelmäßig diejeni-
251 gen Schaden, die auf die Bewertungen zurückgreifen. Um Interessenkonflikte bestmöglich zu
252 vermeiden, muss das Geschäftsmodell der Ratingagenturen eine Änderung erfahren. Bera-
253 tungsgeschäft und Bewertung müssen strikt getrennt sein.

254 Makroökonomische Probleme wie wiederkehrende Zahlungsungleichgewichte, lang anhaltende
255 Exportüberschüsse und aktionistische Konjunkturpakete verhindern dauerhaft stabile Märkte.
256 Deswegen muss die internationale Gemeinschaft auch hier globale Regelungen finden.

257 Den Exzessen bei Managergehältern wollen wir einen Riegel vorschieben. Die falsch konstru-
258 erten Entlohnungssysteme der Banken führen dazu, dass Banker verrückt hohe Risiken einge-
259 hen und nur noch ihre kurzfristige Rendite im Blick haben. Der Staat muss dazu die längst
260 überfälligen notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen nicht, dass überhöhte
261 Manager-Bezüge und Phantasie-Abfindungen durch die Bürgerinnen und Bürger mitfinanziert
262 werden. Deshalb wollen wir den vollen Betriebsausgabenabzug von Manager-Gehältern auf
263 500.000 Euro jährlich pro Kopf begrenzen. Darüber hinaus gehende Bezüge sind nur noch zur
264 Hälfte als Betriebsausgaben abziehbar. Der direkte Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat
265 soll künftig unmöglich sein, die Zahl der Aufsichtsratsmandate gesetzlich auf maximal fünf pro
266 Person beschränkt werden. Wir wollen zudem die zivilrechtliche Haftung der obersten Manager
267 verschärfen und gesetzlich festlegen.

268 Den Bankensektor stabilisieren und neu aufstellen

269 Es ist richtig, jetzt in der Krise Banken vor der Insolvenz zu retten und damit einen fatalen Do-
270 mino-Effekt in der Bankenwelt zu verhindern. Doch empörend ist, wie das geschieht. Völlig
271 intransparent werden Milliarden vergeben. Während bei jedem bedürftigen Arbeitslosen im
272 Detail geprüft wird, wieviel er bekommen darf, ist die Große Koalition bei Banken und ihren
273 Aktionären großzügig. Wenn der Staat die Risiken übernimmt, dann muss er auch Kontroll-
274 rechte haben und an künftigen Wertsteigerungen beteiligt sein. Deswegen setzen wir zur Kri-
275 senbewältigung auf vorübergehende (Teil-)Verstaatlichung. Wir Grünen wollen maximale Tran-
276 sparenz, wie es zu den katastrophalen Zuständen bei den Banken kommen konnte, und maxi-
277 male Transparenz bei den Rettungsaktionen. Die Aufarbeitung dieser Krise muss auch ausführ-
278 lich im parlamentarischen Raum stattfinden. Zudem wollen wir durch regelmäßige öffentliche
279 Berichtspflichten sicherstellen, dass die Banken die staatlichen Gelder auch nutzen, um die Kre-
280 ditversorgung an kleine und mittelständische Unternehmen aufrechtzuerhalten.

281 Wir Grünen halten am dreigliedrigen Bankensystem aus genossenschaftlichen, öffentlichen und
282 privaten Banken fest. Viele Landesbanken haben, obwohl sie dafür nicht da sind, am großen
283 Spekulationsrad auf den globalen Finanzmärkten mit gedreht. Verantwortlich für diese Fehl-
284 entwicklung, für Vetternwirtschaft und Kontrolllücken sind die Landesregierungen. Noch heute
285 sperren sich die CDU-Ministerpräsidenten gegen eine sinnvolle Konsolidierung der Landesban-
286 ken und bürden so ihren Bürgerinnen und Bürgern Milliardenlasten auf. Diesem Spuk wollen wir
287 durch eine Neuordnung des öffentlichen Bankensektors ein Ende machen, der die Sparkassen
288 stärkt und eine klare Ausrichtung des gesamten Sektors am Gemeinwohl sichert.

289 Neue Kultur der Selbstständigkeit

290 Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, Tüftler und Mittelstand exzellente
291 Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das gesellschaftliche
292 Innovationsklima fördern. Ob Kinderbackschule oder Übersetzungsservice von Amtsdeutsch in
293 Umgangssprache, ob Online-Müslimixer, Software-Schmiede oder Windanlagenbauer: Wir
294 brauchen mehr Daniel Düsentricks, die mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit wa-
295 gen. Ein Gründer mit einer verrückt anmutenden Geschäftsidee, von der er aber überzeugt ist,
296 soll ebenso Unterstützung finden wie eine gescheiterte Unternehmerin, der eine zweite Chance
297 braucht. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine selbstverständliche Option
298 im Berufsleben ist. Dazu bedarf es eines besseren Zugangs zu Wagniskapital und eine bessere
299 Versorgung mit Mikrokrediten. Existenzgründungen sind für uns kein bürokratischer Akt, son-
300 dern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Frei-

301 heit verwirklicht. Wir brauchen deshalb mehr und bessere Beratungsangebote für Gründerinnen
302 und Gründer – gerade für Erwerbslose, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen – und
303 mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für Gründungen, vor allem für solche, die aus
304 der Arbeitslosigkeit heraus erfolgen. Entbürokratisierung ist das beste Programm, um kleinen
305 und mittelständischen Betrieben zu helfen. Dafür setzen wir uns ein.

306 **Solidarische Ökonomie und kreative Wirtschaft**

307 Grüne Marktwirtschaft steht für eine Wirtschaftsordnung, in der die solidarische Ökonomie
308 einen festen Platz hat. In der solidarischen Ökonomie verbindet sich die Freiheit selbstbe-
309 stimmten Handelns mit sozialer Gerechtigkeit. Soziales Unternehmertum, Bürgersolar- und –
310 windanlagen, genossenschaftliche Initiativen, alternative Tausch-, Regionalgeld- oder
311 Handelsnetze und bürgerschaftliches Engagement gewinnen in unserer Gesellschafts- und
312 Wirtschaftsordnung stetig an Bedeutung. Deshalb unterstützen wir genossenschaftliche und
313 selbstverwaltete Betriebe ebenso wie Initiativen für Open-Source-Produkte im IT-Bereich, die
314 häufig in wirtschaftliche Tätigkeit münden.

315 Gerade in der Wirtschaftskrise ist die Übernahme eines vor der Insolvenz stehenden Unterneh-
316 mens durch die MitarbeiterInnen in manchen Fällen ein geeignetes Instrument zur Sicherung
317 von Arbeitsplätzen auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens.

318 Kreative und künstlerische Arbeit findet längst nicht mehr außerhalb, sondern inmitten ökonomischer
319 Strukturen statt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.
320 Hier entstehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Mit ihren kreativen Erzeugnissen, Pro-
321 dukten und Projekten leistet die Kulturwirtschaft einen unverzichtbaren Beitrag zur gesellschaftlichen
322 Innovation. Die Rahmenbedingungen vor allem für die hier vorherrschenden Kleinst- und
323 Kleinunternehmen wollen wir verbessern, die Vergabe von Kleinstkrediten und den Zugang zu
324 Darlehen erleichtern und KünstlerInnen eine bessere soziale Absicherung ermöglichen.

325 **Der Staat als Nachfrager und Eigentümer**

326 300 Mrd. Euro geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich für öffentliche Aufträge aus. Das
327 sind 13% des Bruttoinlandprodukts. Als bedeutender Auftraggeber kann der Staat enormen
328 Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft nehmen, wenn er die Vergabe
329 öffentlicher Aufträge klug nutzt. Etwa dann, wenn Gemeinden ihre Aufträge nicht nur an den
330 Anbieter mit dem niedrigsten Preis vergeben, sondern auch die Frage, ob ein Unternehmen
331 ökologisch produziert, nach Tarif bezahlt, Menschen mit Behinderung beschäftigt, junge Leute
332 ausbildet oder Gleichstellung im Betrieb praktiziert, ein Vergabekriterium ist. Das billigste Ange-
333 bot ist nicht immer das wirtschaftlichste. Und oft genug zahlt dann das Gemeinwesen drauf.
334 Wir wollen, dass die sozialen und ökologischen Kriterien im Vergaberecht rechtssicher und
335 handhabbar ausgestaltet werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen nicht länger be-
336 nachteiligt werden.

337 In manchen Bereichen muss der Staat wieder als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen in Er-
338 scheinung treten. Die Privatisierungseuphorie der Neunziger Jahre ist weit über das Ziel hinaus-
339 geschossen. Natürliche Monopole im Bereich der Netzinfrastrukturen müssen zumindest im
340 Teilbesitz der Allgemeinheit bleiben oder – etwa im Bereich der Stromnetze – überführt werden.
341 Der Staat muss in den Unternehmen, an denen er beteiligt ist, seine Kontrollrechte besser
342 wahrnehmen. Als Aktionär muss er sich auch bei Problemen wie Überwachungskandalen, un-
343 ausgereiften Rationalisierungskonzepten oder Fehlinvestitionen verantwortungsbewusst ver-
344 halten. Es reicht nicht, an die Unternehmen zu appellieren. Als Anteilseigner hat die öffentliche
345 Hand wie jeder Investor weitere Möglichkeiten, bewusst Einfluss zu nehmen und Kontrolle aus-
346 zuüben. Wir wollen eine Strategie für den Umgang mit Beteiligungen entwickeln und Auf-
347 sichtsräte sowie Teilnehmer von Hauptversammlungen mit Schulungen auf ihre Aufgaben vor-
348 bereiten.

349 **Gleichberechtigung durchsetzen, Vielfalt fördern**

350 Frauen haben vielfach die besseren Bildungsabschlüsse und bekommen doch die schlechteren
351 Jobs. Sie fragen sich zu Recht, wieso ihr Kollege mit gleicher Qualifikation mehr verdient. Oder

Anders Wirtschaften – BTW-W-01

352 ob der Staat ihnen eine gute Ausbildung ermöglicht hat, damit sie mangels Betreuungsmöglich-
353 keiten mit Kindern zuhause bleiben müssen. Dieses Gleichstellungsdefizit ist nicht nur ungerecht
354 und schränkt das Selbstbestimmungsrecht ein, sondern schadet der Wirtschaft enorm. Die
355 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben ist eine wichtige Voraussetzung für
356 mehr Dynamik am Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Innovationen. Wir brauchen eine andere
357 Unternehmenskultur, die Führungspositionen für Frauen zur Chefsache macht und die Verein-
358 barkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen zum Ziel hat. Da Frauen in deutschen
359 Chefetagen noch immer exotische Ausnahmen sind, streben wir eine verbindliche Quote von
360 40 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten an. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einem
361 Gleichstellungsgesetz für den privaten Sektor. Und wir setzen uns weiterhin dafür ein, den ge-
362 sellschaftlich Skandal zu beenden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt wer-
363 den.

364 Vielfalt in der Belegschaft ist ein positiver Faktor. Wir wollen eine Unternehmenskultur fördern,
365 die frei von Vorurteilen ist und „Diversity Management“ fördert. Wenn Beschäftigte Diskrimi-
366 nierungen befürchten, dann verlieren sie Ihre Motivation. Viele Unternehmen und öffentliche
367 Institutionen machen längst die Erfahrung, dass eine bunte Belegschaft produktiv ist. Menschen
368 mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen, Junge und Alte, Homosexuelle und Heterosexu-
369 elle, Menschen mit und ohne Behinderung, Frauen und Männer tragen gemeinsam zum Erfolg
370 bei. Wir wissen: Technik, Toleranz und Talente sind ein ökonomisches Erfolgsrezept für Regio-
371 nen und Kommunen. Vermeintlich weiche Standortfaktoren werden im globalen Wettbewerb
372 des 21. Jahrhunderts zur Grundlage von Unternehmensentscheidungen und müssen darum
373 zentrales Thema regionaler Wirtschaftsförderung werden.

374 **Die Zukunft finanzieren**

375 Um unsere Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und in ein nachhaltiges Umsteuern
376 der Wirtschaft zu finanzieren, brauchen wir einen grundsätzlichen Umbau des Staatshaushalts.
377 Wir wollen das Steuersystem vereinfachen, zusätzliche Einnahmequellen erschließen und durch
378 Subventionsabbau Ausgaben reduzieren.

379 Viele Menschen bewegt die Frage, wie wir die finanziellen Belastungen aus der Finanz- und
380 Konjunkturkrise bewältigen und wer eigentlich am Ende die Rechnung zahlt für die enormen
381 Schulden, die uns und den nachfolgenden Generationen die Handlungsspielräume nimmt.

382 Die notwendigen politischen Antworten auf die Wirtschaftskrise bedeuten eine große finanzielle
383 Belastung für die öffentlichen Haushalte. Ein Neuer Gesellschaftsvertrag verlangt, dass diese
384 Kosten nicht allein den kommenden Generationen aufgebürdet werden. Ebenso wäre es falsch,
385 diese Kosten durch allgemeine Steuererhöhungen gegenzufinanzieren. Stattdessen sollten vor
386 allem jene einen Beitrag leisten, die in den Zeiten vor Krise vom Finanzmarktkapitalismus profi-
387 tiert und große Vermögen aufgebaut haben. Heute besitzen 5% der Bevölkerung 47 % des
388 Vermögens. Wir halten es für richtig, zur Bewältigung dieser historischen Krise starke Schultern
389 auch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb schlagen wir GRÜNEe vor, eine zeitlich
390 befristete Vermögensabgabe einzuführen, mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung
391 der Krise getilgt werden sollen.

392 Auch diejenigen, deren Einkommen und Vermögen in den vergangenen Jahren überdurch-
393 schnittlich gewachsen sind, sollen aus unserer Sicht einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl
394 leisten. Darum wollen wir den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer anheben und das Erb-
395 schaftssteueraufkommen deutlich erhöhen. Die Erbschaftssteuer ist für uns eine Gerechtigkeits-
396 steuer. Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir grundlegend neu und modern regeln. Unser
397 Ziel ist es, einen größeren Anteil der großen Erbschaften als bisher zur Finanzierung öffentlicher
398 Aufgaben heranzuziehen. Größere Vermögen sollen künftig verstärkt zum Erbschaftsteuerauf-
399 kommen beitragen, kleine Vermögen werden durch Freibeträge verschont. Für Betriebsvermö-
400 gen wollen wir einen deutlich höheren Freibetrag, damit kleine und mittlere Betrieb verschont
401 werden. Die eingetragenen Lebenspartnerschaften wollen wir im Steuerrecht der Ehe gleichstel-
402 len. Wir wollen nur noch eine Steuerklasse mit einem Tarif und die persönlichen Freibeträge
403 entsprechend anpassen. Ziel ist die Individualbesteuerung. Das Steuermehraufkommen sollen
404 die Länder für mehr Bildung und den Ausbau der Kinderbetreuung einsetzen.

405 Unser Ziel ist darüber hinaus eine sozial gerechte Reform der Einkommenssteuer. Wir wollen
406 den Spitzensteuersatz auf 45% anheben. Dieser Spitzensteuersatz soll aber erst bei einem hö-
407 heren Einkommen als heute wirksam werden, um mittlere Einkommen nicht zusätzlich zu bela-
408 sten. Aus der von uns geforderten Anhebung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II ergibt
409 sich eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 8004 auf 8500 Euro, die kleine
410 Einkommen gezielt entlastet.

411 Grüne Politik will Kapitaleinkommen genauso zur Finanzierung der Gemeinwesens heranziehen
412 wie Lohneinkommen und gleichermaßen der progressiv gestalteten Einkommenssteuer unter-
413 werfen. Es ist nicht gerecht, dass Einkommen aus Finanzanlagen geringer besteuert werden als
414 Arbeitseinkommen. Ein effektives Vorgehen gegen Steueroasen ist dafür die Voraussetzung.

415 Kapitalerträge dürfen in Europa nicht mehr hinterzogen werden, die entsprechenden Richtlinien
416 müssen dahingehend geändert werden. Unternehmen sollen künftig offenlegen, wo und mit
417 welchen Tochtergesellschaften sie ihre Gewinne erzielen und wo sie wie viel Steuern zahlen.
418 Wir wollen eine durchgreifende Vereinfachung in der Einkommensteuer erreichen und auch
419 damit zu mehr Gerechtigkeit im Steuersystem beitragen. Viele Menschen stören sich nicht dar-
420 an, dass sie Steuern zahlen, sondern daran, dass die Steuererklärungsbürokratie sie jedes Jahr
421 aufs Neue mit unzähligen Formularen traktiert. Wir wollen, dass die Steuererklärung den Bür-
422 gerinnen und Bürgern künftig weniger Arbeit macht. Die Finanzverwaltung soll eine bereits
423 weitgehend vorausgefüllte Steuererklärung liefern. Banken sollen ihren KundInnen auch weiter-
424 hin eine Ausfüllhilfe für die Steuererklärung zur Verfügung stellen. Damit können kleine Ein-
425 kommen zu viel bezahlte Kapitalertragsteuern leichter zurückfordern. Außerdem wollen wir die
426 Steuerpflichtigen für die elektronische Übermittlung ihrer Steuererklärung durch einen Bonus
427 „belohnen“. Denn sie ersparen der Finanzverwaltung viel Arbeit.

428 Wir schlagen eine einheitliche Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Ein-
429 kunftsarten von 2.000 Euro pro Jahr vor. Die sieben Einkunftsarten wollen wir weitgehend zu-
430 sammenfassen. Die allermeisten aufwändigen und umständlichen Einzelabrechnungen werden
431 damit de facto überflüssig.

432 Das Ehegattensplitting – das die Ehe fördert und nicht das Leben mit Kindern – wollen wir zur
433 Individualbesteuerung weiter entwickeln. Damit wird das derzeitige Lohnsteuerklassensystem
434 weitgehend vereinfacht. Die Steuerklassen III, IV und V werden überflüssig. Das gesparte Geld
435 fließt in den Ausbau der Kinderbetreuung und in die Bekämpfung von Kinderarmut. Zur weite-
436 ren Finanzierung des Ausbaus der Bildungsinfrastruktur wollen wir auch freiwerdende Mittel des
437 Solidaritätszuschlags im Sinne eines Bildungs-Solis nutzen. Die komplizierte Familienförderung
438 wollen wir in eine einheitliche Kindergrundsicherung weiter entwickeln.

439 Mit unserem Altersvorsorgekonto wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern eine moderne und
440 einfache Förderung anbieten. Private und betriebliche Altersvorsorge werden unter einem Dach
441 zusammen geführt. Die jetzigen komplizierten und unübersichtlichen Regeln werden überflüs-
442 sig.

443 Steuerflucht und Steuerhinterziehung wollen wir entschieden bekämpfen. Durch Steuerhinter-
444 ziehung entgehen den öffentlichen Haushalten jährlich Einnahmen in zweistelliger Milliarden-
445 höhe. Wer Steuern hinterzieht, handelt kriminell und unsolidarisch gegen unsere Gesellschaft
446 und muss verfolgt werden. Wir wollen mehr Personal für Betriebsprüfung, Steuerfahndung und
447 Justiz, denn das bringt auch Geld in die Staatskassen. Mittelfristig wollen wir das ineffektive
448 Nebeneinander von 16 Steuerverwaltungen beenden und durch eine Bundessteuerverwaltung
449 ersetzen. Das bringt Mehreinnahmen in Milliardenhöhe und beendet die Praxis einiger Bundes-
450 länder, mit lückenhaftem Steuervollzug Standortpolitik zu betreiben. Wir wollen Steuerschlupf-
451 löcher verfassungsgemäß schließen und dafür eine Genehmigungspflicht für die Anbieter von
452 Steuersparmodellen einführen. Auf europäischer und internationaler Ebene brauchen wir wei-
453 tere Maßnahmen, um Steueroasen konsequent auszutrocknen.

454 Um die Einnahmen der Städte und Gemeinden zu verstetigen, wollen wir die Gewerbesteuer
455 nachhaltiger und gerechter gestalten, indem wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
456 weiterentwickeln. Mit dieser Steuer soll durch die volle Einbeziehung gewinnunabhängiger Ele-

Anders Wirtschaften – BTW-W-01

457 mente, wie z.B. der Fremdkapitalzinsen, die Bemessungsgrundlage der bisherigen Gewerbe-
458 steuer verbreitert werden. Auch Freiberufler sollen in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen wer-
459 den. Das vermeidet wirtschaftlich oft nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft
460 faire Wettbewerbsbedingungen. Ein Freibetrag soll vor allem kleine und mittlere Unternehmen
461 entlasten und die Anrechenbarkeit auf die Einkommenssteuer bleibt erhalten.

462 Investitionen in Umwelt belohnen statt Klimakiller-Subventionen

463 Die Idee der ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit
464 sagen, also nicht nur Arbeits- und Produktionskosten zum Ausdruck bringen, sondern auch die
465 ökologischen Kosten. Und wer umweltfreundlich produziert und konsumiert soll weniger be-
466 zahlen, als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. In unserer Regierungszeit haben wir mit
467 der ökologischen Finanzreform begonnen. Jetzt wollen wir sie fortsetzen, denn von der großen
468 Koalition gab es Stillstand statt Fortschritt. Schluss machen wollen wir auch mit der staatlichen
469 Subventionierung von ökologisch schädlichem Verhalten durch Steuerausnahmen und Abga-
470 benbefreiung. Die ökologisch schädliche und ungerechte Pendlerpauschale wollen wir ab-
471 schmelzen und sie soll auf Grundlage eines einheitlichen Kilometersatzes für den Weg zur Arbeit
472 unabhängig vom Verkehrsmittel gelten. Die Pauschale muss dabei so ausgestaltet werden, dass
473 sie auch für Pendler wirksam wird, die nicht lohnsteuerpflichtig sind. Das Dienstwagenprivileg
474 für große Spritfresser wollen wir abschaffen. Dass die Steuerzahler Milliarden für Firmenlimousi-
475 nen aufbringen müssen, ist weder ökologisch noch sozial, genauso wenig wie die Steuerbefrei-
476 ung von Flugbenzin. Die Kohlesubventionen müssen abgeschmolzen und die Ausnahmen bei
477 der Ökosteuer für Betriebe, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, gestrichen werden. Der
478 Emissionshandel kann erst dann seine Wirkung ganz entfalten, wenn die Zertifikate grundsätz-
479 lich versteigert werden und es keine Schlupflöcher mehr für energieintensive Branchen gibt. Wir
480 wollen die Grundsteuer ökologisch ausgestalten und damit die Anreize für einen sparsamen
481 Flächenverbrauch verstärken. Die Öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel voran gehen und
482 nachhaltig investieren, d.h. sie soll ihre Finanzanlagen an sozialen, ethischen und ökologischen
483 Aspekten orientieren.

484 Eine handlungsfähige öffentliche Hand

485 Gezielte Zukunftsinvestitionen und eine verantwortliche Haushaltspolitik gehören zusammen. Es
486 ist richtig, in der Krise zu investieren und jenen zu helfen, die finanzieller Hilfe bedürfen. Aber
487 wenn die Einnahmen wieder sprudeln und die Wirtschaft wächst, müssen Schulden abgebaut
488 werden, um nachkommende Generationen nicht weiter zu belasten. Das hat die große Koalition
489 in den Jahren des Wachstums sträflich vernachlässigt. Wir wollen einen Staat, der aktiv gestaltet
490 und nicht Mangel verwaltet. Deswegen gilt es, eine immer weiter ansteigende Staatsverschul-
491 dung durch eine mit der Konjunktur atmende Schuldenbremse in der Verfassung, zu verhindern
492 und sicherzustellen, dass die notwendigen Investitionen heute und der Schuldenabbau morgen
493 Hand in Hand gehen. Eine verbindliche Schuldenbremse für Bund und Länder kann nicht ohne
494 Lösung der Altschuldenfrage eingeführt werden. Bund und Länder müssen deshalb gemeinsam
495 denjenigen Bundesländern und Kommunen eine Altschuldenhilfe gewähren, deren Zinslasten
496 deutlich über dem Durchschnitt der Ländergesamtheit liegen. Ein Teil der freiwerdenden Mittel
497 des Solidaritätszuschlags sollen hierfür verwendet werden.

498 Unseriös ist, wer wie die FDP Steuersenkungen wohlfeil als Allheilmittel propagiert – in Zeiten
499 der Krise ebenso wie in Zeiten des Aufschwungs. Eine solche Politik zerstört die finanziellen
500 Handlungsspielräume der öffentlichen Hand und führt uns immer tiefer in der Schuldenspirale.
501 Investitionen in die Zukunft, Investitionen in Arbeit, Bildung und nachhaltiges Wirtschaften gibt
502 es nicht zum Nulltarif. Für uns Grüne ist klar: Steuersenkungen auf Pump wird es mit uns nicht
503 geben. Denn Steuersenkungen von heute sind die Schulden und die Sozialkürzungen von mor-
504 gen.

505 Wer GRÜN wählt, ...

506 ☞ ... schafft 1 Millionen neue Jobs in Zukunftsbereichen.

507 ☞ ... stimmt für einen gesetzlichen Mindestlohn....

- | | |
|-----|--|
| 508 | ↳ ... weniger Abgaben für Geringverdiener |
| 509 | ↳ ... belohnt umweltfreundliches Verhalten und beendet umweltschädliche Subventionen |
| 510 | ↳ ... wählt ein einfacheres und gerechteres Steuersystem – und keine Steuersenkungen auf |
| 511 | Pump |
| 512 | . |

BTW-E-01 Bundestagswahlprogramm Mit neuer Energie

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Mit neuer Energie

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 2. Die Zukunft ist erneuerbar – Mit neuer Energie gegen Atom und Kohle

2 Die große Koalition redet vom Klima. Wir handeln. Die Folgen des Klimawandels sind schon
3 heute spürbar. Andere Regionen der Welt leiden bereits massiv unter Hitzewellen, Versteppung,
4 Orkanen und Überschwemmungen, verursacht durch die Klimazerstörung. Und der Klimawan-
5 del macht auch vor unserer eigenen Haustür nicht halt. Bauern in Brandenburg sind von andau-
6 ernder Trockenheit bedroht, in den Alpen schmelzen die Gletscher. Die Jahrhunderthochwasser
7 der letzten Jahre sind unvergessen. An der Nordseeküste entwickeln Kommunen neue Pläne für
8 höhere Deiche zum Schutz vor stärkeren Stürmen. Das alles ist erst ein Vorspiel für das, was
9 kommen wird, wenn wir jetzt nicht handeln.

10 Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten. Er ist (über-)lebensnotwendig. Wir Grüne stehen
11 ohne Wenn und Aber zum Ziel, die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert auf maximal 2
12 Grad zu begrenzen. Alle Industriestaaten müssen dafür ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um
13 mindestens 80 Prozent reduzieren. Bis 2020 wollen wir in Deutschland mindestens minus 40
14 Prozent im Verhältnis zu 1990 erreichen. Gerade in der Wirtschaftskrise dürfen wir den Klima-
15 schutz nicht hintenan stellen. Spätestens seit dem Bericht von Nicholas Stern, der die Kosten für
16 unterlassenen Klimaschutz errechnet hat, wissen wir: Klima- und Umweltschutz zahlen sich auch
17 unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Es ist wichtig, nicht nur den kurzfristigen Profit im
18 Blick zu haben, sondern das große Ganze. Das ist eine der schmerzhaften Lehren der Finanzkri-
19 se, hinter die wir jetzt nicht wieder zurückfallen dürfen. Hier hat die Bundesregierung auf ganzer
20 Linie versagt. Von der angeblichen Klima-Kanzlerin ist nichts geblieben, stattdessen hat sie ge-
21 meinsam mit dem Umwelt- und Wirtschaftsminister in Brüssel die Lobbypolitik der deutschen
22 Auto- und Energiewirtschaft betrieben.

23 Eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik mindert nicht nur die Kosten in der Zukunft. Sie
24 rechnet sich auch heute schon: 1,8 Millionen Beschäftigte zählt die Umweltwirtschaft inzwi-
25 schen. Rund 250.000 Menschen arbeiten allein im Bereich der erneuerbaren Energien, mehr als
26 in der Kohlewirtschaft. In Ostdeutschland ist die Solarindustrie längst von der Nischen- zur Leit-
27 branche geworden. Nirgendwo in Europa werden mehr Photovoltaikbauteile produziert. Die
28 Energiewende ist zum Jobmotor geworden. Aktuelle Studien belegen, dass die Umwelttechno-
29 logie zur neuen Leitindustrie wird mit erheblichem weiteren Beschäftigungspotential. Allein im
30 Klimaschutz werden für die kommenden Jahren über eine halbe Millionen neuer Jobs prognosti-
31 ziert.

32 Klimaschutz ist ein Schlüssel für mehr Gerechtigkeit, global und lokal. Von den Folgen des Kli-
33 mawandels und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härte-
34 sten betroffen – ob in den Entwicklungsländern, in New Orleans oder in Deutschland. Deshalb
35 zielt unsere Politik der ökologischen Fairness darauf, dass auch und zuvorderst die Schwachen
36 profitieren. Wir wollen, dass bei uns in Deutschland alle Bürgerinnen und Bürger in wärmege-
37 dämmten Wohnungen leben, sich energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten können und bezahl-
38 baren Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität haben, um nicht immer mehr Geld ihres Haus-
39 haltseinkommens durch unsere Abhängigkeit von teuren fossilen Energieträgern zu verlieren.

40 Klimaschutz sichert und schafft Freiheit. Wir müssen jetzt das Klima schützen, sonst werden wir
41 morgen zu Getriebenen und verlieren die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben. Wir

42 GRÜNE kämpfen deshalb für Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir wollen weg vom Öl,
43 weg von Kohle und Uran. Wir wollen in den Städten wieder atmen können und frei von Fein-
44 staub und Lärmbelästigung leben. Wir wollen Mobilität für alle, statt im Stau festzusitzen – mit
45 intelligenten Verkehrskonzepten und nachhaltiger Mobilität.

46 Deswegen sind eine neue Energiepolitik und der Umwelt- und Klimaschutz das Herzstück eines
47 grünen Neuen Gesellschaftsvertrages. Zum Erhalt unserer eigenen Lebensgrundlagen müssen
48 wir das Klima genauso schützen wie auch die biologische Vielfalt, Luft, Wasser und Boden. Nur
49 so schaffen wir Gerechtigkeit für alle und sichern unsere Freiheiten. Zugleich legen wir damit die
50 Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und für Beschäftigungswachstum in wichtigen
51 Zukunftsindustrien.

52 Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wird endlich Schluss damit gemacht, dass Ökolo-
53 gie, Ökonomie und Soziales gegeneinander ausgespielt werden. Mit uns wächst zusammen,
54 was zusammen gehört: Klima, Gerechtigkeit und Freiheit.

55 **Neue Energie ...**

56 Warum Geld für den Import von Öl, Kohle und Gas ausgeben, wenn sich das Geld besser inve-
57 stieren lässt? Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Der Neue Gesellschaftsvertrag heißt für
58 uns: Schritt für Schritt vollständig auf Erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne, Biomasse
59 und Geothermie umzustellen und die Energieeffizienz zu steigern. Das lohnt sich dreifach: Es
60 schützt das Klima, schafft Jobs, stärkt die regionale Wirtschaft und nützt Handwerk und Mittel-
61 stand. Bis 2020 setzen wir auf einen Anteil von mindestens 40% bei der Stromproduktion und
62 30% bei der Wärmeproduktion. Der Erfolg gibt uns Recht. Bis Ende 2008 haben wir durch das
63 von uns im Jahr 2000 durchgesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits 15 Prozent
64 beim Strom erreicht. Das EEG ist zum weltweiten Modell für erfolgreiche Energiepolitik gewor-
65 den.

66 Wir können noch mehr. Der nächste große Schritt muss folgen. Nach dem Boom beim Strom
67 muss nun der Boom bei der Wärme folgen. Dafür brauchen wir ein Erneuerbare-Wärme-
68 Gesetz, das diesen Namen auch wirklich verdient. Mit ihrem nur auf wenige Neubauten be-
69 schränkten Gesetz ist die große Koalition auch hier zu kurz gesprungen. Wir wollen eine effizi-
70 ente Wärmeversorgung und vor allem keine Abwärme aus industriellen Prozessen mehr ver-
71 geuden. Wir wollen neue Finanzierungsformen und Energiespar-Dienstleistungen erleichtern
72 und durch eine strikte Regulierung der Bildung neuer Monopole in der Wärmeversorgung ent-
73 gegen wirken, denn Monopole verhindern den Wettbewerb um die beste ökologische Lösung.
74 Im Rahmen der EU wollen wir, dass die Mitgliedstaaten eine Gemeinschaft für erneuerbare
75 Energien (EURENEW) gründen. Sie soll Prioritäten neu setzen und Impuls für eine moderne und
76 intelligente Stromerzeugung und -nutzung im 21. Jahrhundert sein.

77 Damit der Wind aus dem Norden und die Sonne aus dem Süden die Haushalte im ganzen Land
78 erreichen, ist es notwendig, unsere Stromnetze zu erneuern und intelligenter zu machen. Mit
79 einem „Masterplan Netzintegration“ wollen wir ein intelligentes Stromnetz mit optimalen An-
80 schlussbedingungen für erneuerbare Energien schaffen. Die Energienetze gehören in die Hand
81 einer konzernunabhängigen Deutschen Netzgesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung
82 und Regulierung. Nur so sichern wir den diskriminierungsfreien Zugang für die Erneuerbaren
83 Energien. Die Mittel für hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir verdoppeln.

84 **... mit Atomausstieg ...**

85 Am 27. September entscheiden Sie auch über den Atomausstieg. Mit uns gibt es kein zurück in
86 diese gefährliche Risikotechnologie. Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dafür die verlässliche
87 politische Kraft! Der Umbau unserer Energieversorgung zu mehr Effizienz und erneuerbaren
88 Energien wird umso schneller gelingen, je früher die unflexiblen, nuklearen Großkraftwerke vom
89 Netz genommen werden. Es ist eine Lüge, dass Atomkraft den Strom billiger macht. Es stimmt
90 auch nicht, dass der Ausstieg eine „Stromlücke“ schafft. Die leidige Diskussion um Laufzeitver-
91 längerung ist reiner Machtpoker von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Diese vier Konzerne
92 verdienen sich schon heute mit ihren abgeschriebenen und veralteten Kraftwerken eine goldene
93 Nase, während sie zugleich die Strompreise erhöhen. Jeder Tag Verlängerung bedeutet für sie

Mit neuer Energie – BTW-E-01

94 bares Geld, eine Millionen Euro am Tag für jedes AKW, aber für die Bürgerinnen und Bürger
95 bedeutet er weniger Sicherheit.

96 Die Gefahren der Atomkraft bestehen unverändert fort und es sind sogar neue hinzugekom-
97 men: Die Gefahr des militärischen Missbrauchs ist von der zivilen Nutzung nicht zu trennen. Die
98 Sicherheitsprobleme steigen mit zunehmendem Alter der Reaktoren. Gerade die ältesten Meiler
99 sind am wenigsten gegen Terrorangriffe geschützt. Deshalb halten wir nicht nur am Atomaus-
100 stieg fest, sondern wollen, dass die ältesten Meiler schnellstmöglich vom Netz gehen. Aufgrund
101 der ungelösten Endlagerfrage für den Atommüll wollen wir die betrieblichen Rückstellungen der
102 Betreiber für die Entsorgung und den Rückbau der Reaktoren in einen öffentlich-rechtlichen
103 Fonds überführen. Der Versuch der Atomwirtschaft, Gorleben als Endlager durchzudrücken,
104 wird scheitern. Der Skandal um das mit nuklearer Lauge vollgelaufene Testlager Asse illustriert
105 die Risiken und ungelösten Probleme der Endlagerung und das verantwortungslose Agieren der
106 Atomwirtschaft. Mit der Einführung einer Brennelementesteuer wollen wir ungerechtfertigte
107 finanzielle Profite der Atomkonzerne abschöpfen und die Einnahmen zur Steigerung der Stro-
108 meffizienz nutzen. Wer den Ausstieg will, muss GRÜN wählen. Und sollte so schnell wie mög-
109 lich zu einem Öko-Stromanbieter wechseln.

110 ... und ohne neue Kohlekraftwerke!

111 Die Wende zu einer klimafreundlichen Energiepolitik gelingt nicht mit dem Bau neuer Kohle-
112 kraftwerke. Neue Kohlekraftwerke zementieren nur alte Strukturen und blockieren wichtige
113 Investitionen, die wir für neue Technologien und eine moderne, dezentrale Infrastruktur brau-
114 chen. Deswegen ist es falsch, dass die Bundesregierung neue Klimakiller mit Steuermilliarden
115 subventionieren will. Selbst die heute wirksamsten Kohlekraftwerke sind für das Erreichen der
116 zugesagten deutschen Klimaziele nicht effizient genug. Wir GRÜNE stehen an der Seite der
117 Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, die an vielen Orten gegen den Neubau von gesund-
118 heitsgefährdenden Kraftwerken kämpfen. Wir wollen ein Moratorium für den Bau neuer Kohle-
119 kraftwerke, solange die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt,
120 langfristig sicher und ökonomisch einsetzbar ist. Wir wollen keine neuen Endlagerexperimente
121 mit dem Verpressen von CO₂ in den Untergrund zu Lasten unserer nachfolgenden Generatio-
122 nen.

123 Derzeit haben die zuständigen Behörden keine juristische Handhabe, den Bau von ineffizienten
124 Klimakillern zu verhindern. Das ist eine Lehre der Auseinandersetzung um das Kraftwerk Moor-
125 burg. Wir wollen das Genehmigungsrecht für Kohlekraftwerke so reformieren, dass ein hoher
126 elektrischer Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke gesetzlich vorgeschrieben wird. Das be-
127 deutet, dass vorerst nur noch moderne und effiziente Gaskraftwerke gebaut werden können.

128 Wir senken Ihre Heizkosten!

129 Rund ein Drittel der Energie wird in Deutschland in Gebäuden verbraucht. Wir wollen eine
130 Energiespar-Offensive starten, um die Energiekosten und damit die „zweite Miete“ zu senken.
131 In Altbauten kann der Wärmeverbrauch durch Dämmung und effiziente Heiztechnik leicht hal-
132 biert werden. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf energiesparsame und -effiziente
133 Wohnungen und Häuser. Wir wollen den Rechtsanspruch auf energetische Sanierung durchset-
134 zen und für einen fairen Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter sorgen. Wir werden verhin-
135 dern, dass finanzschwache Hausbesitzer und Mieter mit unsanierten Wohnungen zurückblei-
136 ben. Durch das Klimapaket von CDU/CSU und SPD kommt die energetische Sanierung der Ge-
137 bäude nur im Schneckentempo voran. Wir wollen das Tempo bei Wohngebäuden mindestens
138 verdoppeln. Wir wollen erneuerbare Wärme stärker fördern, um die Abhängigkeit von Öl und
139 Erdgas zu verringern. Aufgrund der stark schwankenden und tendenziell steigenden Energie-
140 preise ist dies zugleich ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

141 Mit einem Energiesparfonds, der jährlich mit mindestens 2 Mrd. EUR ausgestattet wird, wollen
142 wir helfen, Strom und Wärme einzusparen und so die Energiekosten zu senken. Wir wollen vor
143 allem Programme zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem
144 hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte und zum Austausch teurer und umweltschädli-

145 cher Stromheizungen finanzieren. Die Effizienz von Heizungsanlagen muss optimiert und der
146 Einsatz Erneuerbarer Energien und von Abwärme verpflichtend werden.

147 **Das grüne Energieeffizienzpaket**

148 Über Energieeffizienz wurde in den letzten vier Jahren viel geredet – passiert ist fast nichts. Der
149 Stromverbrauch steigt immer noch jährlich weiter an. Dabei ist klar: Jede eingesparte Kilowatt-
150 stunde spart Kosten und schont das Klima. Und bringt gerade für sozial Schwache wichtige Ein-
151 sparungen. Wir werden Energieeffizienz zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit ma-
152 chen und ein Energieeffizienzgesetz verabschieden, das für wirkliche Energieeinsparungen sorgt.
153 Solange Energieversorgungsunternehmen daran verdienen, dass mehr Energie verbraucht wird,
154 haben sie keinen Anreiz, dass ihre KundInnen Energie einsparen. Wir wollen, dass die Versor-
155 gungsunternehmen zu Energie-Dienstleistern werden, die nicht durch Masse, sondern durch
156 Klasse verdienen. Durch ein umfassendes Energieeffizienzgesetz werden wir sie verpflichten,
157 jährlich mindestens ein Prozent ihres eigenen Strom- und Gasabsatzes einzusparen. Bis 2020
158 werden auf diese Weise 11 Prozent Strom eingespart.

159 Wir Grüne setzen auf einen dynamischen Effizienzstandard, bei dem die energiesparendsten
160 Haushaltsgeräte den Standard vorgeben, den künftig alle Anbieter einhalten müssen (Top-
161 Runner-Modell). Eine bessere Energieberatung und vor allem klare Energiever-
162 brauchskennzeichnung und strenge Vorgaben für den maximalen Energieverbrauch sollen Ver-
163 braucherinnen und Verbraucher den Kauf von sparsamen Geräten erleichtern. Wir wollen im
164 Rahmen des Energiesparfonds 1 Mrd. EUR für Stromsparmaßnahmen einsetzen, insbesondere
165 für einen Energiesparbonus, der es auch finanziell Schwächeren erlaubt, auf energieeffiziente
166 Geräte umzusteigen. Vor allem die öffentliche Hand muss zum Vorreiter bei der Beschaffung
167 energiesparender Produkte und Dienstleistungen werden, und damit die Durchsetzung sparsa-
168 mer Geräte auf dem Markt fördern.

169 **Freie Fahrt für gerechte und ökologische Mobilität**

170 Wir brauchen eine neue Kultur der Mobilität. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß im europäischen
171 Verkehrssektor um rund 30 Prozent gestiegen; im Luftverkehr hat er sich sogar verdoppelt.
172 Verkehrsaufkommen, Lärmbelästigung und Luftverschmutzung sind zu einer nicht hinnehmba-
173 ren Gefährdung für die Bürgerinnen und Bürger geworden. In Städten und auf vielen Autobah-
174 nen ist das Auto kein Symbol für Freiheit mehr sondern eher für Stillstand und Stress. Eine mo-
175 bile Gesellschaft braucht nicht neue Straßen, sondern neue Wege.

176 Grüne Verkehrspolitik setzt auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf die Schiene und
177 auf Lebensqualität, die nicht nur hinter dem Lenkrad, sondern auch auf den Gehsteigen, Fahr-
178 radwegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu finden ist. Mit unserem Programm „Vision
179 Zero“ wollen wir den Straßenverkehr sicherer machen mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten
180 langfristig auf null zu reduzieren. Mit fairen Preisen und intelligenter Vernetzung von Verkehrs-
181 mitteln treten wir gegen die soziale Spaltung vor Ort an und wollen den Bedürfnissen von jung
182 und alt gleichermaßen Rechnung tragen. Die kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr,
183 ÖPNV, Taxi und Car Sharing in der Stadt der kurzen Wege, die mit wenig Autoverkehr aus-
184 kommt, ist unser Ziel. Straßen sollen wieder zum Ort der Begegnung werden und Quartiere
185 verbinden anstatt sie zu zerschneiden.

186 In ländlichen Gebieten darf die Abhängigkeit vom Auto kein Kriterium für Bewegungsfreiheit
187 und Teilhabe am öffentlichen Leben sein. Das öffentliche Nahverkehrssystem der Schweiz zeigt,
188 dass Bus und Bahn tief in die Fläche reichen können und von der Bevölkerung angenommen
189 werden. Deshalb machen wir uns für Verkehrsverbünde mit Bahn und Bus aus einem Guss
190 stark.

191 Das klima- und umweltfreundlichste Verkehrsmittel über längere Distanzen ist und bleibt die
192 Bahn. Statt Dienstleistungen einzuschränken, um die Bahn für den Börsengang fit zu machen,
193 setzen wir auf Attraktivität durch die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fern-
194 verkehr und auf den Ausbau der Schiene sowie starke Busse und Bahnen im ÖPNV und mehr
195 Zuschüsse für bessere Bus- und Bahnverbindungen auf dem Land. Dafür wollen wir zusätzlich
196 zwei Mrd. Euro einsetzen. Mit uns bleibt das Schienennetz in öffentlicher Hand. Wir werden

Mit neuer Energie – BTW-E-01

197 einen Wettbewerb „100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ starten, mit welchem wir den Um-
198 weltvorteil des ÖPNV gegenüber dem Auto ausbauen wollen.

199 Neben dem in der EU bereits beschlossenen Emissionshandel für den Luftverkehr – der effektiv
200 ausgestaltet werden muss – wollen wir die Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung (Kero-
201 sinsteuer) und bei Auslandsflügen (Mehrwertsteuer) beenden und eine Flugticketabgabe ein-
202 führen.

203 **Auto mit Zukunft**

204 Die deutsche Autoindustrie hat die klimafreundliche Entwicklung verschlafen, CDU/CSU und
205 SPD haben sie nicht geweckt. Dieses Versäumnis rächt sich jetzt bitterlich. Denn Nutzung und
206 Wachstum der weltweiten Autoflotte ist nur dann sozial und ökologieverträglich möglich, wenn
207 Verbrauch und Emissionsausstoß massiv gesenkt werden. Nur wer mit umweltverträglichen
208 Autos auf dem internationalen Markt präsent ist, hat auch wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt
209 wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizi-
210 entesten Autos in Deutschland vom Band rollen. In der aktuellen Wirtschaftskrise müssen daher
211 Hilfen für die Automobilindustrie mit ökologischen Kriterien verknüpft werden. Der CO₂-
212 Grenzwert soll ab 2020 auf 80 g/km abgesenkt sein und 2030 abermals deutlich darunter lie-
213 gen. Die verkorkste Kfz-Steuerreform der großen Koalition wollen wir beenden und sie in eine
214 progressive CO₂-Steuer umwandeln: Sparsame Autos steuerfrei stellen, Klimakiller stärker bela-
215 sten. Das Steuerprivileg für große sprit-schluckende Dienstlimousinen wollen wir streichen und
216 das flächendeckende Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen einführen.

217 Die Zukunft gehört der Elektromobilität – mit Strom aus erneuerbaren Energien und ver-
218 brauchsarmeren kleinen Autos. Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2020 mindestens zwei Millio-
219 nen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Dafür legen wir ein Marktanreiz- und
220 Forschungsprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro auf und fördern den Kauf von Elektroautos.

221 **Vorreiter beim Klimaschutz**

222 Weltweiter Klimaschutz ist nur mit einem neuen globalen Klimaabkommen zu haben. Mit dem
223 politischen Wechsel in den USA besteht die Chance für einen historischen Wandel in der Kli-
224 mapolitik. Aber Barack Obama wird eine ambitionierte Klimapolitik nur durchsetzen können,
225 wenn Europa beweist, dass es den Klimaschutz ernst nimmt und eine Vorreiter-Rolle über-
226 nimmt. Und das geht nur, wenn Deutschland seiner Verantwortung in Europa gerecht wird.
227 Aber wenn es drauf ankam, hat die schwarz-rote Bundesregierung den Klimaschutz, immer den
228 Lobbyinteressen geopfert.

229 Wir Grüne setzen auf Kooperation – in Europa, mit Amerika und international. Wir setzen auf
230 einen effektiven Emissionshandel ohne ungerechtfertigte Ausnahmen und Schlupflöcher. CO₂
231 braucht einen Preis. Wer mit CO₂ verschmutzt, muss zahlen, wer das Klima schont, kann spa-
232 ren. Deshalb sind wir dafür, die Emissionszertifikate grundsätzlich zu versteigern statt sie zu ver-
233 schenken.

234 Ein neues Klimaabkommen muss auf einem gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd beru-
235 hen. Es muss die Verantwortung der Industriestaaten für den Klimawandel und das Menschen-
236 recht auf Entwicklung anerkennen. Dies bedeutet, dass Industrienationen nicht nur ihren Emis-
237 sionsausstoß konsequent verringern, sondern zusätzlich auch einen erheblichen Beitrag zur För-
238 derung und Mitfinanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Schwellen- und
239 Entwicklungsländern leisten müssen.

240 **Wer GRÜN wählt, ...**

- | | |
|-----|--|
| 241 | ☞ ... fördert erneuerbare Energien statt Atom, schmutzige Kohle und teures Öl. |
| 242 | ☞ ... bekommt den Atomausstieg und die schnellstmögliche Stilllegung aller Altreaktoren. |
| 243 | ☞ ... macht Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz. |
| 244 | ☞ ... stimmt für das Tempolimit und gegen Subventionen für Spritfresser |
| 245 | ☞ ... setzt auf Bus & Bahn und gibt der Autoindustrie wieder eine Zukunft. |

BTW-S-01 Bundestagswahlprogramm Soziale Teilhabe

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Soziale Teilhabe

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 3. Die Blockaden lösen – Soziale Teilhabe für alle

2 Immer mehr Menschen nehmen unsere Gesellschaft als ungerecht und blockiert wahr. Die Ge-
3 schichten der sozialen Blockaden in unserer Gesellschaft sind zahlreich: Sie handeln von Kin-
4 dern, die davon träumen, Anwältin oder Mechaniker zu werden, die aber ein Schulsystem erle-
5 ben, das ihre Chancen eher zerstört als fördert. Bittere Realität in vielen Familien ist, dass Armut
6 und Chancenlosigkeit über Generationen weitergegeben werden. Sie handeln von Menschen,
7 die erfolglos dutzende Bewerbungen schreiben. Von Frauen, die trotz gleicher Arbeit weniger
8 Lohn erhalten oder denen trotz guter Ausbildung und Leistung der Weg in Führungspositionen
9 versperrt bleibt. Von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich längst integriert haben,
10 aber doch überall nur auf ihre Herkunft reduziert und diskriminiert werden. Oder von Men-
11 schen mit Behinderungen, die keine angemessene Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt
12 finden.

13 Aber auch sonst sind die Versprechen des alten Gesellschaftsvertrages, dass alle Menschen am
14 steigenden Wohlstand teilhaben sollten, dass mit Anstrengungen ein Aufstieg auch aus ärmeren
15 Verhältnissen möglich sei, dass derjenige, den Arbeitslosigkeit oder Krankheit ereilt, auf die Soli-
16 darität der Gesellschaft zählen kann, hohl geworden. Vom steigenden Wohlstand profitiert nur
17 noch eine Minderheit, während die Mehrheit mit sinkenden Löhnen und unsicheren Beschäfti-
18 gungsverhältnissen vorlieb nehmen muss. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in
19 Deutschland schneller als in anderen Ländern geöffnet. Allein 2,5 Millionen Kinder sind arm und
20 müssen auf dem Niveau von Sozialhilfe leben. Millionen Menschen arbeiten zu Löhnen, die zum
21 Leben nicht reichen. Viele Menschen machen sich Sorgen um Armut im Alter, die in den kom-
22 menden Jahren massiv zu wachsen droht. Viele verlieren durch die Schikanen des ALG II mit der
23 Arbeitslosigkeit auch ihre Würde. Und das Gesundheitssystem stellt sich für viele als eines mit
24 zwei Wartezimmern dar, bei der nur die Versicherung in einer Privaten Krankenkasse eine
25 schnelle und angemessene Behandlung sichert.

26 Wir akzeptieren eine dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer nicht.
27 Wir nehmen nicht hin, dass viele Menschen nicht oder nur unzureichend an Bildung, Arbeit,
28 gesundheitlicher Versorgung und Einkommen sowie Mobilität teilhaben. Mit einem grünen
29 Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir deshalb den sozialen Ausgleich in unserem Land erneu-
30 ern. Um die Blockaden in unserer Gesellschaft aufzubrechen, wollen wir in bessere öffentliche
31 Institutionen, in Schulen und Kindertagesstätten, in das Gesundheits- wie in das Pflegesystem
32 investieren. Wir wollen echte Teilhabe an Arbeit, Bildung, Gesundheit und Einkommen für alle
33 Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, die keinen Menschen aufgibt.

34 Ziel unserer Politik ist ein Sozialstaat, in dem sich Gerechtigkeit mit Freiheit verbindet. Ohne
35 *Gerechtigkeit* gibt es keine echte Chance auf ein selbstbestimmtes Leben für jede und jeden.
36 Deshalb kämpfen wir für eine Politik der Teilhabe, die sich gerade an diejenigen richtet, die in
37 unserer Gesellschaft schnell vergessen werden: Benachteiligte Kinder und Jugendliche, Arbeits-
38 suchende und Geringverdiener, Menschen mit Behinderungen oder mit Pflegebedarf. Diese
39 Teilhabe muss auch materiell ausreichend abgesichert sein. Ohne *Freiheit* wird der Sozialstaat
40 zur Versorgungs- oder Besserungsanstalt. Nichts zeugt davon mehr als die Unkultur des Sank-
41 tionierens, die die Große Koalition in den Arbeitsagenturen mit immer neuen Verordnungen
42 geschaffen hat. Um die Menschen wieder zu den Autoren ihrer eigenen Geschichte zu machen,

Soziale Teilhabe - BTW-S-01

43 wollen wir die sozialen Bürgerrechte stärken. Wir wollen keinen Sozialstaat, der die Menschen
44 entmündigt, sondern einen, der Teilhabe und neue Chancen ermöglicht: Wir wollen einen er-
45 möglichen Sozialstaat.

46 Ohne eine *aktive Klimapolitik* sind weder Gerechtigkeit noch Freiheit zu haben. Ein Umstieg
47 auf Erneuerbare Energien, die staatliche Förderung der Wärmedämmung und der Ausbau des
48 ÖPNV verhindern, dass sich schon bald viele Menschen den Zugang zu Energie, Wärme und
49 Mobilität nicht mehr leisten können. Ohne *ökologische Fairness* geht Klimaschutz zu Lasten der
50 sozial Schwächeren. Wir wollen jene unterstützen, die sich alleine keinen energieeffizienten
51 Kühlschrank oder ein sparsameres Auto leisten können.

52 Niemand bleibt zurück

53 Vielen Menschen droht in den kommenden Monaten der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Andere,
54 die schon seit Jahren einen Arbeitsplatz suchen, werden noch stärker an den Rand gedrückt.
55 Gerade in der Krise geht es darum, keinen Menschen aufzugeben. Deswegen wollen wir zu-
56 sätzliche Qualifikations- und Arbeitsangebote machen und so für jede und jeden eine neue
57 Chancen eröffnen.

58 Wir wollen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen mehr Stu-
59 dienplätze für Absolventen und Beschäftigte. Besondere Zielgruppe unserer Weiterbildungs-
60 kampagne sind geringqualifizierte Beschäftigte oder Arbeitslose, die in Deutschland häufig nicht
61 von den Bildungsangeboten erreicht werden oder strukturell benachteiligt sind. 50 Prozent aller
62 Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit sollen für Geringqualifizierte reserviert
63 sein und wiederum 50 Prozent dieser Angebote sollen zu einem anerkannten Berufsabschluss
64 führen. Wir wollen im Jahr 100.000 Menschen qualifizieren und weiterbilden.

65 Wir wollen, dass es für Langzeitarbeitslose auch öffentlich geförderte Beschäftigung gibt. Das
66 Ziel, auch diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, geben wir damit nicht auf.
67 Wir akzeptieren aber den besonderen Unterstützungsbedarf der Betroffenen unter den gezeigten
68 arbeitsmarktpolitischen Bedingungen. Deshalb wollen wir 400.000 Stellen im Sozialen Ar-
69beitsmarkt schaffen. Es gibt in unserer Gesellschaft genug zu tun: im Bereich Stadtteilarbeit und
70 der kommunalen Kulturarbeit, bei der ergänzenden Unterstützung älterer Menschen im Haus-
71halt, als Assistenzen und Unterstützung in Kitas oder Schulen. Deshalb ist es allemal besser, Ar-
72beit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dazu sollen die Mittel des Arbeitslosengelds II und der
73 Anteil für aktive Maßnahmen verwendet werden, um sozialversicherungspflichtige Beschäfti-
74gungsverhältnisse zu schaffen.

75 Mit öffentlichen Institutionen echte Teilhabe verwirklichen

76 Wenn wir die Spaltung und Blockaden unserer Gesellschaft überwinden wollen, dann reicht es
77 nicht aus, mehr Geld für direkte Transferzahlungen wie das ALG II oder das Kindergeld auszu-
78geben. Gerade von den skandinavischen Ländern können wir lernen, dass echte Teilhabe an
79 Bildung, Arbeit, Gesundheit und Einkommen nur mit erneuerten und gestärkten öffentlichen
80 Institutionen möglich ist. Gerade Kinder aus sozial schwachen Haushalten profitieren von guten
81 Kitas und Ganztagschulen, in denen sie auch Angebote für musische Erziehung oder Sport er-
82halten. Langzeitarbeitslose brauchen zudem starke Arbeitsmarktinstitutionen, in denen Qualifi-
83zierung und individuelle Begleitung groß geschrieben werden.

84 Wer also echte Teilhabe ermöglichen will, der muss investieren in einen befähigenden Sozial-
85staat, der mehr tun muss für bessere Schulen, eine flächendeckende Kinderbetreuung, öffentlich
86 geförderte Beschäftigung, moderne Krankenhäuser oder individuelle Wohn- und Pflegeange-
87bote. Dabei muss der Leitsatz gelten: mehr vom gleichen reicht nicht! Bessere Schulen meint
88 zum Beispiel nicht allein mehr Geld für Schulen, sondern auch mehr individuelle Förderung. Eine
89 gute soziale Infrastruktur erfordert auch eine angemessene Bezahlung für gute soziale Arbeit
90 und oftmals auch die Verbesserung der derzeitigen Arbeitsbedingungen. Und wir wollen öffent-
91liche Institutionen, an denen alle teilhaben können. Wir wollen keine Hochschulen, die wegen
92 Studiengebühren nur für StudentInnen mit reichen Eltern erschwinglich sind. Wir wollen keine
93 Schulen, bei denen der Bildungserfolg von der Herkunft abhängt und Bildungsarmut vererbt
94 wird. Wir GRÜNE wollen deshalb die Qualität öffentlicher Institutionen verbessern und mehr

95 als bisher in sie investieren. Investitionen in öffentliche Institution, das zeigen die skandinavi-
96 schen Länder, sind nicht nur Investitionen in echte Teilhabe und die Zukunft unseres Landes, sie
97 schaffen auch neue Arbeit – und das in Bereichen, von denen die Gesellschaft am meisten pro-
98 fitiert. Den Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur wollen wir nicht nur mit Inve-
99 stitionen in Gebäude, sondern auch mit der Qualifizierung des dafür benötigten Personals vor-
100 antreiben. Allein für den geplanten Ausbau der Infrastruktur für unter 3-Jährige erwächst bis
101 2013 ein zusätzlicher Bedarf von 100.000 qualifizierten ErzieherInnen. Aber auch in anderen
102 Berufen wie zum Beispiel in der Pflege und in Gesundheitsberufen zeichnet sich ein erheblicher
103 Fachkräftemangel ab. Um diese Engpässe zu beseitigen, wollen wir die Finanzierung des dritten
104 Lehrjahres durch den Bund übernehmen.

105 **Soziale Bürgerrechte stärken**

106 Blockaden lassen sich nur mit den Menschen, nicht gegen sie auflösen. Wir wollen die Rechte
107 der Menschen in den öffentlichen Institutionen stärken. Das gilt ganz besonders für die Ar-
108 beitsmarktpolitik. Die bei den Arbeitsmarkt-Reformen versprochene Balance zwischen Fordern
109 und Fördern kam nie zustande, es dominieren Kontrolle und bürokratische Schikane über Ermu-
110 tigung und Motivation zur Eigenverantwortung. Die Würde der Arbeitssuchenden wurde da-
111 durch höchst antastbar. Wir wollen weg von der Kultur des Misstrauens und des Sanktionierens.
112 Dazu brauchen wir auch eine Arbeitsverwaltung, die nicht nach "Schema F" handelt, sondern
113 gemeinsam mit den Arbeitssuchenden an Lösungen arbeitet und ihnen mehr Mitsprache ein-
114 räumt. Die Rechte der Arbeitssuchenden müssen gestärkt werden. Arbeitssuchende Menschen
115 brauchen Hilfen und keine Strafmaßnahmen. Wir schlagen deshalb ein Wunsch- und Wahlrecht
116 vor, das es jeder und jedem Einzelnen ermöglicht, selbst vorzuschlagen, ob sie am besten mit
117 Engagement bei der Jobsuche, Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung, Pflege und Ehren-
118 amt zum Nutzen der Gesellschaft beitragen kann. Statt Arbeitslose zu gängeln und zu bestraf-
119 fen, müssen ihnen die VermittlerInnen mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen. Es gehört zu
120 unserem Verständnis sozialer Bürgerrechte, dass in Konfliktfällen Widerspruchsrechte mit auf-
121 schiebender Wirkung bestehen und dass unabhängige Beratung in Anspruch genommen wer-
122 den kann. Die Einbringung der sozialpolitischen Kompetenz der Kommunen ist entscheidend für
123 eine gute Betreuung der EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und denen, die mit ihnen in
124 einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben. Zukünftige Strukturen müssen deshalb dezentral
125 organisiert werden.

126 Aber auch in anderen Institutionen wollen wir die Rechte der Beteiligten stärken. In Schulen
127 etwa, in denen wir Schülern und Eltern mehr Mitbestimmungsrechte geben wollen. Oder im
128 Gesundheitssystem, in dem wir eine konsequente Patientenorientierung einführen wollen. Pati-
129 enten und Selbsthilfegruppen sollen nicht nur Beratungs- sondern Mitentscheidungsrechte be-
130 kommen.

131 Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Pflegebedarf brauchen mehr Souveränität
132 und Gestaltungsmacht. Das heutige System gesteht ihnen das nicht ausreichend zu. Um ihre
133 Rolle zu stärken, wollen wir das Persönliche Budget weiterentwickeln. Mit dem Budget können
134 Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige individuell notwendige und für sie sinnvolle
135 Leistungen erwerben – jenseits der starren Leistungsvorgaben der Pflegeversicherung und Ein-
136 gliederungshilfe.

137 **Die grüne Grundsicherung**

138 Auch wer nicht arbeitet, muss ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen können. Wir
139 müssen eingestehen: diesem Anspruch sind die Arbeitsmarkt-Reformen und das Arbeitslosen-
140 geld II nicht gerecht geworden. Mit derzeit 351 EUR ist eine Teilhabe am sozio-kulturellen Le-
141 ben nicht möglich. Wenn jemand zum dritten Computerkurs geschickt wird, obwohl schon die
142 ersten beiden keine Vermittlungschancen eröffneten; wenn mit Einberufung zu sinnlosen Maß-
143 nahmen überprüft wird, ob jemand dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, obwohl der ihm gar
144 kein Angebot machen kann; wenn junge Leute unter 25 Jahren gezwungen werden, wieder bei
145 ihren Eltern einzuziehen, um volle Leistungen zu bekommen, dann wird die Würde von ALG-
146 BezieherInnen missachtet.

Soziale Teilhabe - BTW-S-01

147 Mit der grünen Grundsicherung wollen wir eine Grundabsicherung schaffen, die es mit der
148 Selbstbestimmung und Würde von Menschen ohne Arbeit und in sonstigen Notlagen ernst
149 nimmt. Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen. Sie müssen regelmä-
150 ßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. In besonderen Not- oder Lebenslagen
151 müssen zusätzlich wieder individuelle Leistungen ermöglicht werden. Die Zahlung einer sozialen
152 Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zu-
153 rückzugeben. Aber wir wollen ihre Rechte gegenüber den Arbeitsagenturen stärken. Nieman-
154 dem darf das Existenzminimum weggekürzt werden. Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln beim
155 Arbeitslosengeld II entschärfen, die die Notsituation der Menschen missbraucht und sie zu jeder
156 Arbeit zwingt, auch unter Tarif oder außerhalb der Sozialversicherung. Wir wollen die Zuver-
157 dienstmöglichkeiten verbessern und die Anrechnung von Partnereinkommen reduzieren. Und
158 wir wollen die private Altersvorsorge besser schützen.

159 Armut von Kindern hat viele Gesichter: Chancenarmut und Mangel an Entwicklungsmöglich-
160 keiten, aber eben auch materielle Armut. Kinder kann man von 211 Euro nicht gesund ernäh-
161 ren, ausreichend einkleiden, mit Schul- und Bildungsmaterialien versorgen und angemessen an
162 gemeinsamen Aktivitäten mit anderen teilhaben lassen. Für Kinder und Jugendliche brauchen
163 wir deshalb endlich Regelsätze, die dem Bedarf von Kindern und Jugendlichen gerecht wird. Wir
164 setzen uns für eine Kindergrundsicherung ein, die jedes Kind, entsprechend seiner individuellen
165 Bedürfnisse fördert – damit jedes Kind, egal welcher Herkunft, eine Zukunft, bekommt.

166 **Eine für alle statt 2-Klassen-Medizin: Die Grüne Bürgerversicherung**

167 Wer arm ist, hat eine niedrigere Lebenserwartung. Dieser Satz beschreibt die traurige Realität
168 des 2-Klassen-Gesundheitssystems in Deutschland. Auch hierzulande hängt die Gesundheit vom
169 Geldbeutel ab. Menschen mit geringem Einkommen, Familien, chronisch Kranke oder Men-
170 schen, die mit seltenen Krankheiten leben, können sich zumeist auf Grund ihres niedrigen Ein-
171 kommens nicht zu bezahlende Medikamente oder zusätzlich zu bezahlende medizinische Lei-
172 stungen leisten oder in eine privatärztliche Behandlung ausweichen. Der schon bestehende
173 Trend hin zu einer Zweiklassenmedizin mit Praxisgebühr, Zuzahlung, Selbstzahlung und langen
174 Wartezeiten für die gesetzlich Versicherten muss deshalb dringend gestoppt werden. Unser Ziel
175 ist es, die Gesundheitschancen für alle zu verbessern und die medizinisch notwendige Versor-
176 gung unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort mit hoher
177 Qualität sicherzustellen. Gesundheits- und Pflegesystem sind ein elementarer Bestandteil eines
178 funktionierenden Gesellschaftsvertrags. Wer krank ist, der muss sich darauf verlassen können,
179 dass er Zugang zu einem Gesundheitssystem hat, in dem er weder fehl- noch unterversorgt ist.

180 Eine für alle, statt Flucht aus der Solidarität: Im Gesundheitssystem wollen wir mit der grünen
181 Bürgerversicherung alle Menschen in die solidarische Finanzierung einbeziehen und damit die 2-
182 Klassen-Medizin abschaffen. Mehr Wettbewerb zwischen den Kassen in einem einheitlichen
183 Wettbewerbsrahmen und mehr Wettbewerb zwischen Leistungsbringern zugunsten der Patien-
184 tinnen und Patienten ist dabei sinnvoll. Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß
185 ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen und die allen unabhängig von ihrem Geld-
186 beutel die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert. Wir wollen ver-
187 hindern, dass sich ausgerechnet die Leistungsstärksten aus dem solidarischen Umlagesystem in
188 die Privatversicherung flüchten können. Und wir wollen verhindern, dass die Finanzierung des
189 Gesundheitssystems einseitig durch die Lohneinkommen erfolgt. Deshalb wollen wir auch an-
190 dere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen in die Finanzierung einbeziehen. Damit durch die
191 Heranziehung weiterer Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbezie-
192 her belastet werden, wollen wir für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen einräumen
193 und die Beitragsbemessungsgrenze anheben. Auch die Pflegeversicherung wollen wir zu einer
194 Bürgerversicherung für alle weiterentwickeln.

195 Mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem lässt sich aber nicht alleine mit einer Reform der Ein-
196 nahmeseite erzielen. Wir brauchen auch eine Stärkung von Gesundheitsförderung und Präven-
197 tion, vor allem aber deren zielgenaue Ausrichtung auf sozial Benachteiligte. Prävention, die rund
198 um die Geburt anfängt und in Kindergarten und Schule stattfindet, um Kinder und Jugendliche
199 zu mehr gesundheitlicher Selbstbestimmung zu befähigen und auch die sozial Schwachen er-

200 reicht. Denn von den bisherigen Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention werden
201 diese kaum erreicht.

202 Außerdem muss die Versorgung und Betreuung chronisch kranker Menschen verbessert wer-
203 den. Dazu gehört die Förderung der Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern und anderen
204 Gesundheitsberufen. Diese „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ ist besonders wichtig für
205 chronisch Kranke, die oft nicht die Kraft haben, sich durch den Dschungel der verschiedensten
206 FachärztInnen und Spezialuntersuchungen zu schlagen. Dazu gehört auch die Wahlmöglichkeit
207 zwischen den unterschiedlichen Behandlungsarten und die Einbeziehung anerkannter alternati-
208 ver Behandlungsmethoden.

209 Der Gedanke der Prävention, die Orientierung am Patienten und der Wettbewerb um Qualität
210 müssen im Gesundheits- und im Pflegesystem gestärkt, aber auch ausreichend finanziert wer-
211 den. Deshalb verbinden wir den Einstieg in die Bürgerversicherung mit wichtigen Strukturrefor-
212 men, wie dem Ausbau der integrierten Versorgung oder einem echten Wettbewerb in der
213 pharmazeutischen Industrie, Transparenz und eine Positivliste.

214 Und dazu gehört nicht zuletzt, Patienten, Pflegebedürftige und Pflegepersonen stark zu ma-
215 chen. Durch Beratungsangebote, bei denen sie in schwierigen Lebenssituationen Rat und Hilfe
216 finden können. Durch die Offenlegung guter und schlechter Qualität, damit sie sich mit guten
217 Gründen für oder gegen ein Krankenhaus, ein Pflegeheim, einen Pflegedienst oder einen Arzt
218 entscheiden können. Durch ein Patientenrechte-Gesetz, das die bestehenden Regelungen sy-
219 stematisch und übersichtlich zusammenfasst und weiterentwickelt. Denn die Patienten müssen
220 zu den Taktgebern im Gesundheitswesen werden.

221 **Wende in der Drogenpolitik – für Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung**

222 Wir wollen eine rationale Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Ent-
223 kriminalisierung setzt. Drogenpolitik steht in dem schwierigen Spannungsverhältnis das Selbst-
224 bestimmungsrecht der Menschen zu achten, zugleich aber die Entstehung von Sucht durch Prä-
225 vention zu bekämpfen, Kinder- und Jugendliche zu schützen und Schwerstabhängigen zu hel-
226 fen. Die Politik der Kriminalisierung von KonsumentInnen führt dabei in die Sackgasse.
227 Schwerstabhängige brauchen Hilfe, keine Strafverfolgung. Für sie wollen wir eine kontrollierte
228 medizinische Abgabe („Heroinprojekt“). Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter
229 Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform ermöglichen. Unser Ziel ist eine
230 wirksame und glaubwürdige Prävention und der Kinder- und Jugendschutz. Ausgeweitet und
231 verbessert werden müssen zudem die Angebote zur Therapie und zur Schadensminderung (z.B.
232 Drug-Checking-Programme).

233 **Garantie-Rente statt Altersarmut**

234 Viele Menschen treibt die Angst um, im Alter arm zu werden. Sei es, weil sie jahrelang zu Nied-
235 riglöhnen schufteten mussten und keine ausreichenden Ansprüche aufbauen konnten, sei es, weil
236 sie immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit durchleben mussten, sei es, weil sie, wie vor allem
237 Frauen, viele Jahre Kinder erzogen oder Pflege geleistet haben und dafür kaum Rentenansprü-
238 che gesammelt haben. Dies trifft gerade auch viele Menschen mit Migrationshintergrund. Der
239 Neue Gesellschaftsvertrag muss sicherstellen, dass bei der Rente die Verschiedenheit der Bio-
240 graphien besser berücksichtigt wird und dass niemand im Alter ein Leben in Armut fürchten
241 muss. Ein Neue Gesellschaftsvertrag muss aber auch darauf achten, dass keine Generation ein-
242 seitig belastet wird, nicht die heutigen BeitragszahlerInnen, nicht die aktuellen Rentenbeziehe-
243 rInnen.

244 Die Gesetzliche Rentenversicherung ist das Kernstück der Sicherung im Alter und muss es auch
245 bleiben. Die BürgerInnen müssen sich darauf verlassen können, dass sie als langjährig Beitrags-
246 zahlende der Gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der Grundsiche-
247 rung angewiesen sein werden. Mit einer Garantie-Rente wollen wir Ältere vor Armut schützen.
248 Die Garantie-Rente soll gering entlohnte Beschäftigte besser vor Altersarmut schützen, indem
249 ihre Rentenansparungen ab einem Stichtag aufgestockt werden. Die Garantierente für Teil-
250 zeitarbeit soll anteilig erworben werden können, gut bezahlte Teilzeit soll nicht besser gestellt

Soziale Teilhabe - BTW-S-01

251 werden als schlecht bezahlte Vollzeitarbeit. Auch Phasen der Kindererziehung und Pflege sollen
252 berücksichtigt werden.

253 **Alternative A:** Damit das Risiko der Altersarmut gesellschaftlich gelöst wird, muss der Schutz vor
254 Armut aus Steuergeldern finanziert werden. Durch die Finanzierung via Steuern müssen auch
255 Reiche und Gutverdienende, so wie es in anderen Ländern auch üblich ist, dafür aufkommen. Es
256 ist Aufgabe des Staates, Menschen mit besonderen Risiken zu schützen. Deshalb wollen wir die
257 Pflichtmitgliedschaft in der Gesetzlichen Rentenversicherung schrittweise auf alle erwerbstätigen
258 BürgerInnen erweitern. Die gesetzliche Rentenversicherung soll auch für Selbständige ohne an-
259 dere Alterssicherung obligatorisch sein. Für Langzeitarbeitslose benötigen wir höhere Beiträge in
260 die Rentenkasse.

261

262 **Alternative B:** Wir wollen langfristig auch in der Rentenversicherung den Weg in Richtung einer
263 Bürgerversicherung bestreiten. Alle Menschen und alle Einkommensarten sollen in die gesetzli-
264 che Rentenversicherung einbezogen werden. Das macht aber nur Sinn, wenn höheren Einzah-
265 lungen z.B. aus Vermögenseinkommen nicht im gleichen Maße höhere Ansprüche gegenüber-
266 stehen. Wir wollen also eine stärkere Umverteilung innerhalb des Rentensystems: Gutverdiener
267 würden dann die Aufstockung von Niedrigrenten solidarisch mitfinanzieren.

268 Frauen und Männer sollen in der Rentenversicherung eigene Rentenansprüche aufbauen. Dazu
269 wollen wir ein Splitting obligatorisch machen, nicht erst bei Eintritt in das Rentenalter. Monat
270 für Monat sollen die gemeinsamen Anwartschaften von Paaren je hälftig ihren Rentenkonten
271 gutgeschrieben werden. Damit werden Anrechte neu aufgebaut. Und: So werden Rahmenbe-
272 dingungen geschaffen, die Erwerbsarbeit von Frauen begünstigen. Gleichzeitig soll die Wit-
273 wenrente (Witwerrente) nur noch für die derzeitigen Rentnerinnen und Rentner sowie renten-
274 nahe Jahrgänge gelten und auslaufen.

275 Die Rente mit 67 ist nicht für alle einfach. Aber die Entscheidung, das Renteneintrittsalter hoch
276 gesetzt zu haben, war unumgänglich. Die Lebensrealität älterer Menschen, aber auch die Rea-
277 litäten des Arbeitsmarktes haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt und werden dies
278 auch weiter tun. Viele Menschen können und wollen auch im Alter tätig sein. Die Alternative zu
279 einer längeren Lebensarbeitszeit wären Rentensenkungen oder höhere Rentenbeiträge. Dazu
280 muss sich aber die Kultur der Altersarbeit in Deutschland ändern. Derzeit herrscht auf dem deut-
281 schen Arbeitsmarkt noch immer der Jugendwahn. Jedes zweite Unternehmen beschäftigt keine
282 über 50-Jährigen. Berufliche Weiterbildung, altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsför-
283 derung sind das Gebot der Stunde. Eine längere Lebensarbeitszeit ist nur dann zu vertreten,
284 wenn es für die ältere Menschen auch die Chance gibt, zu arbeiten – sonst ist die Rente mit 67
285 bloß eine Rentensenkung durch die Hintertür. Außerdem muss es flexible Übergangsmöglich-
286 keiten in den Ruhestand geben. Es macht einen Unterschied, ob jemand 50 Jahre auf dem Bau
287 oder an der Universität gearbeitet hat. Wir wollen die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Er-
288 werbsminderungsrente wieder auf 63 Jahre senken. Auch sollte ein Bezug bereits ab dem 60.
289 Lebensjahr möglich sein. Das macht es für ältere Beschäftigte leichter, bis zur Regelaltersgrenze
290 mit weniger Stunden zu arbeiten und mit der verbleibenden Arbeitszeit weiterhin Rentenan-
291 wartschaften aufzubauen.

292 **Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen**

293 Man ist nicht behindert, man wird behindert. Ein gehörloser Mensch könnte gleichberechtigt
294 am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wenn ihm in Banken oder Schulen Gesprächsdolmet-
295 scher zur Verfügung stehen würden. Wenn Menschen mit Behinderung geeignete Hilfsmittel
296 und Nachteilsausgleiche am Arbeitsplatz erhalten, können sie gleichberechtigt in der Arbeitswelt
297 partizipieren. Selbstbestimmung und volle Teilhabe durch Barrierefreiheit ist unser Ziel. Zu ei-
298 nem selbstbestimmten Alltag gehören die eigenen vier Wände. Immer mehr Menschen mit Be-
299 hinderungen wollen zu Hause leben, nicht im Heim. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, Men-
300 schen unabhängig von der Form und vom Schweregrad ihrer Behinderung als vollwertige und
301 gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen. Alle Lebensbereiche der Gesellschaft
302 müssen schrittweise barrierefrei werden. Barrierefreiheit bedeutet nach unserem Verständnis

303 nicht nur Stufenlosigkeit, sondern die Nutzbarkeit für alle Menschen mit und ohne Behinde-
304 rung, unabhängig von der Art und Ausprägung ihrer Beeinträchtigung.

305 Das Recht zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ist unübersichtlich und zer-
306 splittert. Gerade diese benötigen aber verlässliche und übersichtliche Strukturen und wollen
307 nicht von einer Behörde zur nächsten geschickt werden. Wir wollen die gesetzlichen Vorausset-
308 zungen für eine einheitliche Leistungserbringung durch ein Teilhabeleistungsgesetz schaffen,
309 das die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen bundeseinheitlich und ohne An-
310 rechnung von Einkommen und Vermögen sicherstellt.

311 **Wer GRÜN wählt,**

312 ↪ ... sprengt soziale Blockaden auf.

313 ↪ ... stärkt Teilhabe durch öffentlichen Institutionen und sorgt dafür, dass niemand zurück
314 bleibt.

315 ↪ ... erhöht das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro und wählt die grüne Grundsicherung.

316 ↪ ... wählt eine Bürgerversicherung für Alle statt einer Zwei-Klassen Medizin

317 ↪ ... stimmt für die Garantie-Rente, die Armut im Alter wirksam verhindert.

318 .

BTW-B-01 Bundestagswahlprogramm Bildung statt Beton

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Bildung statt Beton

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 4. Bildung statt Beton – Bessere Schulen, bessere Ausbildung, besseres Studium

2 Unser Bildungswesen bietet den meisten Kindern keinen optimalen Start ins Leben und blockiert
3 die Entwicklung vieler junger Menschen. Herkunft und Geldbeutel der Eltern entscheiden allzu
4 häufig über Bildungschancen. Acht Prozent aller Kinder eines Jahrgangs verlassen die Schule
5 ohne Abschluss. Laut PISA-Studie sind rund 20 Prozent aller 15jährigen quasi Analphabeten.
6 Vielen Kindern und Jugendlichen, insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund, fehlen so-
7 gar elementare Grundkenntnisse, weil sie keine individuelle Förderung erfahren. Viele Haupt-
8 schulabgänger finden heute nur noch schlecht einen Ausbildungsplatz. Jeder zweite Haupt-
9 schüler hat auch ein Jahr nach Schulabschluß noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Und die
10 Chancen für Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien, an einer Hochschule zu landen, sind um ein
11 Vielfaches schlechter als die von Akademikerkindern. Das macht eines klar: Der Zugang zu Bil-
12 dung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen die Blockaden auflösen und eine durch-
13 lässige Gesellschaft, in der Kindern und Jugendlichen die Welt offen steht, in der sie ihre Inter-
14 essen verfolgen und Berufswege frei wählen können. Wir brauchen einen grünen Neuen Gesell-
15 schaftsvertrag, der mit guter Bildung Chancen und Perspektiven schafft, anstatt Bildungsarmut
16 immer weiter zu verfestigen. Dazu gehören Bildungseinrichtungen, in denen alle gefördert wer-
17 den und in denen alle bessere Leistungen erbringen können. Aber Bildung findet nicht nur in
18 Schulen statt. Ein afrikanische Sprichwort sagt: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzu-
19 ziehen. Für uns heißt das, dass Eltern, außerschulische Einrichtungen, ehrenamtliche Engagierte
20 und Unternehmen Kinder und Jugendliche stärken und unterstützen müssen.

21 Bessere Bildung ist zentral für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unterneh-
22 men und Wissenschaft. Bildung ist gleichzeitig entscheidend für Wohlstand und soziale Sicher-
23 heit. Deutschland braucht deshalb Investitionen in Köpfe und Talente. Zugleich ist Bildung mehr
24 als auf Verwertung gerichtetes Wissen. Sie ist der Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit
25 und die kritische Auseinandersetzung mit der Welt. Die Freude am Lernen zu fördern und Men-
26 schen ein Leben lang die Lust auf neue Herausforderungen zu erhalten, ist der eigentliche Auf-
27 trag aller Bildungseinrichtungen. Bildungspolitik ist für uns eine grundlegende öffentliche Auf-
28 gabe. Und Bildungspolitik ist eine wichtige gesamtstaatliche Aufgabe. Es war schwerer ein Feh-
29 ler, mit der Föderalismusreform I dem Bund die Mitwirkung in der Bildungspolitik zu untersa-
30 gen. Deshalb wollen wir das widersinnige Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder auf-
31 heben. Bessere Bildung muss wieder gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen
32 werden. Wir brauchen einen kooperativen Föderalismus statt bildungspolitischer Kleinstaaterei.

33 Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Wir brauchen Wissenschaftlerinnen
34 und Wissenschaftler, die Antworten auf diese Herausforderungen suchen. Die Neuordnung des
35 Weltfinanzsystems, der Klimawandel, die Bekämpfung von Armut weltweit und der demografi-
36 sche Wandel sind nur einige davon. Dafür muss Wissenschaft frei denken können und sich zu-
37 gleich ihrer Verantwortung für eine lebenswerte Welt, eine offene Gesellschaft und eine faire
38 und nachhaltige Wirtschaft bewusst sein.

39

40 **Der Bildungssoli: Mehr für Bildung**

41 Nur mit einer klaren Priorität für Bildung kann dies alles erreicht werden. Wer es ernst meint mit
42 der Bildung, muss deutlich mehr dafür ausgeben als bislang. Während in der OECD im Durch-
43 schnitt 6,2% der Wirtschaftskraft für Bildung ausgeben werden, sind es in Deutschland nur
44 5,2% - diese Differenz macht alleine 20 Mrd. Euro aus. Investitionen in Bildung sind Teil unse-
45 res grünen New Deal. Sie schaffen Chancengerechtigkeit und Hunderttausende neue qualifi-
46 zierte Arbeitsplätze. Wir wollen den „Soli“ zum Teil in einen Bildungssoli umwandeln, denn für
47 ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Außer-
48 dem muss die Erbschaftssteuer so reformiert werden, dass dadurch ein zusätzlicher finanzieller
49 Spielraum entsteht, den wir für höhere Bildungsausgaben nutzen können.

50 **Kein Kind zurück lassen**

51 Wer Bildungsarmut verhindern und ungleiche Chancen ausgleichen will, muss Kinder früh för-
52 dern und dabei das einzelne Kind mit seinen Fähigkeiten und seinen Interessen in den Mittel-
53 punkt stellen. Denn gerade in den ersten Jahren werden wichtige Weichen gestellt. Dafür brau-
54 chen wir endlich einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägi-
55 ge frühkindliche Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr und ein be-
56 darfsdeckendes Angebot an Kitas, Kindergärten und flächendeckend echte Ganztagschulen.

57 Erfolgreiche individuelle Förderung von Kindern hängt gerade auch von der Qualität unserer
58 Kitas und Schulen ab, die kontinuierlich verbessert werden muss. Wir GRÜNE schlagen deshalb
59 ein bundeseinheitliches Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen vor, das Gruppen-
60 gröÙe und Ausstattung genauso berücksichtigt wie pädagogische Qualität und gesunde Mahl-
61 zeiten. Pädagogische Arbeit mit Kindern ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Ein Teil der Erziehe-
62 rInnen soll zukünftig auf Hochschulniveau ausgebildet werden. Regelmäßige Weiterbildung
63 muss Pflicht werden, Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz und das Respektieren ge-
64 sellschaftlicher Vielfalt Teil der Ausbildung sein. Qualitativ hochwertige Arbeit im Elementarbe-
65 reich muss sich auch im Arbeitsentgelt von ErzieherInnen widerspiegeln.

66 Gerade das frühe Sortieren der Kinder auf unterschiedliche Schultypen verbaut Entwicklun-
67 gschancen. Wir wollen, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Damit Starke und Schwache von-
68 und miteinander profitieren können Und wir fordern eine Reform des vielfach schlecht vorbe-
69 reitet eingeführten achtjährigen Gymnasiums. Alle Kinder sollen gesund und kostengünstig in
70 der Schule Mittagessen können. Für SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien müssen
71 die Kosten für Mittagessen, Schulbücher, aber auch Zirkel und Taschenrechner, die Fahrt zur
72 Schule und Klassenreisen übernommen werden. Der enge Zusammenhang von sozialer Her-
73 kunft und Bildungserfolg zementiert besonders die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen
74 mit Migrationshintergrund. Das Lernen und Lehren der deutschen Sprache ist deshalb ein zen-
75 traler Bildungsauftrag für Kindergärten und Grundschulen. Hinzu kommen muss die Förderung
76 der Erstsprache. Wer seine Muttersprache nicht beherrscht, lernt auch nur mit Schwierigkeiten
77 Deutsch. Wir wollen die Förderschulen überflüssig machen. Der gemeinsame Unterricht von
78 jungen Menschen mit und ohne Behinderung soll die Regel werden.

79 **Das Recht auf Ausbildung auch umsetzen**

80 Viel zu viele Jugendliche suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz und vergeuden Kraft und
81 Zeit in sinnlosen Warteschleifen. Wir wollen das Ausbildungssystem so umbauen und ausbauen,
82 dass alle Jugendlichen eine echte Chance auf einen guten Berufsstart bekommen. Dafür muss
83 bereits in der Schule die Berufsorientierung einen größeren Stellenwert bekommen. Produkti-
84 onsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern. Das
85 Übergangssystem muss so verändert werden, dass jeder Ausbildungsschritt anerkannt und auf
86 die Ausbildung angerechnet werden kann. Zusätzliche und qualifizierte Ausbildungsplätze
87 schaffen wir, indem Ausbildung in Beruflichen Schulen, überbetrieblichen Bildungseinrichtungen
88 und Betrieben nach dem dualen Prinzip stattfindet. Abschlüsse von vollschulischen Ausbildun-
89 gen sollen von den Kammern bundesweit anerkannt werden. Durch zusätzlichen Unterricht soll
90 jeder Jugendliche während der Ausbildungszeit ein Fachabitur erreichen können.

Bildung statt Beton - BTW-B-01

91 Zurzeit bilden nur 23% der Betriebe in Deutschland überhaupt aus. Die Ausbildungskosten der
92 Betriebe sollen durch regionale oder branchenspezifische verpflichtende Umlagesysteme besser
93 zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben verteilt werden.

94 Der deutsche Qualifikationsrahmen soll so gestaltet werden, dass er eine echte Gleichwertigkeit
95 von beruflicher und akademischer Ausbildung vorsieht und die Durchlässigkeit von Schule, Be-
96 ruf, Hochschule und Weiterbildung – auch europaweit – gewährleistet.

97 Wer ein Praktikum macht, darf nicht ausgenutzt werden, sondern soll die Praxis kennen lernen.
98 Wir fordern gesetzliche Mindeststandards wie einen Praktikumsvertrag, Aufwand-
99 entschädigung, Anspruch auf Urlaub, eine zeitliche Begrenzung und ein Gütesiegel „Faires
100 Praktikum“.

101 Für mehr und bessere Studienplätze

102 Auch der Zugang zu Hochschulen ist eine Frage der Gerechtigkeit. Aber anstatt die Türen der
103 Hochschulen weit aufzumachen, haben die Länder in den vergangenen Jahren sogar Studien-
104 plätze abgebaut und zu wenig gegen die drastische Unterfinanzierung der Hochschulen und die
105 vielfach überaus schlechten Studienbedingungen getan. Eklatanter Studienplatzmangel und
106 völlig chaotische Zulassungsverfahren prägen die Situation zu Semesterbeginn.

107 Wir wollen in den kommenden fünf Jahren mindestens 500.000 zusätzliche Studienplätze
108 schaffen und so aus dem Hochschulpakt einen „Pakt für Studierende“ machen. Die neuen Stu-
109 dienplätze sollen zum Teil aus einem Bund-Länder-Fonds nach dem Prinzip "Geld folgt Studie-
110 renden" finanziert werden. Daneben brauchen wir tragfähige bundeseinheitliche Regeln für
111 Zulassungen und Abschlüsse an Hochschulen und eine starke Servicestelle für Hochschulzulas-
112 sungen, um das bestehende Bewerbungs- und Zulassungschaos zu beheben.

113 In einer Wissensgesellschaft wird eine akademische Ausbildung mehr und mehr zum Ausgangs-
114 punkt für beruflichen Erfolg. Umso wichtiger ist es, auch junge Menschen für ein Studium zu
115 gewinnen, deren Familien keinen akademischen Hintergrund haben. Zugleich wollen wir den
116 Zugang für Nicht-AbiturientInnen und Berufstätige durch bundesweit einheitliche Zulassungs-
117 kriterien erleichtern. Zusätzliche Hürden schaden hier nur. Daher bleibt es unser Ziel, sämtliche
118 Studiengebühren abzuschaffen beziehungsweise deren Einführung zu verhindern. Das bisherige
119 BAföG ist in vielfacher Hinsicht unzureichend und ungerecht. Mit einer neuen grünen Studienfi-
120 nanzierung wollen wir vor allem mehr junge Menschen aus einkommensarmen Elternhäusern
121 für ein Studium gewinnen. Das grüne Modell soll eine starke soziale Komponente umfassen und
122 zugleich einen Sockel, der allen Studierenden ein Angebot zur elternunabhängigen Finanzierung
123 ihres Lebensunterhalts macht.

124 Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sollte Abschlüsse europaweit ver-
125 gleichbar und Studierende mobiler machen. Doch die Umsetzung dieser Ziele sieht teilweise
126 katastrophal aus. Das wollen wir ändern. Studienbedingungen müssen verbessert, Verschulung
127 und Arbeitsüberlastung zurückgenommen, die Gesamtdauer von Bachelorstudiengängen flexi-
128 bler gehandhabt und der Wechsel zwischen Hochschulen auch innerhalb Deutschlands erleich-
129 tert werden. Auslandsaufenthalte, Praktika und zivilgesellschaftliches Engagement müssen auch
130 im Bachelorstudium möglich sein. Eine Verknappung des Angebots durch starre Übergangs-
131 quoten oder hohe Extragebühren vom Bachelor zum Master lehnen wir ab. Insbesondere Stu-
132 dierende mit Kindern brauchen zudem Angebpote und Unterstützung, um dennoch weiter zu
133 studieren oder eine Studium aufnehmen zu können. Deshalb stehen wir für Kitas auf dem
134 Campus und flexible Stundenplangestaltung.

135 Wir setzen uns ein für die demokratisch verfasste Hochschule und die Mitbestimmung durch
136 Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen. Die Hochschulen sollen das Prinzip der Bar-
137 rierfreiheit für Menschen mit Behinderungen anwenden. Dies gilt für den Zugang und für die
138 Nutzung der Lehrangebote.

139

140 Weiter bilden – weiter kommen

141 Wir wollen Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen möglich und at-
142 traktiv machen. Wer die Schule abgebrochen hat, soll eine zweite Chance bekommen, der un-
143 gelernte Monteur einen Abschluss nachholen können und die 50-Jährige bei ihrem Wunsch
144 nach Qualifizierung unterstützt werden. Zentrale Voraussetzung dafür ist die Einführung eines
145 Erwachsenen-BAFög, das keine Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen kennt. Durch einen
146 Mix von Zuschüssen und Darlehen können Berufsabschlüsse nachgeholt und Weiterbildungen
147 finanziert werden. Außerdem sollen Arbeitszeitkonten für Weiterbildung genutzt werden. Sie
148 müssen beim Arbeitsplatzwechsel mitgenommen werden können und gegen Insolvenz ge-
149 schützt sein. Individuelles Bildungssparen soll für alle Menschen ähnlich wie das Bausparen
150 möglich sein und vor allem für Geringverdiener besonders staatlich gefördert werden. Nötig
151 sind außerdem eine gute Bildungsberatung für alle, die über passende Angebote und Finanze-
152 rungsmöglichkeiten informiert, und besondere Beratungsangebote für kleine und mittlere Be-
153 triebe, damit die betriebliche Weiterbildung ausgeweitet wird.

154 Forschung: Die Welt von morgen heute denken

155 Wissenschaft und Politik stehen vor der Herausforderung, Antworten auf gesellschaftliche,
156 ökologische und ökonomische Fragestellungen auch mit Blick auf zukünftige Generationen zu
157 finden. Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute denken und Zusammenhänge ver-
158 stehen wollen. Wir brauchen ein leistungsstarkes Wissenschaftssystem, das sich seiner ethischen
159 Verantwortung verpflichtet weiß, und attraktive und verlässliche Zukunftsperspektiven für Wis-
160 senschaftlerInnen.

161 Der Anteil der Mittel für Forschung und Entwicklung muss endlich die seit Jahren zugesagten
162 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Mit 2,5 Prozent ist Deutschland noch weit
163 von diesem Ziel entfernt. Wir wollen den Pakt für Forschung und Innovation fortschreiben, den
164 begonnenen Einstieg in die Vollkostenfinanzierung bei Forschungsprojekten verstetigen und die
165 Exzellenzinitiative weiterentwickeln. Der Stellenwert und die Qualität der Lehre müssen syste-
166 matisch erhöht werden. Wir schlagen deshalb vor, herausragende und innovative Lehrkonzepte
167 in einem Wettbewerb zu prämiieren. Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversi-
168 tären Forschungseinrichtungen wollen wir stärken und ausbauen.

169 Hochschulen in Deutschland sind bisher viel zu verschlossen – für Quereinsteiger wie für Rück-
170 kehler oder Forschende aus anderen Ländern. Wir wollen dafür sorgen, dass aus der Abwan-
171 derung von WissenschaftlerInnen eine internationale Mobilität in alle Richtungen wird und der
172 Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft leichter geht. Wissenschaft als Beruf soll attrak-
173 tiver, Karrierewege planbarer werden. Deshalb ist die Ausweitung der Juniorprofessur anstatt
174 der althergebrachten Habilitation notwendig.

175 Obwohl heute so viele Frauen akademisch gut ausgebildet sind, gibt es verhältnismäßig wenige
176 Wissenschaftlerinnen – auch mit negativen Folgen für Qualität und Wettbewerbsfähigkeit. For-
177 schungs- und Institutionsförderung müssen an verbindliche Gleichstellungsziele geknüpft und
178 Gender-Perspektiven selbstverständlicher Bestandteil von Forschungsfragen werden. Dass es
179 nach wie vor viel weniger Professorinnen als Professoren gibt, sehen wir als Auftrag für konse-
180 quente Frauenförderung – auch und gerade an der Spitze der Hochschulen.

181 Exzellente Grundlagenforschung ist die zentrale Basis für Innovationen und Fortschritt. Sie bildet
182 den Nährboden für erfolgreiche anwendungsorientierte Forschung. Grundlagenforschung muss
183 daher eine wesentliche Säule der öffentlichen Forschungsförderung bleiben. Der Schwerpunkt
184 öffentlicher Forschungsförderung liegt für uns auf der Grundfinanzierung von Forschungsein-
185 richtungen und in der wettbewerblichen Programmförderung. Aber auch die steuerliche För-
186 derung von Forschung und Entwicklung durch kleine und mittlere Unternehmen und Start-Ups
187 halten wir unter bestimmten Voraussetzungen für sinnvoll. Wagniskapital soll stärker als bisher
188 unterstützt werden, um die Ausgründung innovativer Unternehmen zu erleichtern.

189

Bildung statt Beton - BTW-B-01

190 Neugier und Verantwortung

191 Neugier ist seit jeher eine zentrale Antriebskraft des Forschens. Neugier braucht Freiräume, de-
192 nen allerdings durch die Verantwortung Grenzen gesetzt werden. Forschungsfreiheit ist ein ho-
193 hes Gut, das geschützt und bewahrt werden muss. Ohne Forschung werden wir die vor uns
194 stehenden Herausforderungen nicht meistern. Für uns haben Menschenwürde und Menschen-
195 rechte aber stets Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen. Nicht nur in der Medi-
196 zin, den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie ist ein verantwortlicher Umgang mit
197 Menschen unerlässlich. Auch der Schutz von Umwelt und Tieren macht Grenzziehungen für die
198 Forschung nötig. Alternativen zu Tierversuchen müssen konsequent angewandt werden, die
199 Erforschung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken.

200 Verantwortliche Forschung ist transparent. Neue Techniken und Verfahren können die nötige
201 gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen, wenn kritische Einwände und Anmerkungen aus der
202 Gesellschaft von der Wissenschaft ernst genommen und nicht nur als Bremse wahrgenommen
203 werden. Kritisch begleitete Forschung ist bessere Forschung.

204 Im Umgang mit neuen Technologien gilt für uns das Vorsorgeprinzip. Das Wissen über neue
205 Technologien muss verbreitert, und Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung integraler
206 Bestandteil jeder Forschungsanstrengung werden.

207 Wer GRÜN wählt, ...

208 ☞ ... wählt den Bildungssoli zur Finanzierung besserer Bildung.

209 ☞ ... fördert Ganztagschulen für alle.

210 ☞ ... stimmt gegen Studiengebühren.

211 ☞ ... schafft 500.000 zusätzliche Studienplätze.

212 ☞ ... bringt mehr Frauen auf die Lehrstühle und in die Wissenschaft.

213 .

BTW-M-01 Bundestagswahlprogramm Ein neues Miteinander

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Ein neues Miteinander

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 5. Ein neues Miteinander – Gute Kindheit. Würdiges Altern

2 Gerade Junge und Alte erleben unsere Gesellschaft heute als eine blockierte. Kinder erhalten
3 nicht die Förderung, die sie brauchen, weil es für sie keinen Platz im Kindergarten gibt. Junge
4 Menschen werden aus der Schule mit dem Etikett „nicht ausbildungsreif“ verabschiedet. Men-
5 schen, die sich um andere kümmern – um kleine Kinder genauso wie um Alte oder Pflegebe-
6 dürftige –, wird das Leben schwerer gemacht als es sowieso schon ist. Ältere Menschen fürch-
7 ten, nicht mehr gebraucht zu werden. Wir wollen diese Blockaden aufbrechen.

8 Wir müssen uns neu darüber verständigen, was unsere Gesellschaft zusammenhält, was alt und
9 jung verbindet. Teil eines grünen Neuen Gesellschaftsvertrags muss also auch ein anderes Ver-
10 hältnis zwischen den Generationen sein. Dabei geht es darum, die sozialen Sicherungssysteme,
11 vor allem die Rente, so zu gestalten, dass sich die Älterwerdenden darauf verlassen können und
12 die Jungen nicht überfordert werden. Der neue Vertrag zwischen den Generationen, wie wir ihn
13 denken, ist aber noch mehr. Er steht für eine Gesellschaft, in der Kinder sich willkommen und
14 Jugendliche sich akzeptiert fühlen, in der Familien gut leben können, und in der ältere Men-
15 schen mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen aktiv mitgestalten können, aber auch im Pfl-
16 gefall gut versorgt sind. Und er steht für eine Gesellschaft, die der nächsten Generation noch
17 Spielräume für Entscheidungen lässt und nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen
18 lebt.

19 Ein neuer Vertrag zwischen den Generationen muss auf Gerechtigkeit aufbauen. Die Entwick-
20 lungsmöglichkeiten für Kinder sind von Geburt an höchst ungleich verteilt. Kinder haben aber
21 ein Recht darauf, sich auch unabhängig von den Möglichkeiten, die ihnen ihre Familien geben
22 können, zu entwickeln. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, Kindergärten und Schulen so
23 zu öffnen und auszubauen und zu verändern, dass hier ungleiche Startchancen ausgeglichen
24 werden und alles dafür zu tun, dass der Zugang zu Sport, Musik und Kultur von den Interessen
25 der Kinder und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir werden nicht hinnehmen, dass
26 Leben mit Kindern ein Armutrisiko bedeutet - und genauso muss der Armut im Alter jetzt vor-
27 gebeugt werden.

28 Der Neue Gesellschaftsvertrag setzt darauf, dass die Menschen frei entscheiden können, wie sie
29 leben wollen. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verant-
30 wortung übernehmen, und insbesondere dort, wo Kinder sind: in Ehen mit und ohne Trau-
31 schein, in Patchwork- und Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, bei Adoptiv- oder Pfl-
32 geeltern. Und auch wenn Menschen alt sind, sollen sie noch selbstbestimmt leben können.

33 Förderung und Bildung von Anfang an

34 Jedes Kind hat ein Recht auf die bestmögliche Förderung. Deshalb treten wir für einen Rechts-
35 anspruch auf eine qualitativ hochwertige und vor allem ganztägige Betreuung für alle Kinder ab
36 dem ersten Lebensjahr ein. Junge Eltern müssen sicher sein, dass sie nach der Elterngeldzeit das
37 Leben mit ihrem Kind und eine Berufstätigkeit miteinander verbinden können. Wir können es
38 uns nicht leisten, auf viele Mütter und auch Väter im Berufsleben zu verzichten, bloß weil es
39 nicht ausreichend Plätze in Kitas und Kindergärten gibt.

40

Ein neues Miteinander - BTW-M-01

41 Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für unsere Betreuungsangebote. In diesen frühen Jahren
42 werden die Weichen für das spätere Leben der Kinder gestellt. Wir GRÜNE schlagen deshalb ein
43 bundeseinheitliches Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen vor, das Gruppengröße
44 und Ausstattung genauso berücksichtigt wie pädagogische Qualität und gesunde Mahlzeiten.
45 Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder dort gut aufgehoben sind. Die
46 Qualifizierung und Weiterbildung von Tagesmüttern wollen wir bundeseinheitlich sichern.

47 **Frühe Förderung ohne Zugangshürden**

48 Von einer guten Bildungs- und Förderlandschaft haben alle etwas: Kinder aus einem günstigen
49 familiären Umfeld gewinnen zusätzlich, Kindern aus schwierigen Verhältnissen hilft eine gute
50 Kita, frühzeitig Nachteile auszugleichen. Der Zugang zu dieser Förderung muss zum einen un-
51 abhängig davon möglich sein, ob beide Eltern berufstätig sind. Zum anderen müssen Elternbei-
52 träge nach Einkommen gestaffelt und schrittweise abgebaut werden. In einem ersten Schritt soll
53 ein Betreuungsjahr für jedes Kind gebührenfrei sein. Außerdem darf das ab 2013 geplante Be-
54 treuungsgeld nicht eingeführt werden. Denn damit werden gerade die Kinder, die die Förde-
55 rung und Unterstützung dringend bräuchten, von Kitas und Kindergärten ferngehalten, weil die
56 Eltern für's zu-Hause-Betreuen Geld bekommen.

57 **Kinderarmut bekämpfen**

58 Armut von Kindern hat viele Gesichter: Chancenarmut, Bildungsarmut, Mangel an Entwick-
59 lungsmöglichkeiten, aber natürlich auch materielle Armut. Wer in solcher Armut groß wird, hat
60 bei uns schlechte Karten. Seine Chancen, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, immer wieder
61 arbeitslos zu werden und womöglich im Alter arm zu sein, sind hoch. Um solche Armutskarrie-
62 ren zu durchbrechen, muss vieles ineinandergreifen: Es braucht gute Kindergärten und Schulen,
63 wichtige Infrastruktur für Kinder wie Schwimmhallen und Bibliotheken dürfen nicht schließen,
64 Eltern müssen in ihrer Kompetenz unterstützt werden und nicht zuletzt muss auch für ein be-
65 darfsgerechtes Auskommen der Familien gesorgt sein. Kinder kann man mit 211 EUR nicht ge-
66 sund ernähren. Für Kinder und Jugendliche brauchen wir deshalb endlich Regelsätze, die den
67 tatsächlichen Bedarf abdecken.

68 **Alternative A:**

69 Für Familien mit geringem Einkommen wollen wir den Kinderzuschlag grundlegend reformieren
70 und ausweiten – zusammen mit dem bisherigen Kindergeld auf maximal 350 EUR. Alleinerzie-
71 hende sollen einen erhöhten Zuschuss bekommen. Zusammen mit dem Mindestlohn trägt der
72 Kinderzuschlag dazu bei, dass auch Familien mit geringem Einkommen ihren Lebensunterhalt
73 wieder selbst bestreiten können. Denn der beste Schutz vor Armut ist die Erwerbstätigkeit der
74 Eltern.

75

76 **Alternative B:**

77 Aber nicht nur Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, machen die Erfahrung, was es
78 bedeutet, wenig Geld zu haben. Deswegen muss die Ehe- und Familienförderung grundsätzlich
79 überarbeitet werden. Wir schlagen eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsiche-
80 rung in Höhe von 330 EUR im Monat für alle Kinder vor. Die Eltern müssen diese Kindergrund-
81 sicherung versteuern. Mit dieser Leistung werden sämtliche Kinder unterstützt, unabhängig
82 davon, ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht oder allein erziehend. Zur Finanzierung wollen
83 wir unter anderem das Ehegattensplitting auf einen verfassungsrechtlich vertretbaren Mindest-
84 betrag abschmelzen. Das bringt mehr Gerechtigkeit für alle. Alleinerziehende, Familien mit ge-
85 ringem Einkommen und Familien mit mehreren Kindern profitieren deutlich. Familien mit hohen
86 Einkommen bleibt dagegen im Vergleich zu heute unterm Strich weniger. Mit einer solchen
87 einkommensorientierte Kindergrundsicherung ordnen wir das Familien- und Ehefördersystem
88 völlig neu und stellen es vom Kopf auf die Füße.

89

90

91 **Neue Väter hat das Land**

92 Eine familienfreundliche Gesellschaft muss die Bedürfnisse von Kindern, Müttern und eben auch
93 Vätern wichtig nehmen. Es gibt immer mehr Väter, die stark für ihre Kinder da sein wollen. Un-
94 sere Gesellschaft muss sich darauf noch deutlich besser einstellen. Dazu gehört ganz zentral eine
95 Arbeitskultur, die es Frauen wie Männern möglich macht, ein Leben mit Kindern und eine er-
96 folgreiche Berufstätigkeit zu vereinbaren. Verantwortung soll zwischen Partnern fair geteilt wer-
97 den, zwei Vätermonate machen noch keine Gleichberechtigung.

98 **Die Vielfalt der Familienformen anerkennen**

99 Das Zusammenleben mit Kindern zeigt heute viele Formen. Alleinerziehende und nicht-eheliche
100 Lebensgemeinschaften mit Kindern machen inzwischen 26 Prozent der Familien aus. Alle Le-
101 bensformen mit Kindern sollen gestärkt und gleichgestellt werden - egal welche privaten und
102 rechtlichen Konstellationen die Eltern für ihr Leben gewählt haben. Deshalb wollen wir eine
103 Familienformenneutralität in der steuer- und sozialpolitischen Familienförderung und das Fami-
104 lien- und Kindschaftsrecht dahingehend überprüfen, ob es den veränderten Lebensformen mit
105 und von Kindern noch gerecht wird.

106 **The kids are alright**

107 Kinder und Jugendliche haben eigenständige Rechte. Sie brauchen die liebevolle Zuwendung
108 ihrer Eltern, haben aber gleichzeitig auch Anspruch auf Unterstützung und Förderung durch den
109 Staat. Damit daran kein Zweifel besteht, wollen wir eigenständige Kinderrechte in den Grund-
110 rechtekatalog unserer Verfassung aufnehmen – als starken Auftrag an die Politik, Prioritäten
111 zugunsten von Kindern zu setzen.

112 Junge Menschen sind wie niemand sonst auf Freiraum jenseits der eigenen Wohnung angewie-
113 sen. Aber junge Menschen sind im öffentlichen Raum unbeliebt: Sie machen Lärm, sie fallen
114 auf. Wir meinen: Kinderlärm ist Zukunftsmusik und junges Leben gehört in die Mitte der Gesell-
115 schaft, in die Mitte von Dorf und Stadt. Wir wollen die Vielfalt in Jugendkulturen fördern, auch
116 weil vielfältige kulturelle Angebote der beste Schutz gegen rechtsextreme Einfalt sind. Und wir
117 brauchen eine starke Jugendhilfe und engagierte Jugendverbände, die auch zukünftig vielfältige
118 Angebote machen und benachteiligte Jugendliche gezielt unterstützen kann.

119 **Für ein neues Miteinander**

120 Unsere Gesellschaft wandelt sich. Wir werden weniger, älter und bunter. Die Gesellschaft
121 schrumpft, der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nimmt zu. Manche malen ange-
122 sichts des demografischen Wandels das Schreckensbild eines „Kriegs der Generationen“. Neid-
123 debatten und Schuldzuweisungen an einzelne Generationen lehnen wir ab. Stattdessen können
124 Junge und Alte nur gemeinsam die kommenden Probleme lösen. Richtig organisiert und ausrei-
125 chend unterstützt können Junge und Alte noch viel mehr voneinander profitieren und lernen: in
126 Unternehmen, wenn sich der Erfahrungsschatz der Älteren mit der Risikobereitschaft der Jün-
127 geren verbinden, in neuen generationenübergreifenden Wohnformen, oder wenn sich in Frei-
128 willigenagenturen Alte und Junge engagieren. Wir brauchen ein neues Bündnis von Jung und
129 Alt.

130 **Selbstbestimmt im Alter**

131 Immer mehr Menschen können bereits heute bis ins hohe Alter ihr Leben aktiv und selbstbe-
132 stimmt führen. Und gleichzeitig gibt es Ältere, die den Eindruck haben, dass sie nirgends mehr
133 gefragt sind, dass niemand mehr zuhört. Altern im 21. Jahrhundert ist vielfältig und verlangt
134 nach veränderten Altersbildern. Zentral ist für uns der Wunsch nach Selbstbestimmung, dessen
135 Verwirklichung nicht an ein bestimmtes Lebensalter oder den Gesundheitszustand gekoppelt
136 sein darf. Wir wollen differenzierte und auf viele unterschiedliche Lebenssituationen ausgerich-
137 tete Angebote für Ältere. Dazu gehört für uns das generationenübergreifende Zusammenleben
138 sowie neue Wohnformen, wie Haus- oder Siedlungsgemeinschaften, die den individuellen Be-
139 dürfnissen Älterer eher gerecht werden als traditionelle Großeinrichtungen. Wir wollen eine Bür-
140 gergesellschaft, die auf die Kompetenz Älterer nicht verzichtet und ihr Engagement unterstützt.
141 Wir brauchen altenfreundliche Kommunen mit einem gut ausgebauten und tatsächlich barriere-

Ein neues Miteinander - BTW-M-01

142 renfreien öffentlichen Nahverkehr, kulturellen Angeboten und einer erreichbaren Gesund-
143 heitsinfrastruktur. Für ältere Migrantinnen und Migranten wollen wir - wo nötig - Unterstüt-
144 zung anbieten, die auf Ihre besonderen Lebenslagen eingeht.

145 In einer altenfreundlichen Gesellschaft dürfen ältere Menschen nicht durch fehlendes Personal
146 und andere Zugangshürden von Mobilität ausgeschlossen werden. Wenn gesellschaftliche Teil-
147 habe immer mehr über neue Medien gewährleistet wird, dann müssen wir auch die Medien-
148 kompetenz von Älteren unterstützen. Alltagsbarrieren entstehen außerdem durch eine man-
149 gelnde Altenfreundlichkeit vieler Produkte. Das fängt bei kaum lesbaren Beipackzetteln an und
150 hört bei der schwierigen Bedienbarkeit vieler Gerätegruppen noch lange nicht auf. Eine aktive
151 Verbraucherschutzpolitik muss die berechtigten Interessen der Älteren klarer zur Geltung brin-
152 gen.

153 Wir wollen Menschen vor Armut im Alter schützen und deshalb für die, die ein Leben lang ge-
154 arbeitet haben oder dem Arbeitsmarkt zu Verfügung standen, eine Garantierente einführen, die
155 über der Grundsicherung liegt.

156 Zum Altern gehört allerdings auch, dass man hilfsbedürftiger oder krank werden kann. Wenn
157 Menschen dauerhaft die Hilfe und Unterstützung anderer benötigen, darf das aber nicht in
158 Fremdbestimmung münden. Alte Menschen wollen auch noch als Pflegebedürftige und Hoch-
159 betagte selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden und häufig so lange wie möglich in der ei-
160 genen Wohnung, in nachbarschaftlich oder gemeinschaftlich organisierten Wohnformen oder in
161 Pflege-Wohngemeinschaften leben. Eine menschnahe Pflege und ambulante und stationäre
162 Angebote von hoher Qualität sind die Voraussetzung dafür. Insbesondere die Pflegeberufe
163 müssen hinzulernen und sich auf die neuen Entwicklungen einstellen.

164 Wir lassen aber auch die Familien mit dieser anspruchsvollen und belastenden Aufgabe nicht
165 allein, gerade auch weil dies zu Lasten der Frauen ginge. Damit die Sorge für andere nicht mit
166 der Erwerbstätigkeit kollidiert, haben wir GRÜNE eine dreimonatige Pflegezeit ähnlich der El-
167 ternzeit vorgeschlagen, für alle, die die Pflege von Angehörigen oder Freunden organisieren
168 oder diese beim Sterben begleiten.

169 **Wer GRÜN wählt, ...**

170 ☞ ... bekommt gute Kindergärten in ausreichender Zahl für jedes Kind.

171 ☞ ... verhindert Kinderarmut.

172 ☞ ... verankert die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Grundgesetz.

173 ☞ ... fördert das Zusammenleben von Menschen und nicht den Trauschein.

174 ☞ ... will auch im Alter selbstbestimmt und würdig leben.

175 .

BTW-V-01 Bundestagswahlprogramm VerbraucherInnen an die Macht

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm VerbraucherInnen an die Macht

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 6. VerbraucherInnen an die Macht – Informationsfreiheit und Sicherheit

2 Schöne neue Warenwelt. Aber wer findet sich noch zurecht im Kleingedruckten? Wer hat nicht
3 das Gefühl, immer öfter abgezockt zu werden. Energiemonopolisten kassieren bei den Stromta-
4 rifen ab. Der Werbeteror am Telefon nervt. Gentechnikfreie Ernährung oder klimafreundliches
5 Einkaufen wird zum Suchspiel für kritische VerbraucherInnen. Wir wissen oft nicht einmal, was
6 in den Produkten wirklich drin ist und unter welchen Bedingungen sie hergestellt sind.

7 Wir Grüne haben die Verbraucherpolitik ganz vorne auf die Tagesordnung gehoben und in der
8 Bundesrepublik erstmals ein wirkliches Verbraucherministerium geschaffen. Mit einem Lebens-
9 mittelrecht vom Acker bis zum Tisch und unserem staatlichen Biosiegel wurde nach der BSE-
10 Krise das Vertrauen der VerbraucherInnen zurückgewonnen. Aber seit die große Koalition re-
11 giert, ist nicht mehr viel passiert. Ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz hat sie ebenso
12 wenig erreicht wie Schutzrechte für Kundendaten oder einen effektiven Schutz gegen Gammel-
13 fleisch und Genfood. Dieser Stillstand ist nicht nur schlecht für die Menschen, er ist auch kein
14 Anreiz für nachhaltige Wirtschaftsprozesse.

15 Ein neues Verhältnis zwischen Produzenten und VerbraucherInnen ist wichtiger Bestandteil des
16 grünen Neuen Gesellschaftsvertrags. Dabei ist kluges Verbraucherverhalten ein wichtiger Bau-
17 stein zur Lösung der Probleme. Manchmal reicht schon ein kritischer Blick, um die besseren Al-
18 ternativen wie Ökostrom, Biokartoffeln oder Energiesparlampen zu entdecken. Verbraucherin-
19 nen und Verbraucher können jeden Tag an der Ladentheke abstimmen und ihre Nachfrage-
20 macht ausspielen. In anderen Fällen aber müssen wir notwendige Rechte auf Information,
21 Schutz und Wahlfreiheit erst schaffen. Grüne Verbraucherpolitik ist eine Politik der Gerechtig-
22 keit. In einer unübersichtlichen Welt sind Verbraucherinnen und Verbraucher nicht immer auf
23 Augenhöhe mit den Anbietern. Als Einzelner fühlt man sich machtlos, dann etwa wenn die
24 Strompreise mal wieder grundlos steigen und fadenscheinige Gründe geltend gemacht werden.
25 Hier muss Verbrauchermacht organisiert und ihre Interessensvertretung ausgebaut werden. Wir
26 wollen Menschen besser vor Abzocke, dem Verlust ihrer Ersparnisse und vor Falschberatung
27 schützen. Fast jeder zehnte Privathaushalt ist überschuldet. Wenn Menschen kein Girokonto
28 mehr erhalten, ist ihre wirtschaftliche Teilhabe blockiert. Banken müssen sich hier ihrer sozialen
29 Verantwortung stellen. Und zu einer Verbraucherpolitik für mehr Gerechtigkeit gehört auch,
30 dafür zu sorgen, dass nicht unter unwürdigen, ausbeuterischen oder gesundheitsgefährdenden
31 Bedingungen oder mittels Kinderarbeit produziert wird. Der Konsum fair gehandelter Produkte
32 von Kaffee bis Spielzeug sorgt dabei für globale Solidarität.

33 Grüne Verbraucherpolitik ist eine Politik der Freiheit. Erst wer die Wahl zwischen Alternativen
34 hat, kann selbstbestimmt leben. Unsere Welt wird so bunter und lebenswerter. Marktversagen,
35 Marktmacht oder Monopole schränken dagegen die Handlungsfreiheit der VerbraucherInnen
36 ein. Deshalb wenden wir uns gegen Genfood auf dem Teller, diktierte Nutzungsbedingungen
37 im Internet und vorgeschobene Geschäftsgeheimnisse.

38 Grüne Verbraucherpolitik dient dem Klimaschutz. Gutes Leben hängt für uns mit einem nach-
39 haltigen Lebensstil zusammen. Wer die quälische Massenhaltung bei Tieren ablehnt und sai-
40 sonale Biolebensmittel kauft, tut sich etwas Gutes und sorgt außerdem für eine bessere Umwelt
41 und sichere Arbeitsplätze in der Region. Wenn der Einkaufskorb in Zukunft noch stärker strate-

VerbraucherInnen an die Macht - BTW-V-01

42 gisch genutzt wird, werden gierige Spritfresser und energieverwuchernde Klimakiller in den
43 Haushalten immer weniger. Ohne gesetzliche Vorgaben klappt das nicht, denn freiwillige
44 Selbstverpflichtungen, z.B. der Autoindustrie zur CO₂- Reduzierung, wurden in der Vergangen-
45 heit zu häufig gebrochen. Vor allem eine bessere Kennzeichnung erlaubt es jedem Geldbeutel
46 auf zukunftsfähige Produkte umzusteigen.

47 Wissen, was drin ist

48 Wir fordern ein umfassendes Informationsrecht für Verbraucherinnen und Verbraucher. Das
49 Verbraucherinformationsgesetz der großen Koalition lehnen wir als Etikettenschwindel ab. Ver-
50 braucherrelevante Informationen auf den Produkten müssen verpflichtend werden. Wir wollen
51 ein Nachhaltigkeitsiegel, das die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware wie Kli-
52 maschäden deutlich erkennbar macht. Wir wollen eine aktive und wirksame Politik der Verbrau-
53 cheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherver-
54 bände. Bund und Länder müssen hier ein gemeinsames Finanzkonzept für die Verbraucherarbeit
55 entwickeln. , Wir schlagen hierzu eine eigene Stiftung vor.

56 Starke Verbraucherrechte

57 Wir wollen Lücken im Verbraucherrecht schließen. Die große Koalition hat hier nur Papiertiger
58 produziert. Wir fordern die Möglichkeit zur Sammelklage, damit Verbraucherinnen und Ver-
59 braucher sich als Gruppenkläger vor Gericht zusammenschließen und ihr gutes Recht schnell
60 und einfach durchsetzen können. Fahrgäste brauchen angemessene Rechte bei Verspätungen
61 ab 30 Minuten. Und wer am Telefon durch unerlaubte Werbeanrufe überrumpelt wird, muss
62 wirksam vor untergeschobenen Verträgen geschützt werden. Dazu wollen wir eine schriftliche
63 Bestätigung einführen. Das Datenschutzrecht muss verbraucherfreundlich grundsaniiert werden.
64 Den Wandel auf dem Gesundheitsmarkt, der Patienten durch freiverkäufliche Gesundheitslei-
65 stungen immer mehr zu KundInnen und Ärztinnen und Ärzte immer häufiger zu VerkäuferInnen
66 macht, wollen wir mit einem Patientenrechtegesetz erfassen.

67 VerbraucherInnen vor Finanzhaien schützen

68 Die Finanzmarktkrise zeigt deutlich, dass wir mehr Verbraucherschutz bei Geldgeschäften brau-
69 chen. Wer von den Menschen aktive Eigenvorsorge erwartet, muss auch die Durchsetzung ihrer
70 Interessen unterstützen. Viele Menschen haben ihre Alterssicherung verloren, weil sie schlecht
71 beraten wurden. Eine Geschäfts- und Provisionspolitik bei Banken und Sparkassen auch die
72 Verkäuferinnen und Verkäufer von Finanzprodukten, so unter Druck setzt, dass eine gute und
73 objektive Beratung auf der Strecke bleibt, muss beendet werden. Wir wollen die Finanzmärkte
74 durch klare, grenzüberschreitende Regeln wieder fair und gerecht gestalten. Wer privat für das
75 Alter vorsorgt, soll nicht unter provisionsgesteuerten Finanzjongleuren oder betrügerischen An-
76 lagemodellen leiden. Und es muss auch nicht Betriebswirtschaft studiert werden, um mit einem
77 guten Gewissen eine Riester-Rente abzuschließen. Mit einem verpflichtenden Verbraucherlabel
78 für alle Finanzprodukte, das Sicherheit, Rendite, Laufzeiten sowie ethische und ökologische Kri-
79 terien auf einen Blick erkennbar macht, wollen wir Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit schaffen.
80 Neuartige Finanzprodukte sollen von der staatlichen Aufsicht mit einer Art Beipackzettel risiko-
81 bewertet und bei Bedenken einem Zulassungsverfahren unterworfen werden. Vertrauen
82 braucht Kontrolle. Ein sogenannter Finanz-Marktwächter soll unter dem bewährten Dach der
83 Verbraucherzentralen den Markt kontrollieren, VerbraucherInnen aufklären und Streitfälle
84 schlichten. KreditnehmerInnen, wie Hauseigentümer- oder UnternehmerInnen wollen wir beim
85 Weiterverkauf ihrer Kredite durch die Banken optimal schützen. Ein Programm zur Finanzauf-
86 klärung, anbieterunabhängige Beratung und ein finanzieller Vorsorge-Check soll Verbrauche-
87 rInnen vor Schuldenfallen schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder ein Recht auf
88 ein Girokonto erhält. Das Angebot an Verbraucher- und Schuldnerberatungen ist dringend zu
89 auszubauen. Und das Entschuldungsverfahren (Privatinsolvenz) für Privatpersonen ist auf 3
90 Jahre zu verkürzen.

91

92

93 **Faire Energiepreise**

94 Vier Großkonzernen auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt nutzen ihre monopolartige
95 Marktmacht aus für wucherische Preistreiberei und überzogene Rekordprofite. Sie werden dabei
96 von SPD und CDU/CSU beschirmt. Wir kämpfen für faire Energiepreise und mehr Wettbewerb
97 auf den Energiemärkten. Ein Schritt dahin ist die Überführung der Energienetze aus dem Ei-
98 gentum der Konzerne in eine öffentlich kontrollierte Netzgesellschaft. Wir wollen einen Markt-
99 wächter schaffen, der Verbraucherinteressen gegenüber den Energiekonzernen, Politik und Auf-
100 sichtsbehörden durchsetzt. Weitere Ziele sind klimafreundliche und soziale Tarifmodelle und der
101 erleichterte Wechsel zu Ökostrom.

102 **Gesunde Lebensmittel - Kein Genfood auf unsere Teller**

103 Wie die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen auch wir Grünen Gentechnik
104 auf unserem Teller ab. Wir stehen Seite an Seite mit Bauern, ImkerInnen und VerbraucherInnen,
105 die an vielen Orten Gentechnikfreie Regionen ausrufen und sich gegen den Anbau von gen-
106 technisch veränderten Pflanzen wenden. Agro-Gentechnik schafft Probleme und keine Lösun-
107 gen. Sie befördert Monokulturen, gefährdet die Umwelt, gentechnikfreie Produktion und Ar-
108 beitsplätze. Sie bedroht die Wahlfreiheit der Verbraucher, sich für gentechnikfreie und auch
109 ökologische Lebensmittel entscheiden zu können. Gentechnik macht Landwirte noch abhängi-
110 ger von wenigen weltweit agierenden Konzernen. Monsanto darf nicht zum Microsoft der
111 Landwirtschaft werden. Wir setzen uns deshalb für ein EU-weites Verbot von Gentech-Pflanzen
112 ein, die Menschen, Umwelt und die gentechnikfreie Produktion gefährden. Wir setzen uns für
113 eine weltweite Ächtung der „Terminatortechnologie“ ein, die die Keimfähigkeit von Samen
114 abtötet. Wir wollen gentechnische Veränderungen klarer und deutlicher kennzeichnen. Jeder
115 muss wissen, ob sein Fleisch, seine Milch oder sein Käse aus einer Produktion kommt, bei der
116 gentechnisch veränderte Futtermittel eingesetzt werden.

117 Seit langem wollen wir Grünen, dass Klasse statt Masse in die Auslage kommt und nicht Gam-
118 melfleisch oder Gift auf dem Tisch landet. Gesundheitsgefährliche Pestizide haben in Lebens-
119 mitteln nichts verloren, das wollen wir konsequent durchsetzen. Das Wissen um gesunde Er-
120 nährung wollen wir allgemein bekannt machen, denn jeder Zweite leidet bereits unter Fehl- und
121 Überernährung. Bei Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz darum durch eine
122 Ampel-Kennzeichnung in den Farben grün-gelb-rot eindeutig sichtbar werden. In Schulen und
123 Kindergärten soll eine gemeinsame gesunde Mahlzeit selbstverständlich werden.

124 **Wer Grün wählt, ...**

- | | |
|-----|--|
| 125 | ☞ ... stärkt die VerbraucherInnenrechte . |
| 126 | ☞ ... wählt Essen und Felder ohne Gentechnik |
| 127 | ☞ ... weiß nicht nur was auf den Tisch kommt, sondern auch was drin ist. |
| 128 | ☞ ... ist besser vor den schwarzen Schafen der Finanz- und Energiewirtschaft geschützt. |
| 129 | ☞ ... stimmt für ein Nachhaltigkeitssiegel - gegen Kinderarbeit, Umweltsauereien und Aus-
130 beutung |

131 .

BTW-U-01 Bundestagswahlprogramm Intakte Umwelt

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Intakte Umwelt

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 7. Intakte Umwelt – Erhalten, was uns erhält

2 In der Vergangenheit wurde viel zu sorglos mit der Natur und mit den natürlichen Ressourcen
3 umgegangen. Nach wie vor werden Gewässer, Luft und Boden mit zahlreichen Schadstoffen
4 belastet und systematisch überdüngt. Flächen werden weiter versiegelt, jeden Tag sterben nach
5 seriösen Schätzungen 150 Tier- und Pflanzenarten weltweit aus.

6 Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Lärmbelastung nimmt zu und trifft gerade
7 Menschen, die sich keine ruhigen Wohnorte leisten können. In zahlreichen Lebensmitteln wer-
8 den chemische Rückstände sogar über den erlaubten Werten gefunden, selbst Stoffe, die schon
9 lange verboten sind. Ganz zu schweigen vom Cocktail an Umweltgiften, die auf uns einwirken,
10 ohne dass die Zusammenhänge erforscht oder gar bekannt sind. Die Zahl der Kinder, die Haut-
11 und Bronchialerkrankungen und Allergien haben, wächst. Aber auch weltweit wirkt sich der
12 rücksichtslose Umgang mit der Natur aus. Vielen Fischern geht der Lebensunterhalt wegen in-
13 dustrieller Überfischung und Meeresverschmutzung verloren. Den armen Regionen der Welt ist
14 eine grüne Revolution auf dem Acker versprochen worden, aber geliefert wurden nur neue Ab-
15 hängigkeiten von internationalen Saatgutkonzernen und Chemieunternehmen. 15 Prozent der
16 Weltbevölkerung verschwenden über die Hälfte der Rohstoffe. Sie erwärmen das Weltklima,
17 exportieren ihren Müll und verschmutzen Meere wie auch die Atmosphäre. Schlimmer noch:
18 Verschwendung und Verschmutzung sind zum Synonym für Wohlstand geworden. So werden
19 die Lebensgrundlagen kommender Generationen zerstört.

20 Der Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt wie auch eine nachhaltige und gerechte Nut-
21 zung der natürlichen Ressourcen sind wichtige Bestandteile unseres Neuen Gesellschaftsver-
22 trags. Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und unsere Kinder. Wohlstand eini-
23 ger darf nicht länger zu Lasten anderer und kommender Generationen gehen.

24 Wir brauchen eine andere Ressourcenpolitik. Weniger Abhängigkeiten von endlichen Ressour-
25 cen schafft neue Freiheiten. Flüsse, Luft und Böden dürfen nicht mehr als kostenlose Ressource
26 zur Verschwendung freigegeben werden. Flächenversiegelung und Lärmbelastung müssen auf
27 ein Minimum zurückgefahren werden. Durch einfache Maßnahmen lassen sich kostbare Res-
28ourcen schonen. Wir wollen den Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft, die konsequent Ab-
29fall vermeidet und Stoffe komplett wiederverwertet.

30 Ob bei aktivem Lärmschutz, elektromagnetischer Strahlung und Mobilfunk oder in der Chemie-
31 politik: Wir setzen auf gesundheitsbezogene Grenzwerte, innovative Produkte, Transparenz und
32 Vorsorge.

33 Umwelt und Gesundheit

34 Heutzutage leidet jeder 2. Europäer an einer Allergie. Schadstoffeinträge in die Umwelt machen
35 sensible Menschen krank und sind für unsere Kinder eine latente Bedrohung. Pestizide in Nah-
36 rungsmitteln und Textilien, chemische Belastungen in Gebrauchsgegenständen, Elektromog in
37 Wohnräumen, Feinstaub aus Anlagen und Kraftfahrzeugen – die Kumulation von Schadstoffen
38 macht es fast unmöglich, Krankheitsbilder und Auslöser in einen nachweisbaren Zusammen-
39 hang zu bringen. Grüne Umweltpolitik stellt die Gesundheitsvorsorge in den Vordergrund. Ge-
40sunder Boden, sauberes Wasser und Luft sind Voraussetzungen dafür, dass wir alle gesund le-

41 ben können. Gesundes Wohnen, Schutz vor Umweltgiften und Lärm sind für uns eine Frage der
42 Lebensqualität und eine zentrale Gerechtigkeitsfrage, weil alle Anspruch auf eine gesunde und
43 intakte Umwelt haben, auf gesunde Ernährung und schadstofffreie Produkte. Wir wollen flächendeckend den Schutz vor Feinstaub durchsetzen. Der Schutz vor schweren Lungenerkrankungen darf keine Frage des Wohnorts und des Geldbeutels sein. Wir fordern umfassende Programme zur Lärminderung, von der Ausweitung von Nachtflugverboten bis hin zu besserem aktiven und passiven Lärmschutz an Bahnstrecken und Flüsterasphalt auf Straßen. Auch in der Chemikaliensicherheit gibt es weiterhin erhebliche Lücken. Wir bleiben dabei: die EU-Chemikalienrichtlinie REACH muss verbessert werden, damit eine klare Kennzeichnung von Chemikalien im Alltag und mehr Mittel für umweltmedizinische Wirkungsforschung endlich Realität werden.

52 **Schutz von Natur und Artenvielfalt**

53 Wussten Sie, dass der Spatz, der Laubfrosch und die Arnika bereits auf der Roten Liste bedrohter Arten stehen? Wir kämpfen für den Schutz von Natur und Artenvielfalt. Wir brauchen einen umfassenden systemischen Ansatz. Der Schutz der biologischen Vielfalt muss dabei flächendeckend auch auf genutzten Flächen gelten. Naturschutz muss auch in die Agrar-, Bau- und Verkehrspolitik integriert werden. Wir wollen bestehende Schutzgebiete sichern und mit einem Biotopverbundsystem vernetzen und neue schaffen. Für Naturschutzgebiete müssen eine bessere Finanzierung, Management und Monitoring sichergestellt werden. Der besonderen Verantwortung, die Deutschland für den Schutz der Buchenwälder und für die Nord- und Ostsee hat, ist die Bundesregierung nicht nachgekommen. Das wollen wir ändern.

62 Es geht aber nicht nur um den Erhalt des europäischen Naturerbes. Auch international wollen wir, dass mehr für den Natur- und Waldschutz getan wird. Das von uns schon lange geforderte Urwaldschutzgesetz muss endlich kommen. Die Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt wollen wir in den internationalen Klimaschutzprozess integrieren. Die gleichberechtigte Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen indigener Völker, sowie Gerechtigkeits- und Menschenrechtsaspekte sind für uns nicht verhandelbar.

68 Jeden Tag wird in Deutschland die Fläche von 140 Fußballfeldern neu versiegelt. Wir GRÜNE wollen Böden schützen. Deutschland muss sich in der EU für hohe Standards beim Bodenschutz einsetzen statt zu bremsen. Wir wollen ran an die Subventionen und falschen Anreize, die immer noch die Zersiedlung und Versiegelung fördern. Entsiegelung ist auch eine Frage sauberen Trinkwassers und eines funktionierenden Wasserkreislaufes.

73 Wir wollen, dass die Vorgaben der EU-Gewässerrahmenrichtlinie von Deutschland endlich zügig erfüllt werden. Der Schadstoffeintrag muss vermindert werden. Hochwasserschutz bedeutet länderübergreifend den Flüssen mehr Raum geben und naturnahe Auenbereiche schaffen. Für einen besseren Hochwasserschutz muss sich die Bauplanung den Flussauen anpassen und nicht umgekehrt. Wir wollen, dass so schädliche Bauprojekte wie der Elbausbau und Saalekanal endlich gestoppt werden.

79 **Staatsziel Tierschutz umsetzen**

80 Das Staatsziel Tierschutz muss im Tierschutzrecht konsequent umgesetzt werden. Wir setzen uns gegen tierquälerische Massentierhaltung ein und für tierschonende, zeitlich begrenzte Transporte. Jegliche Käfighaltung von Legehennen muss ausnahmslos verboten werden, ebenso sämtliche Qualzuchten. Wir fordern ein Klagerecht für Tierschutzorganisationen und einen Bundesbeauftragten für Tierschutz.

85 **Ökologische Landwirtschaft für gesundes Essen und Klimaschutz**

86 Die grüne Agrarwende war ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik. Wir haben deshalb den ökologischen Landbau, die regionale Vermarktung, artgerechte Tierhaltung und Agrarumweltmaßnahmen gefördert, eine nachhaltige Landwirtschaft, die vereinbar ist mit Wasserschutz, dem Erhalt der Artenvielfalt und der Bodenqualität. Unser Ziel ist eine integrierte ländliche Entwicklung, die gleichwertige Lebensverhältnisse und Selbstverwirklichung auf dem Land genauso ermöglicht wie in der Stadt.

Intakte Umwelt - BTW-U-01

92 Statt weitere Weichen für den Klima- und Wasserschutz und für den Erhalt der Artenvielfalt zu
93 stellen, hat die große Koalition in Brüssel immer nur für die Besitzstandswahrung der Agroindu-
94 strie gekämpft. Nachfrage und Umsatz von Biolebensmitteln steigen seit Jahren zweistellig,
95 doch die verfehlte Förderpolitik von Schwarz-Rot hat dazu geführt, dass in Deutschland kaum
96 neue Betriebe umstellen. Wir werden die Ökologisierung der Landwirtschaft zum Schutz des
97 Klimas und der biologischen Vielfalt wieder deutlich vorantreiben. Agrarsubventionen soll es in
98 Zukunft nur geben, wenn Umwelt- und Klimaleistungen erbracht werden und Arbeitsplätze
99 erhalten werden.

100 Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden den Bäuerinnen und Bauern neue Möglichkeiten
101 bei der Nutzung von Biomasse eröffnet. Regionale Wirtschaftskreisläufe wurden aufgebaut. Die
102 große Koalition hat durch den Zwang zur Beimischung von Agrokraftstoffen, diese Kreisläufe
103 wieder zerstört. Die großen Mineralölkonzerne haben das Heft in die Hand genommen. Sie im-
104 portieren Palmöl und Ethanol ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Standards. Leere Tel-
105 ler, volle Tanks - das wollen wir nicht. Zur globalen Gerechtigkeit gehört, dass wir keinen Agro-
106 Kraftstoff tanken, für den Menschen im Süden hungern und Regenwälder abgeholzt werden.
107 Bei der Biomassennutzung muss sichergestellt werden, dass Anbau, Verarbeitung und Transport
108 nach klaren, strengen und überprüfbaren Klima-, Umwelt- und sozialen Standards erfolgen.

109 Ressourcenschonendes Wirtschaften

110 Unsere Antwort auf Ressourcenverknappung und steigende Rohstoffpreise heißt: Regionale
111 Kreislaufwirtschaft! Wir GRÜNE sind gegen Wegwerfprodukte und eine Haltung, die nur den
112 kurzfristigen Nutzen im Sinn hat und nicht den nachhaltigen. Deshalb wollen wir weg von der
113 Abfallpolitik und hin zu einer Politik, die ressourcenschonendes Wirtschaften initiiert und be-
114 lohnt. Müllverbrennungsanlagen sollen nur noch bei nachgewiesenem Bedarf genehmigt wer-
115 den. Unser Instrument für die Einführung einer echten Kreislaufwirtschaft ist die Ressourcenab-
116 gabe, die den grünen Punkt ersetzen soll und ökologische Innovationen fördern wird. Durch
117 Hilfen bei der Markteinführung und durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen
118 wollen wir Innovationen fördern, die unsere Chemieindustrie weg vom Erdöl und hin zu einer
119 Produktion führt, die auf nachwachsenden Rohstoffen basiert und umweltverträgliche Produkte
120 herstellt.

121 Ein modernes Umweltrecht

122 Zum Erhalt von Umwelt und Natur werden viele Werkzeuge benötigt, von Anreizen und Um-
123 weltbildung über Label und Zertifikate bis hin zu einer neuen Ökologischen Finanzpolitik und
124 einem klarem Ordnungsrecht. Wasser-, Luft-, Boden-, Abfall- und Naturschutzaspekte sind bei
125 Genehmigungen zu berücksichtigen. Von zentraler Bedeutung ist deshalb eine integrierte und
126 transparente Umweltgesetzgebung in einem Umweltgesetzbuch. Einheitliche, bundesweite
127 Vorgaben vermindern die Bürokratie und sind überdies auch noch gut für die Wirtschaft. Dieses
128 einheitliche Umweltgesetzbuch wird deshalb seit Jahren von Umweltverbänden wie auch von
129 der Wirtschaft gefordert. Es ist ein Symbol des Versagens der großen Koalition in der Umwelt-
130 politik, dass dieses Projekt dem Parteiengozänk zwischen CDU und CSU zum Opfer gefallen ist.
131 Wir Grüne werden einen neuen Anlauf für ein modernes und unbürokratisches Umweltrecht
132 unternehmen.

133 Wer GRÜN wählt, ...

- | | |
|-----|--|
| 134 | ☞ ... wählt Artenvielfalt und eine intakte Umwelt. |
| 135 | ☞ ... schützt Wasser, Boden und Luft. |
| 136 | ☞ ... sorgt dafür, dass Bio und Ökolandbau weiter boomen. |
| 137 | ☞ ... stimmt für artgerechte Tierhaltung und Tierschutz. |
| 138 | ☞ ... wählt ein modernes Umweltrecht – wirksam und unbürokratisch. |

139

BTW-A-01 Bundestagswahlprogramm Anwältin der Bürgerrechte

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Anwältin der Bürgerrechte

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 8. Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern

2 2009 blicken wir zurück auf 60 Jahre Grundgesetz, auf 20 Jahre friedliche Revolution in der
3 DDR, auf 90 Jahre Frauenwahlrecht. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben vor 60
4 Jahren trotz immenser internationaler Bedrohungen die freiheitlichste Verfassung verabschiedet,
5 die Deutschland je gesehen hat. Für sie waren Freiheits- und Bürgerrechte der Garant für die
6 erfolgreiche Entwicklung der jungen Demokratie. Die individuelle, private Freiheit ohne staatliche
7 Überwachung und Kontrolle ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit, wirtschaftlichen
8 Wohlstand, politische Teilhabe, gesellschaftliche Kreativität und kulturelle Vielfalt. All dies brauchen
9 wir, um in einer globalisierten Welt mithalten zu können. Aber heute erleben wir einen
10 Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten in gewaltigem Ausmaß. Im System Schäuble behandelt
11 der Staat zunehmend alle wie Tatverdächtige: Er überwacht Konten, Telefone, Computer permanent
12 und ohne Kontrolle und will mittels Ausweis flächendeckend Fingerabdrücke einsammeln - das alles
13 mit Duldung der SPD. Die Bürgerrechte brauchen eine Anwältin. Wir GRÜNE
14 verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat gegenüber einem exzessiven Überwachungsstaat,
15 dem alle verdächtig sind. Es ist völlig klar: Dem internationalen Terrorismus muss entschlossen
16 begegnet werden. Aber ebenso klar muss sein: Sicherheit darf nicht zur Staatsdoktrin werden,
17 der sich alles unterzuordnen hat.

18 Einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit
19 muss Aufgabe einer zivilen Polizei in den Ländern bleiben. Wir wollen keine Panzer auf
20 den Straßen. Ein Einsatz von Tornado-Flugzeugen zur Machtdemonstration gegenüber DemonstrantInnen
21 wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 darf sich nie wiederholen.

22 Das Bundesverfassungsgericht hat eine klare Grenze gegen die Tötung Unschuldiger durch Abschuss
23 von Passagierflugzeugen gezogen. Es darf keine Abwägung Leben gegen Leben geben. Schäuble will
24 das nicht akzeptieren. Wir müssen die Verfassung vor ihm schützen. Auch der Antiterrorkampf
25 legitimiert keinen Menschenrechtsrabatt- keine Aufweichung des absoluten Folterverbots,
26 keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren.
27 Wer im Namen der Sicherheit die Freiheit opfert, der verliert am Ende beides.

28 Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag setzt auf Integration und eine Kultur der Anerkennung.
29 Gerade auch für junge Migrantinnen und Migranten wollen wir die Blockaden beiseite räumen
30 und den Weg zu guter Bildung und guter Arbeit frei machen. Frau Merkel lässt zwar mit viel
31 Tamtam Integrationsgipfel inszenieren. Gleichzeitig sinken jedoch die Einbürgerungszahlen in
32 den Keller, da die große Koalition neue Hürden auf dem Weg zum deutschen Pass aufgebaut
33 hat. Das ist doppelzünftig. Wir wollen dagegen Integration über eine Kultur der Anerkennung
34 und einer Politik der gleichen Rechte erreichen. Eine humane Flüchtlingspolitik respektiert das
35 Grundrecht auf Asyl und höhlt es nicht aus.

36 Diskriminierung ist Gift für das gesellschaftliche Klima. Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung
37 von Verschiedenheit, für Respekt und Gleichberechtigung jedes Menschen. Das ist eine Frage
38 der Gerechtigkeit. Niemand hat das Recht, im Namen einer Religion oder Weltanschauung die
39 Freiheit anderer einzuschränken. Freiheit ist die Freiheit unterschiedlicher Lebensweisen, sexueller
40 Identitäten oder des Glaubens. Freiheit konkretisiert sich in den Grundrechten unserer Verfassung
41 und in den völkerrechtlich verbrieften Menschenrechten.

Anwältin der Bürgerrechte - BTW-A-01

42 Keine staatliche Peepshow

43 Der Mensch hat ein Recht darauf, in Ruhe gelassen zu werden, hat das Bundesverfassungsge-
44 richt formuliert. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung geht niemanden etwas an. Er muss
45 unantastbar bleiben. Daher sagen wir Nein zur staatlichen Bespitzelung via Videospionage in
46 der Wohnung. Wir sagen Nein zur Speicherung der Telekommunikationsdaten aller BürgerIn-
47 nen auf Vorrat und Nein zur Online-Durchsuchung, die die heimliche Ausforschung privater
48 Computer ermöglicht. Die überwachungsfreie Kommunikation mit dem Anwalt oder der Ärztin
49 muss gewährleistet bleiben, ebenso das Recht von JournalistInnen, ihre Quellen straffrei zu
50 schützen. Vielen Veränderungen der vergangenen vier Jahre ist eines gemeinsam: Stück für
51 Stück werden wichtige Errungenschaften unseres Rechtsstaates abgebaut.

52 Wir wollen keine übermächtige Bundessicherheitsbehörde. Die große Koalition hat das Bundes-
53 kriminalamt (BKA) ermächtigt, geheimdienstlich zu operieren. Kontrolle durch den Bundestag ist
54 nicht vorgesehen. Jeder, der einen Verdächtigen kennt, kann bereits umfassend überwacht
55 werden, ohne auch nur nachträglich darüber informiert zu werden. Das ist mit unserer Vorstel-
56 lung vom Rechtsstaat nicht vereinbar. Wir wollen eine Rücknahme des BKA-Gesetzes und eine
57 effektive parlamentarische Kontrolle des BKA.

58 Wir wehren uns dagegen, dass Schäuble „Nacktscanner“ zur Kontrolle an unseren Flughäfen
59 technisch erproben lässt. Er und Justizministerin Zypries verantworten ein Fluggastdaten-
60 Abkommen mit den USA, das selbst die Weitergabe von Informationen über sexuelle Vorlieben
61 oder Gewerkschaftszugehörigkeit vorsieht. Das ist unglaublich. Als ob die Mitgliedschaft in einer
62 Gewerkschaft oder Sexualität etwas Kriminelles wären. Wir lehnen es ab, dieses Abkommen zu
63 ratifizieren und werden alles dafür tun, dass ähnliche Abkommen mit anderen Staaten gar nicht
64 erst zustande kommen.

65 Meine Daten gehören mir

66 Datenschutz ist Bürgerrecht. „Meine Daten gehören mir“ und nicht dem Staat, nicht dem
67 Kaufhaus und meinem Mobilfunkbetreiber erst recht nicht. Mit seinen Eingriffen in unsere
68 Grundrechte vernachlässigt der Staat unseren Schutz vor Angriffen im nicht-öffentlichen Be-
69 reich. Die lange Liste der Datenschutzskandale in letzter Zeit offenbart gewaltige Lücken beim
70 Schutz vor Missbrauch unserer persönlichen Daten. Daten sind zu einem wertvollen Wirt-
71 schaftsgut geworden. Sie werden nicht nur legal, sondern in einem riesigen Ausmaß illegal er-
72 hoben und gehandelt. Von fast allen BundesbürgerInnen sind inzwischen persönliche Daten bis
73 hin zu Kontonummern im Umlauf und auf einem blühenden Schwarzmarkt erhältlich. Das in-
74 formationelle Selbstbestimmungsrecht über unsere Daten ist zu einer Farce und der illegale Da-
75 tenhandel zu einer neuen Form der Wirtschaftskriminalität geworden. Neben mehr Kontrollen,
76 einer stärkeren Beschränkung des Datenhandels und einem deutlichen Ausbau der personellen
77 Kapazitäten der Datenschutzbeauftragten ist eine umfassende Reform des Datenschutzrechts
78 mehr als überfällig. Der Datenschutz gehört auch ins Grundgesetz, um den Schutz unserer
79 Rechte noch verbindlicher und klarer zu machen.

80 Wir wollen die Menschen in die Lage versetzen, bei Datenmissbrauch als DatenschützerInnen in
81 eigener Sache ihre Rechte geltend zu machen. Zudem soll über Sammel- und Verbandsklagen
82 bei datenschutzrechtlichen Verstößen vor Gericht geklagt werden können. Unternehmen müs-
83 sen ein eigenes wirtschaftliches Interesse bekommen, ihre KundInnendaten so gegen Miss-
84 brauch zu schützen, wie das heute schon mit Geschäftsgeheimnissen funktioniert. Verstöße
85 gegen den Datenschutz müssen sanktioniert werden. Wer Daten sammelt, muss den ordnungs-
86 gemäßen Umgang nachweisen. Wir wollen wie beim Verstoß gegen Persönlichkeitsrechte einen
87 Schadenersatzanspruch für Datenmissbrauch. Die Spitzelaffären bei Telekom oder Bahn-AG, die
88 Videoüberwachungen von Lidl bis in die intimsten Bereiche der Beschäftigten zeigen auch den
89 Bedarf nach einem umfassenden Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und der Stärkung der betrieb-
90 lichen Datenschutzbeauftragten.

91 Integration durch eine Kultur der Anerkennung

92 Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir die Integration voranbringen und die
93 multikulturelle Demokratie verwirklichen. Wir wollen Blockaden aufbrechen und Türen öffnen –

94 auch in den oberen Etagen und Leitungsfunktionen. Die Gesellschaft muss den sozialen Auf-
95 stieg auch für ihre EinwanderInnen fördern. Die frühe sprachliche Integration aller Kinder ist
96 dabei eine Schlüsselaufgabe. Ob Sprachkenntnisse, Kreativität, soziale Kompetenz oder Risiko-
97 bereitschaft: Wirtschaft und Gesellschaft ignorieren noch viel zu häufig die Potenziale von Mi-
98 grantInnen. Wie viel ihr dabei verloren geht, macht nichts deutlicher als die vielen Erfolgsge-
99 schichten, die es auch zu erzählen gibt - von der Fernsehmoderatorin irakischer Herkunft, vom
100 Fußballprofi aus Polen, dem ersten deutschen Parteivorsitzenden mit türkischen Wurzeln bis
101 zum geschätzten iranischen Kollegen am Arbeitsplatz.

102 Wir setzen uns für die verstärkte politische Teilhabe von MigrantInnen ein. Dazu gehört ein
103 kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen. Für Integration braucht es gleiche Rechte.
104 Integration ist dabei aber keine Einbahnstraße. Integration bedeutet Anstrengungen für Deut-
105 sche und MigrantInnen. Auf beiden Seiten ist die Bereitschaft zu Dialog und Veränderung not-
106 wendig. Dabei ist klar: Bei der Akzeptanz der Grundrechte, der Demokratie und der Freiheit
107 Anderer gibt es keinen kulturellen Rabatt. Wir wollen Einbürgerung in Deutschland erleichtern -
108 auch durch mehr Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit. Junge Deutsche, die auch noch
109 den Pass eines anderen Staates haben, sollten die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen,
110 auch wenn sie nach ihrem 23. Geburtstag die andere Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wol-
111 len. Der von der FDP durchgedrückte Optionszwang muss weg.

112 Wir wollen den Familiennachzug wieder erleichtern. Ehe- oder LebenspartnerInnen müssen
113 nach einem Gesetz der großen Koalition bereits im Ausland ausreichende Deutschkenntnisse
114 erwerben. Das soll angeblich vor Zwangsverheiratung schützen. Tatsächlich wird aber gezielt
115 der Nachzug aus einzelnen Nationen und Bevölkerungsschichten begrenzt. Sprachkenntnisse
116 sind essentiell für Integration, sie können aber viel besser hier in Deutschland erworben werden.
117 Menschen – meist Frauen - mit geringerem sozialen Status werden durch die hohen Kosten der
118 Kurse benachteiligt. Wir wollen diese Restriktionen zurücknehmen. Der Schutz von Ehe und
119 Familie und das Recht auf Freizügigkeit dürfen nicht nur für einige Privilegierte gelten. Die Op-
120 fer von Zwangsverheiratung brauchen viel mehr Rechte: Wir wollen den Betroffenen aufent-
121 haltsrechtlichen Schutz verschaffen.

122 **Aufstehen gegen Rechtsextremismus**

123 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie ist auch ein
124 Kampf für unsere Demokratie. Die Zahl der rechtsextremistischen und rassistischen Delikte, ins-
125 besondere der Gewalttaten, steigt in erschreckendem Maße. Ganze Regionen sind zu Zonen der
126 Angst geworden, in denen sich Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Sprache oder auch
127 nur anderer Frisur nicht mehr sicher bewegen können. Immer wieder rütteln brutale Überfälle
128 durch Rechtsradikale die Öffentlichkeit auf, aber hunderte andere Gewalttaten im Jahr werden
129 höchstens in einer Randnotiz in den Zeitungen erwähnt. Und braunes Gedankengut ist auch in
130 der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Das können wir als Gesellschaft nicht länger hinneh-
131 men! Wir müssen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden
132 entzieht. Wir müssen rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und An-
133 tisemitismus ächten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Ein zentraler Punkt ist
134 dabei die Information über die Verbrechen der Nazizeit - in Schulen, Medien, durch Gedenkort
135 wie die ehemaligen Konzentrationslager, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und
136 weitere Gedenkort für Sinti und Roma und Homosexuelle. Wir müssen rechtsextremistische
137 Strukturen transparent machen und ihnen den finanziellen Nährboden entziehen. Wir brauchen
138 attraktive demokratische Netzwerke, die Gegenangebote machen. Zivilgesellschaftliche Initiati-
139 ven gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen
140 Opfern und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Menschen, die diese -
141 oftmals ehrenamtliche - Arbeit machen, verdienen unseren ganzen Respekt. Aber für ihre Arbeit
142 brauchen sie auch eine solide und dauerhafte finanzielle Unterstützung.

143 **Islam gleichstellen – Islam integrieren**

144 Mit der Einwanderung der letzten Jahrzehnte kamen nicht nur Arbeitnehmer, es kamen auch
145 Millionen Gläubige, die nicht den christlichen Kirchen oder der jüdischen Religion angehören.
146 Das Grundgesetz garantiert auch ihnen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundord-
Entwurf Bundestagswahlprogramm 2009

Anwältin der Bürgerrechte - BTW-A-01

147 nung gleichberechtigt individuelle und kollektive Religionsfreiheit. Selbstverständlich dürfen
148 muslimische Religionsgemeinschaften auch repräsentative Moscheen errichten. Wir GRÜNE
149 werden dieses Recht gegen Angriffe von Rechts auf die Religionsfreiheit immer aktiv verteidigen.
150 Islamophobie werden wir entschieden entgegnetreten.

151 Damit ist es aber noch nicht getan. Integrationspolitisch ist die Ausbildung von islamischen
152 Geistlichen in Deutschland, auch im Hinblick auf einen islamischen Religionsunterricht, wünschenswert.
153 Das setzt aber anerkannte Religionsgemeinschaften voraus. Bund und Länder sollten mit den muslimischen
154 Organisationen eine verbindliche Vereinbarung anstreben, wie man innerhalb des geltenden Religionsverfassungsrechts
155 zu einer oder mehreren anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften kommt.

157 Integration des Islam ist mehr als formale Gleichstellung. Von allen religiösen Organisationen,
158 die eine vertiefte Kooperation mit dem Staat anstreben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung
159 der Menschenrechte einsetzen. Wir begreifen die islamischen Organisationen schon jetzt als Teil der deutschen
160 Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit Erwartungen an die
161 gesellschaftliche Verantwortung der Verbände und Vereine. Wir erwarten von ihnen ein aktives Eintreten
162 für die Religionsfreiheit von Nichtmuslimen, für die Freiheit des Religionswechsels und für volle Selbstbestimmungsrechte
163 der Frauen. Wer eine Frau oder ein Mädchen unter Druck setzt, dass sie ein Kopftuch oder bestimmte Kleidung trägt,
164 verletzt ihr Recht auf individuelle Glaubensfreiheit. Ebenso zählt zur Integration ein aktives Eintreten
165 gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle.

168 Schutz für verfolgte Flüchtlinge

169 An Europas südlichen Küsten spielen sich schreckliche Tragödien ab. Jedes Jahr ertrinken, verhungern
170 oder verdursten Männer, Frauen und Kinder elendig bei dem Versuch, mit seeuntüchtigen Booten über
171 das Mittelmeer oder den Atlantik nach Europa zu gelangen. Zahlreiche Berichte sprechen von einer rigiden
172 Abweisungs- und Zurückdrängungspraxis auch auf hoher See - auch unter deutscher Beteiligung. Dies geschieht
173 im Rahmen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und ohne wirkliche parlamentarische Kontrolle. Es ist
174 menschenverachtend, dass Europa auf schutzsuchende Menschen mit einer Abschottungspolitik reagiert,
175 die an den EU-Außengrenzen bereits Tausende Tote gefordert hat. Das wollen wir ändern.

177 Obwohl kaum noch Flüchtlinge zu uns gelangen, hat die große Koalition die Abschottung weiter
178 verschärft. Deutschland wird damit seiner humanitären Verantwortung in der Welt nicht gerecht, Richtig
179 wäre es, ergänzend zum bestehenden Asylsystem ein jährliches Flüchtlingskontingent aufzunehmen - für
180 unsere skandinavischen Nachbarn eine Selbstverständlichkeit.

182 Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen
183 Menschenrechtskonvention beruht. Nach deren Maßstäben ist der Umgang mit Asylsuchenden in unserem
184 Land oftmals nicht menschenwürdig. Man darf Flüchtlinge nicht in Länder abschieben, in denen Menschenrechte
185 systematisch verletzt werden und Gefahr für Leib, Leben und Freiheit droht. Auch können Staaten nicht
186 als sicheres Drittland gelten, wenn sie keinen vollständigen Schutz durch die Genfer Flüchtlingskonvention
187 gewährleisten. Während des Asylverfahrens werden Flüchtlinge einer bestimmten Aufnahmeeinrichtung
188 zugeteilt. Sie dürfen den zugewiesenen Ort im Prinzip nicht verlassen. Diese Residenzpflicht verstößt gegen
189 das Grundrecht auf Freizügigkeit. Sie gehört abgeschafft, ebenso wie „Ausreisezentren“ genannte
190 menschenunwürdige Sammelunterkünfte und das Flughafenverfahren, bei dem asylsuchende Menschen
191 bereits am Flughafen festgehalten werden. Eine Schande für unser Land ist zudem die hohe Zahl der
192 Widerrufsverfahren gegen positive Asylbescheide durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
193 Wir treten ein für die umfassende Umsetzung der Kinderrechtskonvention in unserem Land und die
194 Rücknahme der deutschen Vorbehalte, die vor allem negative Auswirkungen auf Flüchtlingskinder haben.

197 Wir wollen eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang
198 nur geduldet wurden. Nur so erhalten sie endlich eine sichere Zukunftsperspektive. Die

199 von der großen Koalition beschlossene Bleiberechtsregelung wird dem nicht gerecht, weil sie zu
200 viele Ausschlussgründe sowie kleinliche bürokratische Bedingungen enthält, die von den mei-
201 sten Geduldeten nicht erfüllt werden können.

202 Das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen menschenunwürdigen Bestimmungen muss weg.
203 Seine Sonderregelungen stellen Flüchtlinge unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums.
204 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer
205 Grund- und Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder ungehindert Kindergärten und
206 Schulen besuchen können. Um dies zu erreichen, muss die Meldepflicht öffentlicher Stellen an
207 die Ausländerbehörden entfallen. Menschen, die nichts weiter getan haben, als in Deutschland
208 Zuflucht zu suchen, sitzen in Abschiebehaft. Wir setzen uns für die Beendigung dieser inhum-
209 anen Situation ein. Bis dahin fordern wir zumindest die Einhaltung menschenrechtlicher Stan-
210 dards, keine Inhaftierung besonders Schutzbedürftiger und die Begrenzung der Abschiebehaft
211 auf maximal 6 Monate.

212 **Gleiche Rechte für Lesben und Schwule**

213 Lesben und Schwule leben heute in Deutschland so frei wie nie zuvor. Mit dem Lebenspartner-
214 schaftsgesetz ist uns eine kleine Kulturrevolution für Akzeptanz gelungen. Dennoch sind homo-
215 phobe Parolen im Fußballstadion, in manchen Musikszenen und besonders auf dem Schulhof
216 immer noch Alltag, mehren sich die Berichte über antihomosexuelle Gewalttaten. Wir brauchen
217 einen Nationalen Aktionsplan gegen Homophobie, unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen
218 Gruppen einschließlich der Religionsgemeinschaften. Die schwul-lesbische Selbsthilfe-, Sozial-
219 und Bürgerrechtsarbeit muss gefördert werden. Im Gleichheitsartikel unserer Verfassung muss
220 endlich ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf.
221 Die Rechte der Homosexuellen sind eine Frage der Demokratie und Menschenrechte. Auch
222 deshalb kämpfen wir für die volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.
223 Wir fordern die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare, einschließlich des Adopti-
224 onsrechts. Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern, dürfen nicht be-
225 nachteiligt werden. In vielen Ländern treten die Machthaber die Menschenrechte von Schwu-
226 len, Lesben oder Transsexuellen mit Füßen. Deutsche Menschenrechtspolitik muss hiergegen
227 klare Position beziehen - gegenüber Teheran wie Jamaica, gegenüber Moskau wie dem Vati-
228 kanstaat. Gerade angesichts der früheren Verfolgung Homosexueller in unserem Land hat
229 Deutschland eine besondere Verantwortung, schwule und lesbische Menschenrechtsverteidige-
230 rInnen weltweit zu schützen und zu unterstützen.

231 **Gegen Diskriminierung**

232 In unserer Gesellschaft wird eine Vielfalt von Lebensformen gelebt. Wir wollen die rechtliche
233 Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern und Rechte und Pflichten in ein faires
234 Verhältnis bringen. Das Familienrecht soll um neue Elemente wie Familien- und Solidaritätsver-
235 träge erweitert werden. Niemand darf wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der
236 Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität be-
237 nachteiligt werden. Dieses Diskriminierungsverbot haben wir für die Arbeitswelt, das Geschäfts-
238 und Alltagsleben politisch durchgesetzt. Union wie FDP kämpfen bis heute dagegen an – in
239 Deutschland wie auf europäischer Ebene. Sie verstehen Freiheit vor allem als Ellenbogenfreiheit.
240 Wir meinen dagegen die Freiheit, ohne Angst anders sein zu können. Wir stehen für eine Politik
241 der Vielfalt und für klare Kante gegen Diskriminierung. Auch die Menschenrechte für transsexu-
242 elle und intersexuelle Menschen müssen in vollem Umfang gewährleistet werden. Intersexuelle
243 Menschen, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren werden, dürfen keinen medi-
244 zinisch unnötigen Operationen zur Geschlechtsanpassung unterworfen werden.

245 **Wende in der Drogenpolitik – für Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung**

246 Wir wollen eine rationale Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Ent-
247 kriminalisierung setzt. Drogenpolitik steht in dem schwierigen Spannungsverhältnis das Selbst-
248 bestimmungsrecht der Menschen zu achten, zugleich aber die Entstehung von Sucht durch Prä-
249 vention zu bekämpfen, Kinder- und Jugendliche zu schützen und Schwerstabhängigen zu hel-

Anwältin der Bürgerrechte - BTW-A-01

250 fen. Die Politik der Kriminalisierung von KonsumentInnen führt dabei in die Sackgasse.
251 Schwerstabhängige brauchen Hilfe, keine Strafverfolgung. Für sie wollen wir eine kontrollierte
252 medizinische Abgabe („Heroinprojekt“). Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter
253 Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform ermöglichen. Unser Ziel ist eine
254 wirksame und glaubwürdige Prävention und der Kinder- und Jugendschutz. Ausgeweitet und
255 verbessert werden müssen zudem die Angebote zur Therapie und zur Schadensminderung (z.B.
256 Drug-Checking-Programme).

257 **Bürgernahe Justiz**

258 Man kann sie nicht kaufen, aber es gibt sie nicht umsonst: eine unabhängige, bürgernahe,
259 schnell und effektiv arbeitende Justiz. Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, in
260 angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel Recht erhalten zu können. Das hat seinen
261 Preis. Eine Justizpolitik nach Kassenlage lehnen wir strikt ab und wenden uns gegen das Ansin-
262 nen, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe zusammenzustreichen. Damit würde den sozial
263 Schwächsten der Zugang zu rechtsstaatlichen Grundleistungen massiv erschwert.

264 An der Diskussion innerhalb der Justiz über stärkere Unabhängigkeit und Effizienz durch Selbst-
265 verwaltung wollen wir uns intensiv beteiligen. Eine Zusammenlegung von Arbeits-, Sozial- und
266 Verwaltungsgerichtsbarkeit lehnen wir ab. Wir wollen die Wahl der RichterInnen zum Bundes-
267 verfassungsgericht reformieren. Es geht nicht an, dass CDU/CSU und SPD die Besetzung der
268 Bundesgerichte unter sich ausklüngeln. Wir brauchen mehr Transparenz bei der Auswahl von
269 Richterinnen und Richtern.

270 Die Opfer von Straftaten brauchen Unterstützung. Einrichtungen der Opferhilfe wollen wir stär-
271 ken. Auszubauen ist auch das System der Entschädigung für Opfer von Gewalttaten. Das Sank-
272 tionensystem wollen wir reformieren. Und auch wenn es unbequem ist, sich manchmal gegen
273 eine von Massenmedien aufgepeitschte Stimmung zu behaupten: Wir stehen zum Resozialisie-
274 rungssprinzip. Kriminelle Handlungen gehören bestraft, aber der Gemeinschaft ist mehr damit
275 gedient, straffällig gewordene Menschen wieder in die Gesellschaft zurückzuführen, als sie ein-
276 fach nur für ein paar Jahre wegzusperren. In vielen Fällen gibt es intelligentere Lösungen als
277 Haft. Für Täter mit kurzen Haftstrafen soll alternativ gemeinnützige Arbeit verhängt werden
278 können. Das ist meist viel heilsamer als Knast. Bei uns wird zu oft Untersuchungshaft verhängt
279 und sie dauert zu lang. Für zu Unrecht Inhaftierte wollen wir die Haftentschädigung deutlich
280 anheben. Das muss uns die Freiheit allemal wert sein. Die Möglichkeit zur außergerichtlichen
281 Einigung z.B. durch Mediation als Mittel der Streitbeilegung wollen wir stärken. Doch der beste
282 Ansatz zur Verhinderung von Verbrechen ist die Prävention. Daher benötigen wir eine nationale
283 Präventionsstrategie.

284 **Wer GRÜN wählt, ...**

- | | |
|-----|--|
| 285 | ☞ ... macht Schluss mit der heimlichen Computer-Ausforschung und der Vorratsdatenspei-
286 cherung. |
| 287 | ☞ ... bringt den Datenschutz ins Grundgesetz. |
| 288 | ☞ ... erleichtert Einbürgerung und schützt Flüchtlinge. |
| 289 | ☞ ... spielt Bürgerrechte nicht gegen Innere Sicherheit aus. |
| 290 | ☞ ... zeigt klare Kante gegen jede Form der Diskriminierung. |

291 .

BTW-D-01 Bundestagswahlprogramm Demokratie wagen

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Demokratie wagen

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 9. Demokratie wagen – Ohne Input kein Output

2 Um die Demokratie ist es ruhig geworden in unserem Land. Thematisiert wird sie allenfalls,
3 wenn die Wahlbeteiligung wieder gesunken ist oder der Rechtsradikalismus weiter ansteigt.
4 Stattdessen rufen alle nach mehr Effizienz, mehr Kompetenz, mehr Qualität. Aber ohne das
5 Engagement und die Mitsprache der Betroffenen kann es keine guten Ergebnisse geben. Ohne
6 Demokratie gibt es weder Gerechtigkeit noch Freiheit. Ohne guten Input kein guter Output. 60
7 Jahre nach der Beschlussfassung des Grundgesetzes und 20 Jahre nach der friedlichen Revoluti-
8 on in Ostdeutschland sagen wir deshalb: Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen. Einen
9 grünen Neuen Gesellschaftsvertrag kann es ohne eine Erneuerung unserer Demokratie nicht
10 geben.

11 Der politische Raum wandelt sich rasant. Politische Verantwortung ist oftmals nur noch schwer
12 zuzuordnen. Die Zerfaserung politischer Entscheidungsebenen, die Globalisierung und ökonomische
13 Entgrenzung wie auch zahlreiche weitere Faktoren tragen dazu bei, dass sich unsere
14 demokratische Praxis wandelt: Die Rolle der Medien hat sich verändert, das V –Parteien-System
15 gehört der Vergangenheit an, Experten und Kommissionen definieren, was dem Gemeinwohl
16 vermeintlich förderlich ist. Lobbyisten interessensgeleiteter Think-Tanks gewinnen einen immer
17 größeren Einfluss auf die Gesetzgebung. All dies verlangt neue Antworten zur Stärkung von
18 Demokratie.

19 Mit dem Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir deshalb mit Ihnen über die Zukunft unserer
20 Demokratie nachdenken. Wir wollen unseren Verstand und unsere Leidenschaft einsetzen, um
21 hier neue Ideen und tragfähige Ansätze zu entwickeln.

22 Demokratie braucht eine neue Institutionenpolitik, die auf Teilhabe, Mitsprache und Transparenz
23 zielt. Öffentliche Institutionen gehen uns alle an! Und sie braucht einen neuen Republikanismus.
24 Gelebte Demokratie braucht bürgerschaftliche Einmischung, soziale Bewegungen und
25 den konstruktiven Streit um das Gemeinwohl. Unsere Partei - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – hat
26 sich aus den außerparlamentarischen Bewegungen heraus entwickelt. Heute wie früher verstehen
27 wir uns als Teil der Anti-Atom- und Ökologiebewegung, der Frauenbewegung, der globalisierungskritischen
28 -, der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung. Heute wie damals braucht die
29 Demokratie starke außerparlamentarische Stimmen, die das politische System in Bewegung
30 versetzen.

31 Mehr Demokratie zu wagen heißt für uns Geschlechterdemokratie verwirklichen. Im Bundestag
32 liegt der Frauenanteil bei gerade einmal 32%, in den Kommunen und Landtagen allerdings
33 erheblich niedriger. Die grüne Frauenquote ist eine Erfolgsgeschichte – und doch bleibt noch viel
34 zu tun. Mehr Demokratie zu wagen heißt der multikulturellen Vielfalt Rechnung tragen. Demokratie
35 braucht wechselseitige Anerkennung von Unterschiedlichkeit ebenso, wie die gemeinsame
36 Anerkennung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat.

37 Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie auf den verschiedenen Ebenen – von der Kom-
38 mune bis nach Europa. Und wir brauchen eine Erneuerung unserer Demokratie an den ver-
39 schiedenen gesellschaftlichen Orten - in der Schule, in der Hochschule, im Arbeitsleben oder im
40 Gesundheitswesen.

Demokratie wagen - BTW-D-01

41 Revival der Kommune

42 Die Kommune ist die politische Ebene, auf der die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben
43 vor Ort gestalten. Dort wird Demokratie am intensivsten gelebt. Die Kommune ist Ursprungsort
44 der demokratischen Bürgergesellschaft. Wesentliche Aufgabe der Stadt- und Kommunalpolitik
45 ist die Entwicklung einer glaubwürdigen Partizipationspolitik, der es gelingt, die vorhandene
46 Mitwirkungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger fruchtbar zu machen. Werden die Barrie-
47 ren zwischen Bürgern und Verwaltung abgebaut, so kann es auch gelingen, neues Bürgerenga-
48 gement zu mobilisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass die Verwaltungen von Städten und
49 Kommunen sich als dienstleistungsorientierte und bürgerfreundliche Kommunen verstehen mit
50 entsprechenden Angeboten. Bürgerinnen und Bürger müssen intensiver in die demokratische
51 Mitbestimmung kommunaler Angelegenheiten einbezogen sowie neue Instrumente, wie der
52 Bürgerhaushalt und der Quartiersfonds in benachteiligten Stadtteilen ausgebaut werden.

53 Wir wollen im Zuge der Föderalismusreform die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und
54 ihren Schutz vor staatlichen Eingriffen stärken. Demokratie in der Kommune braucht die Stimme
55 Aller. Auch Nicht-EU-BürgerInnen sollen deshalb ein kommunales Wahlrecht erhalten. Die
56 Kommunen brauchen zudem eine solide Finanzbasis, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Der
57 Bund muss die Möglichkeit erhalten, den Kommunen Aufgaben zu übertragen und ihnen die
58 dafür benötigten Finanzmittel direkt zukommen zu lassen. Wir halten an der Gewerbesteuer
59 fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Alle wirtschaftlich
60 Tätigen vor Ort sollen sich an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben beteiligen. Die
61 Grundsteuer wollen wir in ihrem Charakter als kommunale Vermögenssteuer und als Gegenlei-
62 stung für die kommunale Infrastruktur stärken.

63 Demokratisch verfasste Regionen

64 Ob Arbeiten, Wohnen, Einkaufen oder die Organisation der Gesundheitsvorsorge, der Müllab-
65 fuhr oder des Nahverkehrs – unsere Lebenswelt organisiert sich zunehmend regional. Alte Kon-
66 flikte, wie die interkommunale Konkurrenz, Gewerbeansiedlungen und der Lastenausgleich zwi-
67 schen Kernstädten und ihrem Umland, bestehen fort. Die Möglichkeiten der Problemlösung
68 überschreiten vielerorts alte Kreisgrenzen. Sie sind regional geworden. Wir brauchen deshalb
69 demokratisch legitimierte Institutionen, die diese vielfältig verflochtenen Lebens- und Wirt-
70 schaftsräume organisieren und repräsentieren; die den enormen Herausforderungen der demo-
71 grafischen Entwicklung, des ökonomischen Struktur- und Klimawandels und der wirtschaftli-
72 chen Konkurrenz der Regionen eine abgestimmte Strategie entgegenstellen. Zusätzlich zur Stär-
73 kung der Kommunen muss jetzt das regionale Prinzip in den Vordergrund treten. Hierzu bedarf
74 es demokratisch verfasster Regionen, die den anfallenden überörtlichen Aufgaben gerecht wer-
75 den und mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

76 Starker und transparenter Parlamentarismus

77 Demokratie braucht starke und transparente Parlamente. Wir wollen deshalb die Legislative
78 stärken – sowohl hinsichtlich einer sich verselbstständigenden Exekutive wie auch hinsichtlich
79 einer immer mehr Entscheidungen treffenden Judikative. Die Parlamente sind der demokrati-
80 sche Ort, in denen die wichtigen gesellschaftlichen Fragen im Rahmen der Verfassung zu ent-
81 scheiden sind. Wir wenden uns gegen ein Abschieben dieser Fragen in Expertenkommissionen
82 ebenso, wie eine Abschiebung der Verantwortung an das Bundesverfassungsgericht. Um die
83 Parlamente zu stärken ist auch Transparenz in Sachen Lobbyismus erforderlich. Die Bürgerinnen
84 und Bürger müssen besser nachvollziehen können, welche Verbände und Unternehmen Einfluss
85 auf ein Gesetz genommen haben. Korruption zerstört demokratische Strukturen. Wir wollen
86 Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten konsequent unter Strafe stellen. Das beste
87 Mittel gegen Korruption ist Transparenz. Notwendig ist ein bundesweites Korruptionsregister
88 über wirtschaftskriminell aufgefallene Unternehmen.

89 Parteien öffnen

90 Parteien sind wichtige Orte der Demokratie und der Artikulation von politischen Meinungen.
91 Hier entscheidet sich maßgeblich, wer die Bürgerinnen und Bürger in den Parlamenten vertritt.
92 Hier werden themenübergreifende politische Konzepte formuliert, die Weltanschauungen und

93 Interessen bündeln. Populistische Ressentiments gegen Parlamente und Parteien sind gefährlich
94 für unsere Demokratie. Umso problematischer ist es, dass die Parteien an Vertrauen und Binde-
95 wirkung verlieren. In den Parteien leisten Zehntausende von Engagierten wichtige Arbeit für
96 unsere Demokratie. Dennoch liegt es an den Parteien, sich zu öffnen und Platz zu schaffen für
97 neue Menschen mit neuen Ideen. Wir GRÜNE wollen eine Parteikultur, die Frauen und Männer
98 zur Mitarbeit und zur Debatte einlädt, anstatt sich abzuschotten. Wir GRÜNE setzen auf eine
99 Parteikultur, die für Quereinsteiger offen ist und auch eine projektbezogene, zeitlich begrenzte
100 Mitarbeit ermöglicht und damit gerade für junge Menschen attraktiv ist.

101 **Direkte Demokratie**

102 Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundes-
103 ebene wollen wir - bei Gewährleistung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes - die
104 direkte Beteiligung ausbauen. Mit der Stärkung des Petitionsrechtes halten wir die Kommunika-
105 tionskanäle zwischen den einzelnen Bürgern und dem Parlament offen.

106 **Europäische Demokratie**

107 Europäische Entscheidungen bestimmen immer stärker unser Leben. Deshalb brauchen wir
108 mehr Demokratie in Europa. Demokratie in Europa braucht eine starke europäische Öffentlich-
109 keit und einen lebendigen Austausch über die Grenzen hinweg, mit gemeinsamen Medien und
110 grenzübergreifende Debatten. Viele Jugendliche machen es uns heute schon vor. Und Europa
111 braucht starke demokratische Institutionen. Deshalb wollen wir das Europäischen Parlament
112 gegenüber der Kommission und dem Ministerrat weiter stärken – in der Außen- und Sicher-
113 heitspolitik, in der Sozialpolitik, in der Haushalts- und Steuerpolitik. Wir wollen die Bundesre-
114 gierung bei der Gesetzgebung des Europäischen Rates endlich unter eine wirksame Kontrolle
115 des Bundestages stellen. Wir brauchen auch intensive Bemühungen beim Aufbau gemeinsamer
116 europäischer Parteien, Verbände und sozialen Bewegungen. Um die Unionsbürgerschaft mit
117 Leben zu füllen kämpfen wir dafür, dass EU-Bürgerinnen und –Bürger, wenn sie in einem an-
118 deren EU-Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht haben, die dortige Regierung mit zu
119 wählen.

120 **Der Jugend eine Stimme**

121 Wir wollen Jugendlichen Lust auf die Demokratie machen, und sie nicht mit Scheinpartizipation
122 abschrecken. Wir wollen den Jugendlichen durch starke Jugendvertretungen auf allen politi-
123 schen Ebenen und durch das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren eine Stimme geben. Alle relevan-
124 ten Untersuchungen der letzten Jahre kommen zu dem Schluss, dass Jugendliche mitnichten
125 politikverdrossen und passiv sind, sondern sehr wohl großes Interesse am politischen Geschehen
126 haben. In dieser Situation ist es wichtig, jungen Menschen alternative Formen der politischen
127 Betätigung anzubieten. Jugendverbände leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Dort, wo Jugend-
128 lichen gehört und verstanden werden, ist Jugendbeteiligung ein Einstieg für eine weitere politi-
129 sche Betätigung, und das beste Fundament für unsere Demokratie.

130 **Partizipation in Schule und Hochschule**

131 Schulen und Hochschulen sind wichtige Orte, an denen Demokratie erprobt werden kann. Ler-
132 nen durch Demokratie findet nur statt in einer Schule, die anregungsreich, experimentell und
133 fehlerfreundlich ist. Es ist ein Widerspruch, wenn der Lehrende die Lernenden für unmündig
134 hält und zugleich Selbständigkeit und eigenes Urteil verlangt. Erreicht wird damit das Gegenteil:
135 Unselbständigkeit, ungenügendes Selbstvertrauen und die Orientierung an vorgegebenen Lö-
136 sungen. Lernende brauchen „Zeit für sich“ in Foren wie Klassenräten oder Schulkonferenzen
137 und partizipative, projektorientierte Lernformen. Die demokratische Schule zeichnet sich durch
138 Offenheit und Pluralität aus. Sie fördert eine forschende Einstellung zum Lernen und das for-
139 schende Entdecken und Erfinden. Was in der Schule begonnen wird, muss in der Hochschule
140 fortgesetzt und forciert werden. Wir setzen uns ein für die demokratisch verfasste Hochschule
141 und die Mitbestimmung durch Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen.

142

143

Demokratie wagen - BTW-D-01

144 Mitbestimmung in Arbeit und Wirtschaft

145 Auch in Wirtschaft und Arbeit brauchen wir mehr Mitsprache und Mitbestimmung. Wir wollen
146 die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen stärken.
147 Die Bildung von Betriebsräten und gewerkschaftliche Organisation sind dafür wichtige Voraus-
148 setzungen. Die Arbeitnehmerseite sollte in Zukunft bei Entscheidungen über große Unterneh-
149 mensumstrukturierungen – wie Verkäufen relevanter Unternehmensanteile oder Auslagerungen
150 rechtlich gestärkt werden. Wir wollen das "Unternehmensinteresse" im Aktienrecht konkreti-
151 sieren. Vorstände und Aufsichtsrat sollen so verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur am
152 „Shareholder Value“, sondern auch an den Arbeitnehmer- und Gemeinwohlinteressen auszu-
153 richten. Die Mitbestimmung muss zudem auch in Unternehmen mit europäischer Rechtsform
154 gewährleistet sein. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die nationalen Mitbestim-
155 mungsregelungen und ihre Weiterentwicklung nicht durch die Umwandlung von Unternehmen
156 mit ehemals nationaler Rechtsform in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gefährdet
157 werden.

158 Mehr wirtschaftliche Mitbestimmung bedeutet zudem, die Interessen von Arbeitslosen in den
159 Institutionen zu stärken. Mehr Wirtschaftsdemokratie wollen wir auch dadurch erreichen, dass
160 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Unternehmen beteiligt
161 werden. Gleichzeitig wollen wir die Mitsprache – und Beteiligungsrechte von Aktionären – ins-
162 besondere Kleinaktionären – in den Unternehmen stärken, die an der Börse sind. Notwendig ist
163 zudem eine Arbeitsverwaltung, die gemeinsam mit den Arbeitsuchenden an Lösungen arbeitet
164 und ihnen mehr Mitsprache einräumt. Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik samt einer kla-
165 ren Verantwortung der Kommunen sind dafür erforderlich.

166 Wer Grün wählt, ...

- | | |
|-----|--|
| 167 | ☞ ... wählt den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung. |
| 168 | ☞ ... stärkt Parlamente und schafft mehr Transparenz in der Politik. |
| 169 | ☞ ... stimmt öfter ab: Mit Volksbegehren und Volksentscheiden. |
| 170 | ☞ ... senkt das Wahlalter auf 16 und führt das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen ein. |
| 171 | ☞ ...stärkt Betriebsräte – auch bei Unternehmenserschlagungen und –Verlagerungen. |

172 .

BTW-O-01 Bundestagswahlprogramm Im Osten was Neues

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Im Osten was Neues

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 10. Im Osten was Neues – Perspektiven für die neuen und alten Länder

2 Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer sind die ostdeutschen
3 Bundesländer kaum wieder zu erkennen. Ein enormer Strukturwandel hat dort vieles umge-
4 krempelt. Dabei wurde den Menschen einiges abverlangt. Viele haben das in bewundernswer-
5 ter Weise hinbekommen und sich im Umbruch bewiesen. Dies kann die Menschen zu Recht mit
6 Stolz erfüllen und ist Ausdruck des enormen Wandels. Und es ist Auftrag für ein solidarisches
7 Miteinander in Zukunft. Das ist ein wichtiger Teil des Neuen Gesellschaftsvertrags, den wir vor-
8 schlagen.

9 Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution wollen wir, die wir auch aus der Bürgerrechtsbe-
10 wegung der DDR kommen, noch einmal an den Mut und die Courage der Menschen erinnern,
11 die mit ihrem Protest die friedliche Revolution durchgesetzt haben. Es war der friedliche Frei-
12 heitskampf dieser Menschen, der die Mauer zu Fall gebracht hat und zu einem globalen Epo-
13 chenwandel beigetragen hat. Damals wie heute gilt: Es ist der Mensch mit seiner Würde und
14 seiner Freiheit, dem unsere Politik verpflichtet ist. Gelebte Demokratie ist ein zentraler Grund-
15 wert. Aber wir wissen, dass Demokratie Tag für Tag aufs Neue verteidigt werden muss - im
16 Osten und im Westen.

17 Zwanzig Jahre nach der Einheit bleibt noch etliches zu tun. Im innerdeutschen Vergleich stellt
18 sich die Gerechtigkeitsfrage. Zahlreiche junge Menschen im Osten, gerade hochqualifizierte
19 Frauen, sehen für sich keine Chance, spüren gesellschaftliche Blockaden und wandern ab. We-
20 gen fehlender Perspektiven gehen der Region Kreativität, Wachstum und Beschäftigung verlo-
21 ren. Derzeit liegt das ostdeutsche Pro-Kopf-Einkommen ein Drittel unter dem westdeutschen
22 Durchschnittswert, Ostrenten sind niedriger als Westrenten und die Langzeitarbeitslosigkeit ist
23 in Ostdeutschland überdurchschnittlich hoch. Damit wollen und können wir uns nicht abfinden.

24 Zu den Erfahrungen der Vergangenheit gehört, dass sich der "Nachbau West" als ungeeignetes
25 Leitbild für den "Aufbau Ost" erwiesen hat. Gesamtdeutsche Herausforderungen wie die de-
26 mografische Entwicklung oder die Globalisierung treffen in Ostdeutschland auf regionale Be-
27 sonderheiten und zeigen sich in besonderer Schärfe. Es bedarf daher eines zielorientierten und
28 differenzierten Ansatzes, der auf die Potenziale vor Ort setzt, den Blick über den Tellerrand
29 wagt und neuen Entwicklungen die Pfade ebnet. Dabei können auch westdeutsche Regionen
30 im Strukturwandel viel von den neuen Ländern lernen. Denn es gibt Bereiche, in denen die ost-
31 deutschen Bundesländer bessere Ausgangsbedingungen für die Bewältigung neuer Herausfor-
32 derungen vorweisen als westdeutsche. Im Bereich der frühkindlichen Bildung besuchen zum
33 Beispiel 95% aller Kinder im Vorschulalter einen Ganztagskindergarten und bei den Hochschu-
34 len gibt es oftmals eine bessere Ausstattung bei Lehre und Betreuung. Unser Ziel ist es, gerade
35 den Osten als Bildungsstandort zu etablieren, doch dafür braucht es Investitionen und verän-
36 derte Rahmenbedingungen, um Menschen zu ermutigen, hier ihre Chancen zu ergreifen.

37 Wirtschaftsförderung, die wirkt

38 Leider gelten im Solidarpakt immer noch in erster Linie Bau- und Anlageinvestitionen als echte
39 „Investitionen“, sodass fünfmal mehr Geld in Verkehrsinfrastruktur und die klassische Wirt-
40 schaftsförderung fließt als in Bildung, Innovation, Forschung und Entwicklung. Statt zehn Kilo-
41 meter Autobahn zu bauen könnte man auch ein Fraunhofer-Institut finanzieren. Wir wollen die

Im Osten was Neues - BTW-O-01

42 Investitionszulage in eine Innovationszulage umwandeln, um nachhaltige Unternehmensstruk-
43 turen zu fördern und nicht den Osten bloß als verlängerte Werkbank des Westens zu erschlie-
44 ßen. Und wir wollen aus dem Geld des Solidarpaktes auch einen Grünen Zukunftsfond finan-
45 zieren und damit einen Philosophiewechsel in der Wirtschaftsförderung einleiten. Aus dem
46 Fonds sollen innovative Ideen teilfinanziert und so wirtschaftliche Impulse für regionale Wert-
47 schöpfungsketten gegeben werden. Themenfelder für viel versprechende Konzepte gibt es vie-
48 le: nachhaltige Energiekonzepte, die Kreativwirtschaft, die Bedürfnisse älterer Menschen, die
49 Einwanderung oder den Tourismus. Und auch die medizinische Versorgung im ländlichen
50 Raum, die flächendeckende Infrastruktur im Bereich der frühkindlichen Bildung, die Schulhorte
51 oder innovative Lösungen für die kommunale Daseinsvorsorge in einer schrumpfenden Gesell-
52 schaft sind wichtige Ansatzpunkte für wirtschaftliche Kreativität. Auch schrumpfende Städte
53 bieten unerschlossene Potenziale. Wir machen Politik mit Köpfchen und nicht mit der Birne:
54 Stadtumbau statt Abriss. Wir wollen die Innenstädte stärken, Altbausubstanz erhalten und in
55 Stadtumbauegebieten vielfältige Formen des Wohnens fördern.

56 Zur Umsetzung guter Ideen setzen wir auf unbürokratische Kredite. Besonders wichtig ist uns:
57 Antragsteller sollten ihre Kraft und ihre Zeit nicht damit verschwenden, ihre Ideen an Förder-
58 richtlinien anzupassen und sie in eine technokratische Verwaltungslogik einzuzwängen. Die
59 Verwaltung muss sich anpassen, nicht die Kreativität.

60 Energie- und Umwelttechnologien ausbauen

61 Sehr große wirtschaftliche Entwicklungspotentiale für die Neuen Bundesländer liegen in den
62 teilweise noch jungen und forschungsintensiven Zukunftsfeldern. Im Bereich der Energie- und
63 Umwelttechnologie beispielsweise hat sich Ostdeutschland bereits als führender Standort eta-
64 bliert. Daran wollen wir anknüpfen. Das wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist zudem, Ost-
65 deutschlands Energieversorgung mittelfristig 100 % erneuerbar zu entwickeln. All das schafft
66 Tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen vor Ort.

67 Perspektiven für junge Menschen

68 Wir wollen den Osten als Lebens- und Arbeitsort so stärken, dass junge Menschen hier ihre
69 Zukunft sehen und ein Leben mit einem Einkommen zum Auskommen führen können. Es soll
70 für sie attraktiv sein, wiederzukommen, wenn sie weg waren, oder auch neu in den Osten zu
71 ziehen. Das Recht auf einen qualifizierten Schulabschluss und eine Ausbildung wollen wir u.a.
72 durch ein flächendeckendes Netz von Produktionsschulen sicherstellen, in denen berufliche
73 Ausbildung mit erwerbsorientierter Produktion verknüpft werden. Denn gerade in Ostdeutsch-
74 land mislingt zu vielen jungen Menschen der Übergang von der Schule in die Ausbildung. Oft
75 werden sie in monate- und jahrelange Warteschleifen im Übergangssystem gezwungen. Das ist
76 eine skandalöse Verschwendung von Talenten und Lebenszeit, mit der wir Schluss machen
77 wollen.

78 Gleichbehandlung im Alter

79 Die derzeitige Praxis der unterschiedlichen Rentenpunkt-Bewertung zwischen Ost und West
80 spricht dem Vollzug einer tatsächlichen Einheit Hohn. Wir fordern gemäß dem Gleichheits-
81 grundsatz des Grundgesetzes eine gleiche Bewertung von Lebens-Arbeitsleistungen. Ein tat-
82 sächlicher Grund für die praktizierte Ungleichbehandlung der RentnerInnen Ost und West ist
83 nicht gegeben. Gerade auch für die heranwachsenden Generationen im Osten wird mit einer zu
84 erwartenden höheren Rentenzahlung im Westen ein ungerechtfertigter Anreiz für einen Weg-
85 zug und eine Erwerbstätigkeit im Westen gegeben. Das fördert falsche demografische Entwick-
86 lungen zusätzlich und schwächt die Neuen Bundesländer in ihrer Entwicklung.

87 Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft nutzen

88 Traditionell ist der Osten geprägt durch einen überproportionalen Anteil der Land- und Ernäh-
89 rungswirtschaft. Wir setzen auf eine ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige, gentechnik-
90 freie Produktion: klimaschonend, umweltschonend und beschäftigungsintensiv. Eine besondere
91 Rolle kommt dem ökologischen Landbau zu. Wir wollen bessere und verlässlichere Rahmenbe-
92 dingungen bei der Förderung des ökologischen Anbaus und eine deutliche Anhebung der Um-

93 stellungs- und Beibehaltungsprämien. Im verarbeitenden Bereich wollen wir durch besondere
94 Förderprogramme erreichen, dass ein höherer Anteil der arbeitskraft- und wertschöpfungsinten-
95 siven „Veredlung“ in der Region erfolgt. Die Hochschulen in ländlichen Regionen sollen zu Im-
96 pulsgebern werden. Durch den Aufbau von Kompetenzzentren können sie Forschung, Bera-
97 tung, Weiterbildung und die Vermarktung vorantreiben.

98 **Exzellenzinitiative auf die Lehre ausweiten**

99 Die Studienbedingungen an einigen ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen sind
100 überdurchschnittlich. Diese Stärke wollen wir gezielt ausbauen, damit mehr StudienanfängerIn-
101 nen die Chance wahrnehmen, im Osten zu studieren. Für uns sind die Köpfe unser Kapital und
102 Bildung der Standortvorteil Ost schlechthin. Wir wollen bessere familienfreundliche Studienan-
103 gebote und Wissenschaftsbedingungen entwickeln, zum Beispiel durch ein umfassendes Ange-
104 bot an Teilzeitstudienplätzen und hochschuleigenen Kindertagesstätten.

105 **Wer GRÜN wählt, ...**

- | | |
|-----|---|
| 106 | ☞ ... macht den Osten für junge Menschen attraktiv. |
| 107 | ☞ ... wählt eine intelligente Stadtumbaupolitik statt die Abrissbirne. |
| 108 | ☞ ... macht den Osten zum Innovationszentrum und nicht zur Werkbank West. |
| 109 | ☞ ... stimmt für die Angleichung der Renten in Ost und West. |
| 110 | ☞ ... wählt Zusammenwachsen von Ost und West statt Geschichtsklitterung. |

111

112 .

BTW-H-01 Bundestagswahlprogramm Die Hälfte der Macht

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Die Hälfte der Macht

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 11. Die Hälfte der Macht - Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

2 Gleichberechtigung ist nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Hier hat sich in den letzten
3 vier Jahren wenig bewegt und Gleichstellungspolitik war ein weißer Fleck in der Politik der Gro-
4 ßen Koalition. Ob bei der Höhe der Löhne, bei den Karrierechancen oder bei der doppelten Be-
5 lastung mit Familie und Beruf: Diese Blockaden müssen überwunden werden, damit wieder Be-
6 wegung in die Geschlechterverhältnisse kommt. Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag gründet
7 auf einer neuen Solidarität zwischen den Geschlechtern. Wir wollen uns vom Modell des Allein-
8 ernährers, der mit seinem Gehalt die Familie ernähren muss, ebenso verabschieden, wie von
9 dem der teilzeitbeschäftigten Zuverdienerin, die ihre eigene Existenz nicht sichern kann. Wir
10 wollen, dass Frauen und Männer auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen, gleiche Chan-
11 cen und Rechte haben und Sexismus im Alltag endlich der Vergangenheit angehört. Die Gleich-
12 stellung von Frauen und Männern ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Und für uns ist
13 Frauenpolitik ein eigenständiger Politikbereich, der nicht mit Familienpolitik gleichgesetzt wer-
14 den kann.

15 Eine junge Frauengeneration hat den Feminismus selbstbewusst für sich reklamiert. Denn trotz
16 der Erfolge der Frauenbewegung bleibt viel zu tun und manches Erreichte muss immer wieder
17 neu verhandelt werden. Das gilt sowohl für die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, als
18 auch im Privaten. Junge Frauen wollen Beruf und Kinder, ohne dabei in eine finanzielle Abhän-
19 gigkeit – sei es vom Ehemann, Partner oder Vater Staat zu geraten. Wir brauchen einen Femi-
20 nismus für die neue Zeit, der solidarisch und generationenübergreifend ist. Verbündete kann
21 dabei eine neue Männergeneration sein, aufgewachsen mit erwerbstätigen Müttern und gut
22 ausgebildeten Schwestern, die Gleichberechtigung im Alltag bereits erlebt hat. Der alte Gesell-
23 schaftsvertrag hat auch darauf gegründet, dass „Frauen am Herd“ den Männern größtenteils
24 die Arbeitswelt, die Politik und die Macht überließen. Er hat aus einem kleinen Unterschied ei-
25 nen großen Unterschied gemacht. Das Arbeitsprogramm hin zu einer geschlechtergerechte Ge-
26 sellschaft ist umfangreich und es fordert uns allen etwas ab. Der Abschied von der vermeintli-
27 chen Sicherheit traditioneller Geschlechterordnung birgt aber auch mehr Wahlmöglichkeiten
28 und damit mehr Freiräume und Selbstbestimmung für alle.

29 Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

30 In vielen Bereichen des Arbeitsmarktes halten sich die traditionellen Geschlechterrollen zäh und
31 hartnäckig. Um das zu verändern, müssen wir auch an vielen Stellen ansetzen. Die „gläserne
32 Decke“ ist immer noch intakt und undurchlässig, der Anteil von Frauen in Führungspositionen
33 steigt kaum. Und aller Familienrhetorik der großen Koalition zum Trotz: Mütter in Führungsposi-
34 tionen gibt es wenig. Die Arbeitszeiten von Müttern sinken, die von Vätern steigen. Die Ver-
35 einbarkeit von Kindern und Beruf bleibt ein ungelöstes Problem, das an den Frauen hängen
36 bleibt. Wir können und wollen uns weder diese Ungerechtigkeit noch diese Ressourcenvergeu-
37 dung weiter leisten.

38 Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit Personalentwicklungsplänen
39 und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung. Die Ausgestaltung der
40 Maßnahmen soll nach Branchen und Betriebsgrößen flexibel gehandhabt werden. Öffentliche
41 Aufträge sollen bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die Gleichstellung ernst nehmen.

42 Und wir setzen uns dafür ein, dass Aufsichtsräte zu mindestens 40% mit Frauen besetzt sein
43 müssen. Das norwegische Beispiel zeigt, dass eine solche Quote funktioniert. Wir wollen mehr
44 Frauen als Unternehmerinnen gewinnen. Bei der Ausbildungsplatz- und Berufswahl wollen wir
45 junge Frauen unterstützen, verstärkt auch vermeintliche Männerberufe auszuprobieren. Dann
46 würden den Unternehmen auch weniger Fachkräfte fehlen.

47 **Eigenständige Existenz**

48 Wir streben eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote an, aber nicht so wie das bisher
49 geschieht durch Teilzeit und Minijobs. Denn das schafft nur neue Probleme wie Armut von
50 Frauen im Alter. Wir brauchen einen Umbau der Sozialversicherungen und des Steuersystems,
51 bei dem perspektivisch die vom Partner abgeleiteten Ansprüche zugunsten einer individuellen
52 Absicherung abgeschafft werden. Dazu gehört etwa eine Bürgerversicherung in der Kranken-
53 versicherung, die unabhängig vom Familienstand eine Absicherung bietet. Bestehende negative
54 Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting, die Subventionierung von Minijobs oder die kosten-
55 freie Mitversicherung von EhegattInnen sollen perspektivisch wegfallen. Für ein selbstbestimm-
56 tes Leben ist eine eigenständige Existenzsicherung unerlässlich. Das neue Unterhaltsrecht for-
57 dert von Geschiedenen, sich zügig um eine eigene Erwerbstätigkeit zu kümmern. Wenn dazu
58 allerdings nicht schleunigst weitere Veränderungen, wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die
59 Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Übernahme der Verantwortung durch die Väter hinzu-
60 kommen, werden die Frauen die Verliererinnen dieser Reform sein.

61 **23% weniger wert?**

62 In kaum einem anderen der 27 EU-Länder sind die Lohnunterschiede zwischen Frauen und
63 Männern so hoch wie bei uns in Deutschland. Im Durchschnitt bekommen Frauen 23% weni-
64 ger. Das hat viele Ursachen: die hohen Teilzeitquote von Frauen – meist aus familiären Grün-
65 den, die traditionelle Schlechterbewertung typischer „Frauenberufe“ und direkte Diskriminie-
66 rung – weniger Lohn für dieselbe Arbeit. Immer öfter klagen Frauen dagegen. Wichtig ist ein
67 echtes Verbandsklagerecht im Antidiskriminierungsgesetz, damit Frauen nicht alleine gegen die
68 Firmen klagen müssen. Und neben den Tarifparteien muss auch der Staat mit einer Überarbei-
69 tung der Eingruppierungskriterien des Öffentlichen Dienstes endlich seinen Beitrag dazu leisten,
70 dass wir diese beschämende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern schleunigst abbauen.

71 **Schutz vor Gewalt**

72 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem. Mit
73 dem rot-grünen Gewaltschutzgesetz können viele ihre Rechte besser durchsetzen, Beratungs-
74 stellen und Frauenhäuser bleiben aber weiterhin notwendig. Gerade für viele Migrantinnen sind
75 sie wichtige Schutzräume. Hohe Qualitätsstandards und die langfristige Absicherung der Finan-
76 zierung sind dafür erforderlich. Ein Teil der Länder zieht sich aus der Frauenhausfinanzierung
77 zurück. Diese muss staatliche Pflichtaufgabe werden, der Bund muss gemeinsam mit den Län-
78 dern wirksamen Schutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Kinder sichern.

79 Auch in Deutschland sind viele Mädchen, die durch Flucht oder Migration hierher kommen, von
80 Genitalverstümmelung betroffen. Wir wollen die ausdrückliche Aufnahme dieser Menschen-
81 rechtsverletzung ins Strafgesetzbuch und eine umfassende Informationskampagne.

82 Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir die Opfer stärken. Nur
83 wenn wir sie unterstützen, ihnen Schutz und Perspektiven bieten, werden sie bereit sein, gegen
84 die Täter auszusagen. Und in den meisten Fällen sind die Aussagen der Opfer die wichtigste
85 Grundlage, um die Täter verfolgen und verurteilen zu können. Die Gewinne aus Frauen- und
86 Menschenhandel müssen beschlagnahmt und den Opfern zugute kommen. Wir wollen Freier,
87 die wissentlich Zwangsprostituierte aufsuchen, auch strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.

88 **Körper und Selbstbestimmung**

89 Medien und Werbung üben vor allem mit ihrem Mantra „schlank ist schön“ so großen Druck
90 auf viele Menschen aus, dass diese krank werden. Essstörungen prägen den Alltag vieler Mäd-
91 chen und hinterlassen oft bleibende körperliche und seelische Schäden. Auch junge Männer
92 sind längst vom körperlichen Normierungswahn erfasst. Aber Schönheit existiert in allen Grö-

Die Hälfte der Macht - BTW-H-01

93 Ben. Wir wollen einen entspannten und selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper,
94 dem Aussehen und dem Alter.

95 Zum selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper gehört auch, dass sich jede Frau für
96 oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden kann. Für Konfliktsituationen wollen wir, dass ihr
97 ein breit gefächertes freiwilliges Beratungsangebot offen steht. Eine Pflichtberatung lehnen wir
98 ebenso wie die strafrechtliche Verfolgung von Abbrüchen ab. Eine verbesserte Sexualaufklärung
99 sowie ein partnerschaftlicher Umgang mit Verhütungsmitteln sind ebenso wichtig wie der einfache
100 Zugang zur „Pille danach“.

101 **Frauen in der Politik – Politik für Frauen**

102 Seit 90 Jahren haben Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Im Bundestag liegt der Frauenanteil
103 dennoch erst bei 32%, in den Kommunen und Landtagen allerdings erheblich niedriger. Wir
104 setzen uns für unterstützende Maßnahmen, auch gesetzliche, zur Erhöhung des Frauenanteils
105 ein. Politische Maßnahmen und gerade die Ausgabenpolitik des Staates haben für Frauen und
106 Männer unterschiedliche Auswirkungen. Es ist unsere Aufgabe das bereits im Vorfeld immer
107 mitzubedenken: Durch diese Methode des Gender Mainstreamings haben wir effektive Mög-
108 lichkeit geschlechtergerechter und effektiver zu handeln.

109 **Neue Männer braucht das Land**

110 Geschlechterpolitik beinhaltet auch die Belange von Jungen und Männern. Inzwischen werden
111 auch die negativen Auswirkungen traditioneller Geschlechterrollen für Männer deutlich. Chan-
112 cengleichheit und Rollenvielfalt werden ihre Möglichkeiten erweitern. Sowohl im Erwerbs- wie
113 auch im Privatleben werden von Männern neue Wege und Verhaltensweisen gefordert. Gleich-
114 zeitig bleiben die traditionellen Rollen mit ihren zentralen Bestandteilen Erwerbsarbeit und Allei-
115 nernährerrolle sehr stabil. In der Bildungsdebatte erhalten Jungen, vor allem aus bildungsfernen
116 Schichten oder mit Migrationshintergrund, schnell das Label „Verlierer“. Positive Rollenvorbilder
117 können bei gleichzeitiger Reflektion der klassischen Geschlechterrollen Vorteile für beide Ge-
118 schlechter bringen. So wollen wir beispielsweise den Anteil der Männer beim pädagogischen
119 Personal in Kitas und Grundschulen deutlich erhöhen.

120 **Wer GRÜN wählt, ...**

- | | |
|-----|--|
| 121 | ☞ ... wählt Feminismus für die neue Zeit. |
| 122 | ☞ ... wählt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. |
| 123 | ☞ ... bringt mehr Frauen in Vorstände und Aufsichtsräte. |
| 124 | ☞ ... wählt eine eigenständige soziale Sicherung für Frauen. |
| 125 | ☞ ... macht Schluss mit dem körperbezogenen Normierungswahn. |

126

127 .

BTW-K-01 Bundestagswahlprogramm Vorsicht Kultur

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Vorsicht Kultur

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 12. Vorsicht Kultur! – Kreativität als Stein des Anstoßes

2 Die Neuorientierung des Neuen Gesellschaftsvertrags ist auch eine kulturelle Aufgabe. Kultur
3 und Kunst sind ein wichtiger Bestandteil des Lebens - ob aktiv oder als Konsumentin, ob als
4 Hiphopper, Punk oder als Opernfan, als Theaterbesucherin oder Filmliebhaber. Kultur und
5 Kunst ermöglichen uns einen neuen Blick auf die Dinge, auf die Welt. Kunst und Kultur finden
6 sich nicht nur in Museen, Theatern oder Kinos, sie finden sich auch in Lebensformen und Le-
7 bensstilen, in Sub- und Jugendkulturen, in Architektur, Mode, Essen und vielem mehr.

8 Kultur und Kunst brauchen Freiheit. Sie sind eigenartige und störrische Wesen. Sie legen Wert
9 darauf, sich nicht vereinnahmen zu lassen, schon gar nicht von der institutionellen Politik oder
10 wirtschaftlichen Interessen. Standpunkte und Erfahrungen werden experimentell verändert und
11 neu zusammen gefügt. Insofern sind Kultur und Kunst hoch politisch und geben wichtige Im-
12 pulse für die Entwicklung des politischen Denkens und Handelns und für die Selbstverständi-
13 gung einer Gesellschaft.

14 Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir die Botschaften und Wahrnehmungshilfen von Kultur
15 und Kunst, die uns sagen: es gibt noch andere Wege als die, die wir kennen. So werden Inno-
16 vationen angeregt, die wirklich Neues bringen. Grüne Politik möchte Kreativität nicht in den
17 Dienst des Bestehenden nehmen, sondern als Stein des Anstoßes und der Veränderung.

18 Aus all diesen Gründen ist eine Stärkung kultureller Räume individuell wie gesellschaftlich so
19 wichtig. Die Erhaltung und Schaffung der kulturellen Infrastruktur aus Jugendzentren, Ateliers,
20 Proberäumen, Stadttheatern, Aufführungs- und Ausstellungsorten ist ein wichtiges Ziel einer
21 Strategie der öffentlichen Institutionen und des öffentlichen Raums – ob in staatlicher Träger-
22 schaft, durch die Förderung privater, selbstorganisierter Initiativen oder soziokultureller Zentren.
23 Wir setzen uns ein für die Öffnung der kulturellen Einrichtungen und ermutigen auch Ehren-
24 amtliche zur Mithilfe bei der Vermittlung von Kunst und Kultur in alle Bereiche der Gesellschaft.

25 Wir stehen zum Abkommen der UNESCO zum Schutz der kulturellen Vielfalt und halten wei-
26 terhin an der Überzeugung fest, dass Kultur weit mehr ist als ein Wirtschaftsgut. Kulturelle
27 Vielfalt ist eine Quelle kreativer Erneuerung und eine Ressource für die Zukunft.

28 Notwendig ist eine finanzielle Stärkung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturauf-
29 gaben ebenso wie die Förderung künstlerischer Initiativen. Die Verankerung des Staatsziels
30 Kultur im Grundgesetz würde zur Stärkung der Kultur gerade in den Kommunen beitragen.
31 Öffentliche Institutionen wie Bundeskulturstiftung und Hauptstadtkulturfonds zeigen, dass För-
32 derung und Unterstützung auch jenseits der großen Kultureinrichtungen zahlreichen künstleri-
33 schen Akteuren zukommen kann. Das wollen wir weiter ausbauen.

34 Kultur für Stadt und Land

35 In großen Städten wie auch auf dem Land sind öffentliche Kultureinrichtungen bedroht. Ju-
36 gendhäuser, Kinos und Kulturinitiativen wurden geschlossen oder stehen vor dem Aus. Die
37 kulturelle Infrastruktur in Deutschland bröckelt schon heute an allen Ecken und Enden, nicht nur
38 in der baulichen Substanz. Dabei ist der Verfall langsam, schleichend und meist auch ziemlich
39 geräuschlos. Wir setzen uns für eine lebendige Kultur ein, und dafür, dass keine Region im Zuge
40 des demografischen Wandels kulturell abgehängt wird. Die Balance zwischen den unterschiedli-

Vorsicht Kultur - BTW-K-01

41 chen Kulturen, Angeboten, Institutionen muss deutlicher austariert werden. Der zunehmenden
42 Verödung der Innenstädte setzen wir eine Idee einer Stadtkultur entgegen, die auf öffentliche
43 Räume, Vielfalt und Begegnung setzt. Dörfer und der ländliche Raum dürfen nicht zu Zonen der
44 kulturellen Ödnis werden. Gerade junge Menschen dürfen nicht an den Rand gedrängt werden
45 sondern brauchen öffentliche Räume für ihre Kreativität.

46 Kulturschaffende stärker in den Blickpunkt nehmen

47 Kulturschaffende in Deutschland brauchen angemessene steuerliche und rechtliche Rahmenbe-
48 dingungen. Ihre soziale Lage muss verbessert und künstlerischer Nachwuchs vielfältig gefördert
49 werden. Wir wollen mehr soziale Sicherheit für die unterschiedlichsten Beschäftigungen und
50 Arbeitsverhältnisse in der Kultur schaffen - ob im Kulturbetrieb, in der Kreativwirtschaft, als
51 Selbstständiger oder als abhängig Beschäftigter, ob als unetete Beschäftigung oder als Prakti-
52 kant. Bei der Einführung der Bürgerversicherung wollen wir die Prinzipien der Künstlersozialver-
53 sicherung erhalten.

54 Kulturelle Bildung

55 Kulturelle Bildung ist eine wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik. Kinder und Jugendliche haben
56 das Recht auf Entfaltung einer eigenständigen Persönlichkeit und eines erfüllten Lebens. Jedes
57 Kind muss die Chance erhalten, seine kreativen Fähigkeiten zu spüren und zu nutzen und auf
58 diese Weise Selbstachtung und Anerkennung anderer zu gewinnen. Wir treten dafür ein, dass
59 kulturelle Einrichtungen – von der Bibliothek bis zum Proberaum – allen offen stehen. Deshalb
60 wollen wir hier in die Infrastruktur investieren und die kulturelle Teilhabe attraktiv machen.

61 Erinnerungskultur lebendig halten

62 Die Erinnerung an die Geschichte bleibt nur wach, wenn wir sie lebendig halten. Die Verant-
63 wortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus muss ihren Niederschlag in
64 einer vielfältigen Erinnerungskultur finden. Diese ist umso wichtiger, als bald keine Überleben-
65 den und Zeitzeugen des Nationalsozialismus von ihrer Erfahrung werden berichten können. Wir
66 GRÜNE sind deshalb dafür, dass neben den KZ-Gedenkstätten als Lernorten zivilgesellschaftli-
67 che Initiativen stärker gefördert werden und der Schulunterricht innovativer gestaltet wird. Nur
68 so kann der Staffelstab der Erinnerung an kommende Generationen weiter gegeben werden.

69 Auch die Geschichte der DDR als Unrechtsstaat muss weiter aufgearbeitet werden. Dazu ist die
70 Stasi-Unterlagen-Behörde eine unverzichtbare Institution. Die Auseinandersetzung mit dem
71 Leben in der DDR muss Bestandteil der schulischen Bildung in Ost- und Westdeutschland wer-
72 den.

73 Auswärtige Kulturpolitik

74 Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Auswärtige Kulturpolitik und kulturübergreifende Kunst gehören
75 zu den wichtigsten Instrumenten für Völkerverständigung. Die auswärtige Kulturpolitik soll des-
76 halb gestärkt werden, insbesondere die staatsfernen Mittlerorganisationen wie Goethe-Institute
77 und DAAD. Die Intensivierung des internationalen Kulturaustausches ist ebenso notwendig wie
78 die stärkere Verzahnung von auswärtiger und innerer Kulturpolitik. Wir begreifen kulturelle Ver-
79 ständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa. Von daher halten wir es für
80 notwendig, das sich Deutschland stärker in die kulturpolitischen Klärungs- und Entscheidungs-
81 prozesse der Europäischen Union einmischt.

82 Vielfältige Medienlandschaft

83 Der Zugang zu Information und Wissen sind heute für uns alle wichtiger denn je. Einen ent-
84 scheidenden Beitrag zur Informations- und Wissensvermittlung leisten die Medien. Wir GRÜNE
85 setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Dies ist für
86 uns Grundlage einer lebendigen Demokratie. Dazu gehören die Unabhängigkeit und Vielfalt der
87 Medien, die Stärkung von Bürgermedien, Offenen Kanälen und Blogs und ein Internet-
88 Breitbandzugang für alle. Durch einen qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
89 der politisch unabhängig ist und bleibt, wollen wir die mediale „Grundversorgung“ für alle ge-
90 währleisten - auch über das Internet.

91 Mit Sorge sehen wir, wie die vielfältige Zeitungslandschaft in Deutschland unter immer stärkeren
92 ökonomischen Druck gerät. Unsere Demokratie kann sich ein Marktversagen auf diesem
93 Sektor nicht leisten. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise wollen wir hier deshalb helfen,
94 dass die „vierte Gewalt“ nicht immer mehr unter den Hammer kommt.

95 **Sport, Spiel und Spannung für eine bewegte Gesellschaft**

96 Kultur heißt auch Sportkultur. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemein-
97 schaft Sport treiben sind neben der Gesundheitsprävention wichtige Erfahrungen in allen Al-
98 tersgruppen, die Aktivität und Miteinander stärken. Der Zugang zu Schwimmbädern und an-
99 deren sportlichen Einrichtungen darf sich nicht am Geldbeutel entscheiden. Wir brauchen eine
100 neue Offensive im Bau und Umbau von Sportstätten und wir brauchen mehr Sportgelegenhei-
101 ten in einer spiel- und bewegungsfreundlichen Umwelt. Ehrenamtliches Engagement im Sport
102 wollen wir fördern. Durch den Sport werden weltweit Brücken gebaut und Verbindungen ge-
103 knüpft. Wir fordern einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport. Rassismus und
104 Homophobie haben im Stadion nichts verloren. Gemeinsam mit Verbänden, Vereinen, Stadion-
105 betreibern und Fans zeigen wir dem Hass die rote Karte.

106 **Wer Grün wählt, ...**

- | | |
|-----|--|
| 107 | ☞ ... stimmt für eine Kulturpolitik, die anstößt statt einschläfert. |
| 108 | ☞ ... fördert kulturell starke Städte und Regionen. |
| 109 | ☞ ... schafft bessere steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für Kulturschaffende. |
| 110 | ☞ ... stärkt die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche. |
| 111 | ☞ ... sorgt für eine vielfältige Medienlandschaft, an der alle teilhaben können. |

112 .

BTW-I-01 Bundestagswahlprogramm Digital ist besser

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Digital ist besser

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 13. Digital ist besser – Für ein freies Internet

2 Bloggen, twittern, podcasten oder einfach nur (herum)surfen - sei es der Bücherkauf oder das
3 Durchstöbern von Reiseangeboten, die Jobsuche oder der Versuch, den Partner fürs Leben zu
4 finden: Wir befinden uns mitten im digitalen und vernetzten Zeitalter mit seinen vielfältigen
5 innovativen Angeboten und einem ungeheuren Mehr an individuellen Kommunikations- und
6 Informationsfreiheiten.

7 Wir GRÜNE wollen in einem Neuen Gesellschaftsvertrag diese digitalen Potenziale nutzen: Uns
8 geht es um gerechte Zugangschancen für alle Menschen auf dieser Welt. Das Recht auf einen
9 freien Zugang zum Internet ist eine entscheidende Teilhabefrage des 21. Jahrhunderts. Wer
10 keinen Zugang hat ist schnell abgehängt. Eine lückenlose Breitbandversorgung ist ebenso wie
11 ein öffentlicher WLAN-Zugang wesentlicher Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Für diese
12 kämpfen wir. Die digitale Spaltung in unserer Gesellschaft wollen wir sowohl in Deutschland als
13 auch weltweit überwinden.

14 Die grüne digitale Welt ist nachhaltig. Umwelt- und Gesundheitsschäden bei der Produktion
15 von Handys und PCs oder neue Kohlekraftwerke für Rechenzentren darf es genauso wenig ge-
16 ben wie Elektroschrott, der um die halbe Welt verschifft wird und als „Entwicklungshilfe“ auf
17 Müllkippen landet. Wir setzen auf nachhaltige IT- und Kommunikationslösungen statt auf kurze
18 Lebenszyklen und ein überdimensioniertes Mehr an Leistung, Speicher und Pixeln. Offene For-
19 mate, Lizenzen wie Creative Commons und Freie Software wollen wir fördern, um Inhalte,
20 Software und Technik so zu gestalten, dass sie von möglichst vielen umfassend genutzt werden
21 können.

22 Das Internet ist oft der letzte Hort der Freiheit in den Diktaturen unserer Zeit und das einzige
23 Tor zur freien Kommunikation. Wir GRÜNE wollen eine freie Internetkultur. Diese wird aber
24 immer öfter bedroht. Staatliche Institutionen und viele Unternehmen wollen das Internet ein-
25 schränken, ihm die Freiheit nehmen. Pauschale Sperrungen, die Filterung des Datenverkehrs
26 sowie massenhafte und unbegründete Speicherorgien, wie die Vorratsdatenspeicherung, lehnen
27 wir strikt ab. Wir wollen ein neutrales Medium, welches weder von Konzernen noch von Staa-
28 ten gesteuert oder gefiltert wird. Dafür kämpfen wir. Bei der Verfolgung von Straftaten wie der
29 Verbreitung von Kinderpornografie oder nationalsozialistischer Propaganda im Netz setzen wir
30 auf eine schärfere Verfolgung der Täter – u. a. durch eine bessere internationale Kooperation
31 zwischen den Staaten.

32 Das Netz vergisst nie

33 Persönliche Vorlieben, sexuelle Orientierung oder private Hintergründe - all dies sind Informa-
34 tionen, die immer öfter im Netz kursieren. Diese sensiblen Daten müssen vor Missbrauch ge-
35 schützt werden. Wir treten für einen starken Datenschutz im digitalen Zeitalter ein und für die
36 Stärkung der Medienkompetenz. Nur so ist es möglich, jeder und jedem bewusst zu machen,
37 welche Daten man frei zugänglich ins Internet stellen sollte. Das Prinzip „Meine Daten gehören
38 mir“ muss immer gelten. Wir wollen Speicherfristen auf ein Minimum verkürzen, das Recht auf
39 umfangreiche Datenauskunft gerade auch im Internet festschreiben, damit jederzeit geklärt
40 werden kann, welche Daten wo gespeichert sind. Dies schließt mit ein, dass man sich auch an-

41 onym im Internet bewegen dürfen muss, ohne überall Spuren zu hinterlassen. Wir setzen auf
42 Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im Netz.

43 **Clever und Smart fürs Netz**

44 Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz hat der Staat inne. Ins-
45 besondere bei Kindern und Jugendlichen bedarf es eines ehrlichen Umgangs mit dem Medium
46 Internet und neuen Medien von Anfang an: Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz aufge-
47 klärt und das sachdienliche Nutzen neuer und besonders auch freier Medien gelehrt werden.
48 Die Förderung darf aber nicht mit dem Schulabschluss aufhören - auch viele Erwachsene benö-
49 tigen Unterstützung, damit sie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten des digitalen Zeitalters
50 selbstbestimmt nutzen können.

51 **Freiheit auf allen Ebenen**

52 Wir unterstützen die Anwendung von Open Source, Freier Software, Freien Funknetzwerken,
53 Offenen Formaten und innovativen Lizenzen. Sie müssen stärker als bisher Einzug in Bildungs-
54 einrichtungen und die öffentliche Verwaltung finden, weil sie kostengünstiger, energiesparen-
55 der und grundsätzlich sicherer sind. Im Wissenschaftsbereich unterstützen wir Open Access.
56 Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit
57 auch frei zugänglich sein. Gleiches gilt für öffentliches Wissen, das in Behörden und Archiven
58 schlummert. Dieses gilt es durch offene Lizenzen frei zugänglich zu machen.

59 Besonders die Potenziale einer wirtschaftlichen Entwicklung, die die Digitalisierung unseres Le-
60 bens birgt, wollen wir unterstützen. Open Business-Modelle, wie die Freie Software Branche,
61 bieten zukunftssichere Arbeitsplätze und schaffen nachhaltige Innovationen. Hier gilt es, sowohl
62 an den Hochschulen als auch in den öffentlichen Institutionen solche Modelle durch die Ausbil-
63 dung von qualifiziertem Personal und der intensiven Nutzung der Angebote zu unterstützen.

64 Unsere digitalisierte Welt bietet auch für neue Unternehmungen völlig neue Chancen. Kreativi-
65 tät treibt die Digitalwirtschaft an, die vor allem aus mittelständischen Unternehmen besteht.
66 Seien es Computerspieleentwickler, Internetportale oder Blogger, die ihre Berufung zum Beruf
67 machen wollen. Wir brauchen eine nationale Strategie für die Kreativ- und Digitalwirtschaft und
68 erweiterte Standards, was die Aufnahme von neuen Berufsgruppen in die Künstlersozialversi-
69 cherung angeht. Denn auch im digitalen Zeitalter bedarf es realer sozialer Absicherung.

70 Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft neuer Unternehmensmodelle hat eine zukunftssichere
71 Regelung des Urheberrechts. Massenhafte Verfolgung, der Einsatz von Digitalem-Rechte -
72 Management und undurchschaubare Regulierung müssen ein Ende haben. Die Flickschusterei
73 am Urheberrecht der vergangenen Jahre wollen wir beenden. Pauschale Vergütungsmodelle
74 stellen die Zukunft für einen fairen Interessenausgleich im digitalen Raum dar. Kernstück sind
75 dabei die freie digitale Privatkopie und eine faire Lösung beim Urheberrecht im Internet. Diese
76 Lösung muss in erster Linie Künstlerinnen und Künstler angemessen vergüten und Nutzerinnen
77 und Nutzer nicht pauschal kriminalisieren, wenn sie Angebote downloaden. Die Einführung
78 einer Kulturfltrate, die die nicht-kommerzielle Nutzung von digitalen Kulturgütern ermöglicht,
79 kann ein richtiger Weg dahin sein.

80 **Das Internet darf nicht zum Fangnetz werden**

81 Mit der stetigen Zunahme der Internetnutzer, steigt die Zahl schwarzer Schafe im Netz. Das
82 Internet darf nicht zum neuen Fangnetz von Betrügern für unwissende Verbraucherinnen und
83 Verbraucher werden. Wir wollen durchsetzungsstarke Verbraucherrechte auch im digitalen
84 Raum. Es muss einfach und klar erkennbar sein, wo die kostenlose Internetwelt aufhört und
85 kostenpflichtige Angebote beginnen. Wer online etwas kauft, muss die gleichen Rechte haben,
86 wie bei einem Einkauf im Laden um die Ecke. Dies fängt bei Gewährleistungs- und Widerrufs-
87 rechten an und geht bei der Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten weiter.
88 Gleiches gilt für soziale Netzwerke. Eine Pflicht zur pauschalen Übertragung von Rechten am
89 eigenen Bild, Text oder Video lehnen wir dort genauso ab wie Aufweichungen des Datenschut-
90 zes.

91

Digital ist besser - BTW-I-01

92 Digitale Demokratie wagen

93 Mehr Transparenz, weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten. Das Internet bietet enorme Chan-
94 cen, unserer Demokratie frischen Wind einzuhauchen. Direkter Dialog wird ermöglicht, politi-
95 sche Prozesse können transparent von Allen begleitet werden. Wir wollen eine E-Demokratie,
96 die mehr ist als ein Behördenformular herunterladen zu können oder mit Bundestagsabgeord-
97 neten zu chatten. Wir wollen Verwaltungsprozesse über das Internet entbürokratisieren und
98 anschaulicher machen. Wir wollen neue Formen der direkten Beteiligung über das Internet er-
99 proben. Dies setzt aber eine klare Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit voraus. Eben-
100 so wie eine konsequente Förderung der Medienkompetenz von Anfang an.

101 Wer GRÜN wählt, ...

- | | |
|-----|--|
| 102 | ↪ ... wählt ein freies Internet - ohne Filter und Massenüberwachung. |
| 103 | ↪ ... macht Schluss mit Kriminalisierung und Verfolgung durch pauschale Vergütungssysteme. |
| 104 | ↪ ... schafft reale Verbraucherrechte für die virtuelle Welt. |
| 105 | ↪ ... fördert nachhaltige IT-Technik, freie Software und innovative Lizenzen. |
| 106 | ↪ ... will den flächendeckenden Breitbandausbau ohne Monopole. |

107 .

BTW-WE-01 Bundestagswahlprogramm Eine Welt. Eine Vision

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Eine Welt. Eine Vision

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 14. Eine Welt. Eine Vision. Unsere globale Verantwortung

2 Manchmal vergessen wir es: Wir leben alle in der Einen Welt, auch wenn wir in unterschiedli-
3 chen Welten aufwachsen. Kurzsichtige Interessenspolitik und ungerechte Wirtschaftsbeziehun-
4 gen spalten die Welt in Verlierer und Gewinner. Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag ver-
5 pflichtet uns, zu helfen, diese Spaltung zu überwinden. Wir in den Industrieländern müssen
6 aufhören, auf Kosten der Armen dieser Welt zu leben. Erstmals in der Menschheitsgeschichte
7 sind eine Milliarde Menschen chronisch unterernährt. Ob Klimawandel oder Konkurrenz um
8 Ressourcen, Fisch, Holz oder Land, ob Finanzkrise oder Hunger, ob zerfallende Staaten oder
9 Aufrüstung, keines dieser globalen Risiken betrifft uns nicht. Keines dieser Risiken und der aus
10 ihnen erwachsenden Gefahren kann von einem Land allein bewältigt werden. Sicherheit und
11 Frieden, Gerechtigkeit und Klimaschutz gibt es in unserer vernetzten Welt nur gemeinsam.

12 Der Neue Gesellschaftsvertrag muss ein globaler sein. Er setzt auf Kooperation, Dialog und In-
13 teressenausgleich: zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd. Ein so verstandener ko-
14 operativer Multilateralismus bedarf starker Institutionen im Rahmen der Vereinten Nationen.

15 Es gibt viel zu tun, damit alle Regionen die Chance haben, sich zu entwickeln und jeder Mensch
16 die Chance auf ein Leben hat, frei von Furcht, von Not und mit der Freiheit, in Würde zu leben:
17 Wir wollen verantwortliches Regieren international fördern und die demokratische Zivilgesell-
18 schaft stärken. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen, auf
19 der sich nicht nur die Mächtigen und Wohlhabenden, sondern alle entfalten können, wo Kon-
20 flikte zivil gelöst werden und Prävention statt Eskalation das Handeln bestimmt.

21 Um die Globalisierung gerecht zu gestalten, brauchen wir mehr Kooperation, mehr zivilgesell-
22 schaftlichen Austausch, mehr global zustimmungsfähige politische, ökologische und ökonomi-
23 sche Regeln und bessere Institutionen. Der Klimaschutz und eine neue Energiepolitik müssen
24 dabei zu Schlüsselprojekten globaler Zusammenarbeit werden. Das schafft Sicherheit.

25 Globale Gerechtigkeit kann nur gelingen, wenn die Reichen auf dieser Welt bereit sind, ihren
26 Lebensstil zu verändern. Der Zugriff auf die knappen Ressourcen unserer Erde muss fair geteilt
27 werden. Gerade auch deshalb plädiert der grüne Neue Gesellschaftsvertrag für einen nachhalti-
28 gen Lebensstil, der die Armen und die Natur schützt und gleichzeitig im Prozess des Umbaus
29 neue wirtschaftliche Dynamik in Industrie- und Entwicklungsländern schafft.

30 Auf dem Weg zu einer besseren Welt ist und bleibt ein geeintes Europa grundlegend. Um mehr
31 Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Menschenrechte und mehr Frieden zu
32 erreichen, müssen wir die Idee Europas erneuern und die EU stärken. Für den globalen Klima-
33 schutz ist es entscheidend, dass die europäischen Länder gemeinsam vorgehen. Frieden und
34 Menschenrechte brauchen ein Europa, das enger zusammenrückt und sich einmischt in die
35 Weltpolitik. Eine gerechte Globalisierung braucht eine gemeinsame europäische Politik. Die in-
36 stitutionelle Krise Europas sollte uns nicht dazu verleiten, den Kopf in den Sand zu stecken, son-
37 dern neue Ideen und neue Kraft zu schöpfen. Der Lissabonvertrag mit seinen institutionellen
38 Reformen, der Stärkung des Europaparlamentes sowie der nationalen Parlamente und die
39 Grundrechtecharta stellen bei allen Schwächen einen großen Schritt in die richtige Richtung dar.
40 Wir brauchen eine starke, demokratische EU – für eine bessere Welt.

Eine Welt. Eine Vision - BTW-WE-01

41 Europa besser machen

42 Wir kämpfen für eine demokratische und bürgernahe EU, die bei den Menschenrechten voran-
43 geht, zur Vorreiterin beim Klimaschutz wird und für den Frieden in der Welt eintritt. Deshalb
44 wollen wir die EU zu einer Gemeinschaft für Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und
45 Energieeffizienz machen. Europa ist kein Projekt der Wirtschaftseliten, sondern muss ein Soziales
46 Europa für die BürgerInnen werden. Wir setzen uns für eine EU ein, die den Wettbewerb um
47 die niedrigsten sozialen und steuerlichen Standards beendet und europäische soziale Rechte und
48 Mindeststandards setzt. Die EU kann nicht nur dafür da sein, dass Unternehmen europaweit
49 tätig werden. Sie muss auch sicherstellen, dass die Rechte von ArbeitnehmerInnen und Bürge-
50 rInnen grenzüberschreitend garantiert werden. Auch die gegenseitige Anerkennung von Bil-
51 dungs- und Berufsabschlüssen muss besser geregelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
52 Grundrechtecharta rechtsverbindlich wird und das europäische Parlament mehr Rechte erhält.
53 GRÜNE stehen für eine gestaltete Einwanderungspolitik und eine menschenrechtsorientierte
54 Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen eine EU, die Menschen wo immer nötig, schützt und
55 nicht abwehrt. Deshalb lehnen wir eine Abschottung der Außengrenzen der EU ab.

56 Die EU muss zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden. Deshalb unterstüt-
57 zen wir die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und ihre Ver-
58 pflichtung auf die UN-Charta. Wir wollen die EU zu einer handlungsfähigen Zivilmacht ausbau-
59 en, die ihre Stärke in den Dienst der Vereinten Nationen stellt und einen wichtigen Beitrag zur
60 Krisenprävention und zur kollektiven Friedenssicherung leistet. Dafür sind institutionelle Refor-
61 men notwendig. Wir brauchen endlich ausgewogene zivile und militärische Fähigkeiten. Beson-
62 ders die zivilen Instrumente zur Krisenprävention müssen gestärkt werden. Dafür wollen wir
63 eine Europäische Friedensagentur und ein Europäisches Ziviles Friedenskorps aufbauen – und
64 einen europäischen Zivilen Friedensdienst, der die Friedensentwicklung von „unten“ fördert.
65 Wir unterstützen die Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien und der Türkei. Der Weg der
66 Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung
67 der Türkei.. Wir wollen die Europäische Nachbarschaftspolitik konsequent an Menschenrechten,
68 Demokratie und dem Ausbau der Erneuerbaren Energie ausrichten und eine engere Kooperation
69 und gleichwertige Partnerschaft mit den Nachbarn fördern.

70 Klimaschutz für globale Gerechtigkeit

71 Die Klimazerstörung lässt sich nur aufhalten, wenn die Industrieländer ihre Verantwortung
72 wahrnehmen. Die Folgen des Klimawandels treffen schon heute die Entwicklungsländer, die am
73 wenigsten dazu beigetragen haben, am härtesten. Allein in Afrika werden bis 2020 voraussicht-
74 lich 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden. Wir setzen uns für ein „Kyoto-Plus“-
75 Abkommen ein: ein völkerrechtlich verbindliches, weltweites Klimaregime, das die Halbierung
76 der globalen Treibhausgase bis 2050 sicherstellt. Dazu müssen die Industrieländer vorangehen
77 und ihre Emissionen um mindestens 80 Prozent verringern. Damit aber Entwicklungsländer eine
78 faire Chance auf nachhaltiges Wachstum haben, müssen Klimapolitik und das Recht auf Ent-
79 wicklung bei den konkreten Reduktionszielen in Einklang gebracht werden. Die Industrieländer
80 müssen als wichtigste Verursacher Verantwortung übernehmen für die Klima-
81 Anpassungskosten der Entwicklungsländer. Wir dürfen sie damit nicht allein lassen. Außerdem
82 brauchen die Entwicklungsländer für den Übergang ins Solarzeitalter Wissens- und Technolo-
83 gietransfer bei Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

84 Der Ressourcen hunger der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem
85 Globus mit verantwortlich. Die gerechte, regionale Verteilung und der Zugang zu Energie und
86 Ressourcen sind ein Beitrag aktiver Friedenspolitik, genauso wie unsere Politik, die darauf setzt,
87 wo immer es geht, endliche Rohstoffe durch erneuerbare zu ersetzen. Viele Menschen, gerade
88 in ressourcenreichen Ländern des Südens, leiden unter dem Kampf um knappe Rohstoffe. Res-
89 sourcenreichtum erweist sich immer wieder als Ressourcenfluch. Der Handel mit Rohstoffen darf
90 nicht zu Lasten von Menschenrechten gehen. Die Förderung von Rohstoffen muss an Rechts-
91 staatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte in den Exportländern gebunden
92 werden. Zur Bekämpfung der Korruption im Rohstoffsektor unterstützen wir verbindliche inter-
93 nationale Transparenz- und Kontrollinitiativen.

94 **Fairer Welthandel**

95 Eine gerechte Welthandelsordnung ist zentraler Baustein des Neuen Gesellschaftsvertrags. Die
96 Handelsliberalisierung darf nicht länger einseitig im Zentrum der Welthandelsorganisation
97 (WTO) stehen. Wir wollen vielmehr anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards veran-
98 kern, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen.

99 Das Recht auf Nahrung ist Menschenrecht, das auch durch verbindliche Regeln des Welthan-
100 dels durchgesetzt werden muss. Klimawandel und Finanzkrise haben den Welthunger drama-
101 tisch verschärft. Die Agrarpolitik der EU ist dafür mitverantwortlich. Sie betreibt bis heute eine
102 Politik der Exportsubventionen für Nahrungsmittel. Mit Dumpingpreisen wird die Landwirt-
103 schaft in vielen weniger entwickelten Ländern ruiniert und die Länder langfristig in eine Abhän-
104 gigkeit von Importen gedrängt. Das hat schwerwiegende Folgen für die ländliche Entwicklung
105 in den Entwicklungsländern. Als EU-Mitglied ist Deutschland wichtiger Mitgestalter dieser
106 Agrarpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass handelsverzerrende EU-Agrarsubventionen, vor al-
107 lem die Exporterstattungen, so schnell wie möglich beendet werden. Entwicklungsländer müs-
108 sen das Recht erhalten, sich gegen Agrarimporte zu schützen. Außerdem wollen wir, dass ein
109 größerer Teil der Entwicklungshilfe in die nachhaltige ländliche Entwicklung fließt.

110 Entwicklungsländer dürfen nicht durch eine zu enge Interpretation des Schutzes geistigen Ei-
111 gentums behindert werden. Vor allem bei der Produktion von lebenswichtigen Medikamenten
112 brauchen die Entwicklungsländer deutlich mehr Spielraum. Zur Realisierung des Menschen-
113 rechts auf Gesundheit muss mehr in die Entwicklung von Medikamenten gegen HIV/AIDS, Tu-
114 berkulose und Malaria investiert werden. Pharmaunternehmen sind in der Pflicht, Medikamente
115 in Entwicklungsländern zu Selbstkosten abzugeben.

116 Gerade angesichts der Finanzkrise dürfen die Finanzmärkte nicht im Rahmen des WTO-
117 Dienstleistungsabkommens GATS dereguliert werden. Entwicklungsländern dürfen keine Frei-
118 handelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden
119 Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren. So werden die von
120 der Bundesregierung mitgetragenen Freihandelsabkommen (EPAs) der EU mit den Staaten Afri-
121 kas, der Karibik und des Pazifiks den Entwicklungsbedürfnissen nicht gerecht.

122 Internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe auf fairem Niveau
123 stabilisieren, sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsländern. Eine
124 ökologisch-solidarische Welthandelsordnung wie wir sie anstreben ist das Gegenteil des "Rechts
125 des Stärkeren". Fairer Handel und Qualitätssiegel wie FSC (Forest Stewardship Council) für
126 Holzprodukte sind hierfür Vorbilder. Umweltabkommen wie die Übereinkommen über die bio-
127 logische Vielfalt müssen uneingeschränkt Vorfahrt vor Handelsregeln haben.

128 Auch transnationale Unternehmen, Banken, Fondsgesellschaften und Pensionsfonds müssen
129 Verantwortung tragen und an verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards gebunden
130 werden.

131 Wir wollen die Millenniums-Entwicklungsziele der UN schnellstmöglich umsetzen und kämpfen
132 weiter dafür, Armut und Hunger in der Welt bis 2015 wenigstens zu halbieren. Dafür müssen
133 die OECD-Länder endlich wie vereinbart bis 2015 0,7 Prozent ihres jährlichen Bruttonettoprodukt
134 für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Wir wollen innovative Finanzierungsin-
135 strumente wie die Finanzumsatzsteuer und die Flugticketabgabe einführen.

136 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir bessere Institutionen. Die G-8 sind für einen fai-
137 ren Interessenausgleich nicht geeignet. Wir unterstützen den Vorschlag für ein Global Leaders
138 Forum von rotierenden Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrates der UN. Dort wären alle
139 Weltregionen repräsentiert.

140 Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die
141 Streichung der illegitimen Schulden unerlässlich. Wir setzen uns auch für die Schaffung eines
142 internationalen Insolvenzrechts für überschuldete Staaten ein.

143

144 Die Vereinten Nationen reformieren und stärken

145 Die Vereinten Nationen sind für grüne Außenpolitik der zentrale Bezugsrahmen einer interna-
146 tionalen Ordnung. Nur dort sind alle Regionen und nahezu alle Staaten und Völker vertreten.
147 Das verleiht der UN eine hohe Legitimität, auch wenn nach wie vor zu viel Machtpolitik das
148 Tagesgeschäft beherrscht. Wir setzen auf eine Weltgesellschaft, in der nicht das Recht des Stär-
149 keren, sondern die Stärke des Rechts regiert. Dazu müssen die UN reformiert werden. Wir brau-
150 chen eine gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates und wollen die Vetomöglichkeiten
151 abschaffen, die nur dazu führen, dass einige wenige Mächte ihre partikularen Interessen durch-
152 setzen können und dabei wichtige Entscheidungen blockieren. Die EU muss einen gemeinsamen
153 Sitz im Sicherheitsrat haben. Die Ächtung des Krieges durch das Völkerrecht und das Friedens-
154 gebot unseres Grundgesetzes sind zivilisatorische Errungenschaften, die GRÜNE verteidigen.
155 Deshalb wollen wir die Fähigkeiten der Vereinten Nationen zur zivilen Krisenpräventionen und
156 zur kollektiven Friedenssicherung ausbauen. Dafür müssen Deutschland und die EU die UN und
157 ihre Regionalorganisationen, auch die OSZE, institutionell, personell und finanziell stärken. Die
158 NATO bleibt als Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation relevant, aber gerade hier
159 sind politische Reformen unerlässlich, damit die NATO in eine kooperative Sicherheitsarchitektur
160 integriert wird, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit basiert. Den Ausbau der NATO zu
161 einer Konkurrenzorganisation der UN lehnen wir ab.

162 Verantwortung zum Schutz von Menschenrechten

163 Bei Menschenrechtsverletzungen darf es keinen Rabatt geben, weder wegen wirtschaftlicher
164 noch politischer Interessen. Doppelte Standards lehnen wir strikt ab. Menschenrechte gelten für
165 alle Menschen, überall und jederzeit. Sie sind unteilbar. Millionen von Menschen kämpfen
166 weltweit täglich um ihr Überleben, gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Hunger und
167 Verwüstung. Damit finden wir uns nicht ab. Wir wollen die Ursachen von Angst, Not, Unfrei-
168 heit und Gewalt bekämpfen und nicht bei den Symptomen stehen bleiben. Deshalb ist unsere
169 gesamte Politik an den Menschenrechten ausgerichtet. Grüne Menschenrechtspolitik erschöpft
170 sich nicht in dem wichtigen Einsatz für einzelne Verfolgte, sondern setzt auf Dialog und drängt
171 auf strukturelle Verbesserungen, für die Verwirklichung der Menschenrechte hier und an ande-
172 ren Orten der Welt. Damit Menschenrechte auch wirklich durchgesetzt und kontrolliert werden
173 können, müssen die internationalen Menschenrechtsinstitutionen der UN, der EU und der OSZE
174 gestärkt werden. Der Internationale Gerichtshof ist ein Meilenstein zur Bekämpfung der Straflo-
175 sigkeit von Menschenrechtsverbrechen. Wir wollen den Weltstrafgerichtshof weiter stärken und
176 setzen uns dafür ein, dass die Tatbestände, die er verhandeln kann, ausgeweitet werden. „Re-
177 sponsibility to Protect“ wollen wir zu einem wirksamen völkerrechtlichen Schutzmechanismus
178 weiterentwickeln: Wo ein Staat seine BürgerInnen vor Völkermord oder schwersten Men-
179 schenrechtsverletzungen nicht schützen kann oder will, stehen die UN in der Verantwortung.
180 Die Schutzverantwortung ist zu allererst eine Verantwortung zur Prävention und kennt weder
181 einen Automatismus zur humanitären Intervention noch gar einen Freibrief zum Krieg. Sanktio-
182 nen sind an völkerrechtlich verbindliche Regeln gebunden und ausschließlich die Vereinten Na-
183 tionen sind legitimiert, über die Ausgestaltung eines Mandats und die Mittel zu entscheiden.

184 Vorrang für Zivil

185 Der Vorrang der zivilen Krisenprävention entspricht unserer Verantwortung für Frieden und
186 Sicherheit in der Welt. Ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ist ohne Sicherheit nicht möglich.
187 Aber Militär schafft keinen wirklichen Frieden, sondern gewährt bestenfalls Spielräume für poli-
188 tische Konfliktlösungen. Anstatt nur kurzfristig Brände zu löschen, ist es nötig, Gewaltursachen
189 frühzeitig zu erkennen und anzugehen. GRÜNE wollen Frieden gestalten und Friedenschancen
190 nutzen. Wir wollen das Gebot der Gewaltfreiheit in praktische Politik übersetzen und dafür die
191 zivile Krisenprävention massiv ausbauen. Zur Stabilisierung von Krisenregionen ist zivile Kon-
192 fliktbearbeitung heute wichtiger denn je. Die große Koalition aber unternimmt keine Anstren-
193 gungen, die Fähigkeiten zur Krisenprävention zu verbessern. Im zivilen und polizeilichen Bereich
194 gibt es erheblichen Nachholbedarf. Ohne die nötigen Mittel, bessere Strukturen, mehr Personal
195 und einen schnell einsatzfähigen Expertenpool für Polizei-, Justiz- und Verwaltungsaufbau ist
196 die Endlosigkeit von Militäreinsätzen vorprogrammiert. Wir wollen den Rückstand im zivilen

197 Bereich abbauen, den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ realisieren und weiterentwickeln
198 und mit einem zivilen Entsendegesetz den Einsatz ziviler Fachkräfte erleichtern. Die Förderung
199 lokaler friedensbereiter Kräfte und regionaler Organisationen vor Ort ist ein Schlüssel für Befrie-
200 dungsprozesse.

201 **Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keinen Frieden**

202 Der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen messen wir eine hohe Priorität zu. Frauen
203 tragen weltweit wesentlich zur Verhinderung von gewalttätigen Auseinandersetzungen und zur
204 Konfliktbewältigung bei, sie sind Schlüsselakteure für den Wiederaufbau und haben eine zen-
205 trale Rolle für die Versöhnungsarbeit. Frauen sind aber auch die Hauptleidtragenden gewaltsam
206 ausgetragener Konflikte. In Kriegen wie im Kongo oder in Darfur sind Frauen und Mädchen
207 systematisch Massenvergewaltigungen ausgesetzt. Sexualisierte Gewalt wird als Kriegswaffe
208 eingesetzt. Ohne Frauen auf allen Ebenen und in allen Fragen der Krisenprävention und Kon-
209 fliktbewältigung einzubeziehen, ist kein Frieden zu machen. Die UN-Resolutionen 1325 und
210 1820 zur Förderung der Partizipation von Frauen, zur Stärkung der Rechte und zum Schutz von
211 Frauen gegen die vielfältigen Formen von Gewalt müssen deshalb konsequent durchgesetzt
212 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtersensible Ansätze in der Außen-, Entwick-
213 lungs- und Sicherheitspolitik einen zentralen Stellenwert bekommen und wollen für die Gestal-
214 tung einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik einen nationalen Aktionsplan
215 und eine Monitoringstelle institutionalisieren.

216 **Enge Grenzen und klare Regeln für Auslandseinsätze**

217 Der Einsatz von Streitkräften ist nur zu rechtfertigen, wenn er als äußerstes Mittel im Rahmen
218 der UN-Charta völkerrechtlich legal, vom Gesamtansatz her aussichtsreich und hinsichtlich der
219 Risiken verantwortbar ist. Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt ist unabhängig vom Ziel
220 immer ein großes Übel und muss verhindert werden. Uns Grünen fiel es in der Vergangenheit
221 nicht leicht anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt und
222 zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Wir haben in un-
223 serer Partei darüber lange und intensiv diskutiert und um die Bedingungen gerungen, die erfüllt
224 sein müssen, unter denen ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verantwortbar sein kann. Für
225 jeden Auslandseinsatz muss es ein völkerrechtliches und parlamentarisches Mandat, klare Ein-
226 satzregeln und die Einbettung in eine politische Konfliktlösung geben. Die politischen Ziele müs-
227 sen klar definiert, realistisch und überprüfbar sein. Auslandseinsätze dienen der Politikunterstüt-
228 zung und dürfen nicht zum Politikersatz werden. Das Handeln von SoldatInnen in Auslandsein-
229 sätzen muss vorbehaltlos an die Grund- und Menschenrechte gebunden sein. Angesichts der
230 Vernachlässigung der zivilen Dimension von Krisenengagements wollen wir bei Bundestags-
231 mandaten zu Auslandseinsätzen, dass die notwendigen zivilen Aufgaben und Fähigkeiten mit
232 beschlossen werden.

233 **Neue Strategien für Afghanistan**

234 Wir Grüne stehen zur Verantwortung, für Afghanistan. Doch die bisherige Strategie mit der
235 Dominanz militärischer Lösungen führt in die Sackgasse und nicht zu mehr, sondern zu weniger
236 Sicherheit. Ein militärisch verstandener "Krieg gegen den Terror" ist nicht zu gewinnen. Mit der
237 Obama-Administration stehen die Zeichen auf internationaler Ebene gut, einen Strategiewech-
238 sel in Afghanistan einzuleiten. Dieser muss nun auch von der deutschen Bundesregierung vor-
239 angetrieben werden. Die Operation „Enduring Freedom“ und kontraproduktives militärisches
240 Vorgehen müssen sofort beendet werden. Stattdessen muss der Schutz der Bevölkerung höch-
241 ste Priorität haben und die Spirale der Gewalt unterbrochen werden. Vorrang müssen zivile
242 Antworten haben. Besonders beim Polizei- und Justizaufbau muss insbesondere Deutschland
243 viel mehr tun, damit die Menschen in Afghanistan auch in der Lage sind, für ihre eigene Sicher-
244 heit zu sorgen. Weitere Zustimmungen zum ISAF-Mandat werden wir GRÜNE deshalb davon
245 abhängig machen, ob ein ernstgemeinter Strategiewechsel stattfindet. Klar ist für uns GRÜNE,
246 dass ein solcher Strategiewechsel in tragfähige politische Konfliktlösungen eingebettet sein
247 muss, die alle Länder in der Region, vor allem Pakistan und Iran, mit einbeziehen. Klar ist für
248 uns GRÜNE aber auch, dass jetzt die Chance für einen neuen Aufbruch in der Afghanistanpoli-
249 tik ergriffen werden muss. Es muss eine selbsttragende Entwicklung in Afghanistan erreicht

Eine Welt. Eine Vision - BTW-WE-01

250 werden, die es ermöglicht, die internationalen Truppen schrittweise abzuziehen.

251 **Freiwilligenarmee im Dienst der Vereinten Nationen**

252 Die Bundeswehr muss europatauglicher und UN-fähiger werden. Wir wollen die Bundeswehr
253 auf 200.000 Soldaten und Soldatinnen verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, den Zivildienst
254 umwandeln und die Freiwilligendienste ausbauen. In der Bundeswehr wollen wir einen freiwilli-
255 gen militärischen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einführen, der Männern und Frauen offen-
256 steht. Die Bundeswehr soll eine Freiwilligenarmee im Auftrag des Parlamentes werden. Ihre
257 Kernaufgabe in internationalen Einsätzen ist es, zu stabilisieren und zu schützen, um nicht
258 kämpfen zu müssen. Militärischen Abenteuern wie dem Irak-Krieg, Ressourcenkriegen oder
259 Bundeswehreinsätzen im Innern erteilen wir eine Absage. Die Bundeswehr muss zu Rüstungs-
260 kontrolle und Abrüstung beitragen und auf das „Bombodrom“ in Wittstock unverzüglich ver-
261 zichten.

262 **Abrüstungskrise überwinden – Atomwaffen abschaffen**

263 Mit der Wahl von Barack Obama eröffnet sich eine neue Chance für eine Politik globaler Abrü-
264 stung. Wir wollen Deutschland und Europa zur treibenden Kraft bei Abrüstung und Rüstungs-
265 kontrolle machen. Statt Aufrüstung und Konfrontation brauchen wir vertrauensbildende Maß-
266 nahmen und die Wiederbelebung des KSE-Vertrages. Deutschland hat weltweit den sechst-
267 größten Rüstungsetat und ist drittgrößter Waffenexporteur. Wir wollen eine menschenrechts-
268 orientierte, restriktive Rüstungsexportpolitik durchsetzen, mit mehr Transparenz und Kontrolle.
269 Damit Rüstungslieferungen in Krisenregionen leichter als bisher unterbunden werden können,
270 wollen wir Ausfuhrbürgschaften für Rüstungsexporte abschaffen. Kleinwaffen sind Massenver-
271 nichtungswaffen unserer Zeit. Gerade sie stellen für Menschen in Krisengebieten eine der
272 größten Bedrohungen dar. Der Handel mit ihnen muss wirksam eingedämmt und besser kon-
273 trolliert werden. Deshalb unterstützen wir ein internationales Waffenhandelsabkommen. Das
274 Verbot von Streumunition und Landminen muss weiter universalisiert werden. Wir setzen uns
275 dafür ein, dass die Räumung der explosiven Kriegshinterlassenschaften und die Opferhilfe auch
276 zukünftig sichergestellt werden. Uranwaffen wirken unterschiedslos und treffen vor allem die
277 Zivilbevölkerung. Deshalb wollen wir Uranmunition umfassend ächten.

278 Derzeit befinden wir uns an einer Wegscheide, an der sich entscheidet, ob es zu längst überfäl-
279 ligen nuklearen Abrüstungsschritten kommt oder ob wir einen neuen Aufrüstungsschub erle-
280 ben, mit ungeahnten Folgen, wenn Nuklearwaffen in den Besitz von Terroristen geraten. Ohne
281 eine entschlossene Initiative für nukleare Abrüstung wird die Welt künftig ein gefährlicher Ort
282 sein mit 20 bis 30 Atomwaffenstaaten. Wir wollen, dass die in Deutschland und Europa verblie-
283 benen Atomwaffen endlich abgezogen und die nukleare Teilhabe beendet werden. Unser Ziel
284 ist die Entnuklearisierung der NATO-Strategie. Deutschland und Europa müssen den nuklearen
285 Abrüstungsprozess auch mit einseitigen Abrüstungsschritten voranbringen und dazu beitragen,
286 dass die für 2010 anstehende Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag ein Er-
287 folg wird. Wir setzen uns für eine Welt ohne Kernwaffen ein und drängen auf den Abschluss
288 einer Konvention zum Verbot aller Nuklearwaffen. Unsere Vision ist und bleibt eine Welt ohne
289 Atomwaffen.

290 **Wer GRÜN wählt, ...**

291 ☞ ... wählt eine starke Stimme für Menschenrechte und gerechte Globalisierung.

292 ☞ ... stimmt für den Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung.

293 ☞ ... kämpft für globale Abrüstung, eine atomwaffenfreie Welt und die Ächtung von Streu-
294 munition.

295 ☞ ... stimmt für die Abschaffung der Wehrpflicht.

296 ☞ ... stimmt für starke vereinte Nationen und eine handlungsfähige UN.

BTW-Sch-01 Bundestagswahlprogramm Schlusswort

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Bundestagswahlprogramm Schlusswort

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 03.03.2009

1 Liebe Wählerin,

2 Lieber Wähler,

3 wir hoffen, wir konnten Sie mit unserem Programm überzeugen. Haben Sie weitere Fragen?
4 Sprechen Sie vor Ort mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag. Informie-
5 ren Sie sich auf unserer Website zur Wahl (www.gruene.de). Gerne stehen wir Ihnen für wei-
6 tere Auskünfte zur Verfügung.

7 **Wählen Sie am 27. September:**

8 ☞ 1 Millionen neue Jobs in Zukunftsbereichen.

9 ☞ Investitionen in Klima, Bildung, Gerechtigkeit.

10 ☞ weniger Abgaben für Geringverdiener.

11 ☞ einen gesetzlichen Mindestlohn.

12 ☞ die Erhöhung des Arbeitslosengeld II auf 420 Euro.

13 ☞ die grüne Grundsicherung und eine Garantierente.

14 ☞ den Atomausstieg und die schnellstmögliche Stilllegung aller Altreaktoren.

15 ☞ Erneuerbare Energien, Effizienz und Energiesparen.

16 ☞ keine neue Kohlekraftwerke.

17 ☞ eine Bürgerversicherung für Alle statt einer Zwei-Klassen Medizin.

18 ☞ den Bildungssoli.

19 ☞ Kindergartenplätze für alle ab dem 1. Lebensjahr.

20 ☞ flächendeckende Ganztagschulen.

21 ☞ keine Studiengebühren und 500.000 zusätzliche Studienplätze.

22 ☞ die Verhinderung von Kinderarmut und die grüne Kindergrundsicherung.

23 ☞ Essen ohne Gentechnik.

24 ☞ Ausbau der ökologischen Landwirtschaft.

25 ☞ Datenschutz ins Grundgesetz.

26 ☞ die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und der heimlichen Computer-Schnüffelei.

27 ☞ eine erleichterte Einbürgerung.

28 ☞ Schutz für Flüchtlinge.

29 ☞ den entschiedenen Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

30 ☞ bessere Perspektiven für junge Menschen in Ostdeutschland.

31 ☞ gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Schlusswort – BTW-Sch-01

- 32 ↵ eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen.
- 33 ↵ eine vielfältige Medienlandschaft und ein freies Internet.
- 34 ↵ Vorrang für zivile Konfliktlösungen.
- 35 ↵ globale Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt.
- 36 ↵ Abschaffung der Wehrpflicht.
- 37 ↵ eine starke Stimme für Menschenrechte, gerechte Globalisierung und Frieden.
- 38 Tragen Sie mit Ihrer Stimme dazu bei, die Grundlagen für einen grünen Neuen Gesellschafts-
- 39 vertrag zu legen. Die Finanzkrise hat es nur auf den Punkt gebracht, dass wir anders wirtschaft-
- 40 ten und arbeiten müssen - sozial und ökologisch.
- 41 Klima, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit – das sind für uns die zentralen Orientierungen. Sie
- 42 geben grüner Politik die Richtung vor und unseren Vorschlägen Profil. Wählen Sie Grün! Am
- 43 besten mit beiden Stimmen – aber vor allem mit der wichtigeren Zweitstimme.
- 44 ZWEITSTIMME GRÜN!
- 45 Legen Sie am 27. September die Grundlage für einen grünen Neuen Gesellschaftsvertrag. Tra-
- 46 gen Sie dazu bei, dass wir aus der Krise lernen und das als Chance der Erneuerung nutzen – für
- 47 neue Arbeit, nachhaltiges Wirtschaften und echte Teilhabe. Die Zeit ist reif!
- 48